

blog.arbeit-wirtschaft.at

DIE VERTEILUNGS- FRAGE

Von Reichtum, Krisen
und Ablenkungsmanövern

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

blog.arbeit-wirtschaft.at

Geld kann vieles kaufen.

GUTE
ARGUMENTE
GEHÖREN
ALLEN.

 blog.arbeit-wirtschaft.at  twitter.com/AundW  facebook.com/arbeit.wirtschaft

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

DIE VERTEILUNGS- FRAGE

**Von Reichtum, Krisen
und Ablenkungsmanövern**

blog.arbeit-wirtschaft.at

Vorwort

KAPITEL 1: Die Verteilungsfrage

Die Wiedergeburt der Ein-Promille-Gesellschaft	8
Matthias Schnetzer	

KAPITEL 2: Vermögen in Österreich: So schaut's aus

Wo bleibt die Mittelschicht? Die Vermögensverteilung in Österreich	14
---	----

Miriam Rehm

Erbschaften und Schenkungen – Hauptursachen für Vermögensungleichheit	18
--	----

Sebastian Leitner

Vermögen: Frauen haben das Nachsehen	23
--------------------------------------	----

Katarina Hollan, Patricia Klopff,
Katharina Mader & Alyssa Schneebaum

Spielen soziale Klassen eine Rolle bei der Vermögensbildung?	28
---	----

Hilde Weiss & Julia Hofmann

KAPITEL 3: Europäische und globale Verteilungsfragen

Immobilienvermögen und Hypothekarverschuldung in Europa	34
--	----

Mario Holzner

OECD: Steigende Ungleichheit – warum eine Trendumkehr notwendig ist	41
Christa Schlager	
Anteil der Vermögenslosen	46
Martin Schürz	
Verteilungstendenzen im Kapitalismus: Globale Perspektiven	49
Jakob Kapeller & Bernhard Schütz	
Einkommensungleichheit und Leistungsbilanzungleichgewichte als Krisenursache	55
Christian A. Belabed & Till van Treeck	

KAPITEL 4: Einkommensverteilung

Warum niedrige Zinsen gut für Wirtschaft und Einkommensverteilung sind	61
Markus Marterbauer	
Trotz Vollzeit unter 1.500 Euro	67
Bettina Csoka	
Ein Einkommen, von dem man leben kann	73
Christa Schlager	

KAPITEL 5: Ablenkungsmanöver: Wie ungleiche Verteilung gerechtfertigt wird

Gerechtigkeitsurteile und Reichtum in Österreich	76
Josef Melchior & Martin Schürz	

Generationengerechtigkeit: Falscher Schauplatz des Verteilungskonfliktes Angelika Gruber	81
Freiheit, wirtschaftliche Dynamik und die Grenzen der Ungleichheitsrechtfertigung Julian Bank	87
Wir meinen Millionäre: Aber wer ist das? Michael Ertl	92
KAPITEL 6: Wo es ans Eingemachte geht: Schauplätze von Verteilungskämpfen	
Radikaler Reformismus in der wissenschaftlichen Verteilungsdebatte Matthias Schnetzer	96
Ungleichheit macht krank – besonders MigrantInnen Josef Wallner	101
Verteilungswirkung von Selbstbehalten Helmut Ivansits & Werner Pletzenauer	107
Steuerflucht und Steuervermeidung und der Beitrag von Reichen zur Gesellschaft Silke Ötsch	112
Geschlechtergerechte Arbeitszeit: Kürzer arbeiten – besser leben Claudia Sorger	116
Progressiv besteuern – es gibt noch Luft nach oben Sarah Godar & Achim Truger	120

AutorInnenverzeichnis	125
Über blog.arbeit-wirtschaft.at	130

Vorwort

Kopfschüttelnd werden wir Zeugen, wie das reichste Promille den Rest der Menschheit immer weiter abhängt. Der Abstand zwischen dem reichsten Promille der Menschen und der Mitte der Bevölkerung erinnert an die Gesellschaft zu Anfang des 20. Jahrhunderts. Auch in Österreich, wie neue Daten zeigen. Wie kommt es zu dieser dramatischen Entwicklung? Was heißt das für die Mittelschicht und was für jene am unteren Ende der Armutsskala? Wer sind eigentlich die „Reichen“ und wie kommen sie zu ihrem Vermögen? Und vor allem: Wie werden diese Ungerechtigkeiten im täglichen Diskurs so gerechtfertigt, dass sie uns allen recht normal erscheinen? Die Autorinnen und Autoren dieses Buches liefern brandaktuelle Antworten auf die Mutter aller gesellschaftspolitischen Fragen: die Verteilungsfrage.

Das Besondere daran: Das vorliegende Werk setzt sich aus Blog-Artikeln zusammen. Alle Beiträge sind ursprünglich auf **blog.arbeit-wirtschaft.at** erschienen. Dort ergänzen Expertinnen und Experten das politische Tagesgeschehen täglich mit Hintergründen und empirisch belegten Kommentaren, die einen erweiterten Blick auf aktuelle Debatten erlauben.

Die Wiedergeburt der Ein-Promille-Gesellschaft

Matthias Schnetzer

„Vergesst die 1 %“, **titelte Ende 2014 der „Economist“¹**. Denn tatsächlich sei es das reichste Promille der Bevölkerung – also die obersten 0,1 Prozent –, das den Rest der Gesellschaft rasant abhänge. Ein Blick auf die österreichischen Vermögensdaten bestätigt die große Lücke zwischen wenigen Reichen und der großen Masse der Menschen, die Ungleichheit erinnert an die Ein-Promille-Gesellschaft zu Anfang des 20. Jahrhunderts. Die Diskussion um eine Erhöhung vermögensbezogener Steuern leidet indessen an Betroffenheitsillusion und Verarmungsängsten.

1910 war Wien die siebentgrößte Stadt der Welt und ein Schmelztiegel mit mehr als zwei Millionen EinwohnerInnen. Wien war nicht nur eine Hochburg der Künste und Wissenschaften, sondern auch der Millionäre, wie der Historiker Roman Sandgruber in seinem Buch „**Traumzeit für Millionäre**²“ schreibt. Das reichste Promille der Wiener Bevölkerung bildete die Spitze der Gesellschaft und erzielte fast zwölf Prozent der Einkommen.

Die Garantie für große Vermögenseinkommen waren Großgrundbesitz sowie Beteiligungen in Industrie, Banken und Handelsunternehmen. Als unangefochtener Bestverdiener versteuerte Baron Albert Salomon Rothschild 1910 ein Jahreseinkommen von 25,7 Millionen Kronen und verdiente damit als Einzelperson allein etwa ein Prozent aller Einkommen in Wien.

Gesellschaftliche Spannungen durch Vermögenskonzentration

Eine Traumzeit war das beginnende 20. Jahrhundert aber nur für Millionäre. Für die breite Masse galt eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 60 Stun-

den, die soziale Absicherung war ungenügend, die Wohnungsnot ungelöst, Urlaub gab es kaum, eine Kranken- und Altersversicherung nur für wenige Branchen und eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit existierte überhaupt nicht. Das von Stefan Zweig (selbst aus einer wohlhabenden Familie stammend) beschriebene „**goldene Zeitalter der Sicherheit**“³ war von gesellschaftlichen Spannungen geprägt, welche die Monarchie laufend auf die Probe stellten.

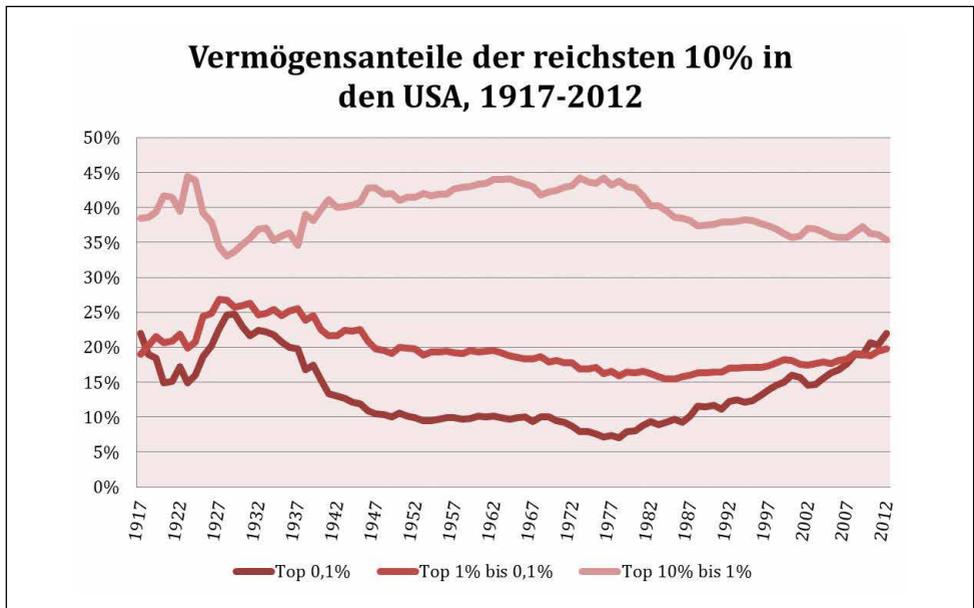
Rund 100 Jahre später scheint die Gesellschaft vor einer ähnlichen Spreizung der Vermögens- und Einkommensverteilung zu stehen. Aufschluss darüber gibt die Vermögenserhebung HFCS (Household Finance and Consumer Survey) der Österreichischen Nationalbank, die hierzulande eine dramatische Vermögenskonzentration konstatiert: Das reichste Prozent vereint etwa **37 Prozent allen privaten Vermögens**⁴ auf sich. Bei den Kapitaleinkommen ist die Konzentration noch stärker: Das oberste Prozent lukriert 52 Prozent aller Vermögenseinkommen.

Dass die Superreichen den Rest der Gesellschaft abhängen, zeigen auch Auswertungen der „**trend-Reichenliste**“⁵ – auch wenn deren Ergebnisse aufgrund mangelhafter Nachvollziehbarkeit mit Vorsicht zu interpretieren sind. Demnach haben die 33 österreichischen Milliardäre – ein Hunderttausendstel aller österreichischen Haushalte – ein Vermögen von 119 Mrd. Euro. Ihr Vermögen hat sich laut „trend“-Schätzung zwischen 2013 und 2014 nochmals **um fast neun Prozent vergrößert**⁶. Auch wenn der Großteil des Zuwachses auf Bewertungsveränderungen zurückzuführen sein dürfte, so ist das ein Hinweis, dass sich auch die Einkommen der Superreichen deutlich besser entwickelten als die der Haushalte insgesamt, die **gemäß Statistik Austria 2013 um 2,2 Prozent schrumpften**⁷.

Während die Milliardäre ihre Vermögen kräftig ausbauen, sieht sich die Masse der Bevölkerung der anhaltenden Wirtschaftskrise ausgesetzt. Die Zahl der Arbeitslosen kletterte allein 2014 um weitere 30.000 auf 330.000 Betroffene, das Medianeinkommen sinkt langfristig sogar, die Mieten steigen hingegen kräftig.

Vermögensungleichheit in den USA von reichstem Promille geprägt

Die beiden Ökonomen Thomas Piketty und Emmanuel Saez haben mit detaillierten Daten die mittlerweile bekannte U-Kurve für die Entwicklung der Ungleichheit im letzten Jahrhundert gezeichnet. **Eine Studie**⁸ von Saez gemeinsam mit Gabriel Zucman, der 2014 mit **seinem Buch über Steueroasen**⁹ Bekanntheit erzielte, legt dar, dass diese U-Kurve in den USA vom obersten Promille geprägt wird. Die Grafik zeigt, dass die Entwicklung auch innerhalb der reichsten zehn Prozent mit den höchsten Vermögen sehr unterschiedlich verlief. Vor allem das reichste Promille (0,1 Prozent) konnte seinen Anteil am gesamten Vermögen seit den 1980ern stark steigern. Mittlerweile liegt sein Anteil bei 22 Prozent, so viel wie die unteren 90 Prozent zusammen besitzen. Dies ist ein Ausmaß an Vermögensungleichheit, das die USA seit den 1930er-Jahren nicht mehr gesehen haben.



Quelle: Saez/Zucman (2014): Wealth Inequality in the United States since 1913.

Betroffenheitsillusion und Verarmungsängste

Leider gibt es für Österreich keine vergleichbaren Informationen über die langfristige Entwicklung der Vermögensungleichheit. Aber die verfügbaren Daten zeigen, dass die Traumzeit für Millionäre nicht auf das Jahr 1910 beschränkt blieb, sondern Anfang des 21. Jahrhunderts eine Renaissance erlebt. Umso bedenklicher ist es, dass die **Desinformationskampagnen der KapitaleigentümerInnen**¹⁰ gegen eine sinnvolle Besteuerung sehr großer Vermögen großflächige Rückendeckung der Medienlandschaft erhalten.

Es scheint, als dominieren Betroffenheitsillusion und Verarmungsängste die aktuellen Diskussionen um vermögensbezogene Steuern. Es erinnert an den äußerst wohlhabenden Bankier Hermann Horwitz, der oft mitten in der Nacht aufgestanden sein soll, um sich seines Vermögens zu vergewissern und Bilanz zu legen. Die ständige Angst, am Hungertuch nagen zu müssen, trieb Horwitz schließlich in den Wahn, schreibt der Historiker Sandgruber.

Man ist geneigt, gebetsmühlenartig die Fakten zu wiederholen, um die Betroffenheitsillusion zu bekämpfen: **Nur die reichsten fünf Prozent**¹¹ der Haushalte sind von Vermögens- und Erbschaftssteuern mit einem Freibetrag von einer Million Euro betroffen, die anderen 95 Prozent werden nicht belastet. Das reichste Prozent erhält **allein aus Vermögenseinkommen monatlich etwa 8.000 Euro**¹². Obwohl nur wenige Haushalte von diesen Steuern betroffen wären, ist mit einem substanzialen Aufkommen zu rechnen, da die Vermögen an der Spitze – also beim obersten Promille der Gesellschaft – sehr stark konzentriert sind.

Mehrheits- oder Elitenorientierung der Wirtschaftspolitik?

Auch im siebenten Jahr nach Ausbruch der Krise gibt es große wirtschaftspolitische Herausforderungen. Die Wirtschaft will nicht und nicht in Schwung kommen, ein Schub privater Investitionen bleibt aufgrund der unsicheren Erwartungen aus, die Arbeitslosigkeit steigt an, **eine deflationäre Spirale droht**¹³,

und die Mittel für notwendige Ausgaben im Pflege- und Gesundheitsbereich sowie für **zukunftsorientierte öffentliche Investitionen**¹⁴ fehlen.

Dazu kommt das Gefühl, dass die Reichen „es sich richten können“ und ihre großen Vermögen über Generationen weitervererben, während Anstrengungen zur Entlastung der breiten Bevölkerung (zum Beispiel mittels einer Lohnsteuerensenkung) verhindert werden, weil eine Gegenfinanzierung durch vermögensbezogene Steuern von den Interessenvertretungen der KapitaleigentümerInnen vehement bekämpft wird. Es sind somit die Bedingungen für ein weiteres Ansteigen der Ungleichheit und damit große gesellschaftliche Spannungen gegeben – so wie in der Ein-Promille-Gesellschaft vor 100 Jahren.

Dabei liegen die Vorschläge für eine wirtschaftspolitische Wende auf dem Tisch. Das beschäftigungsfeindliche steuerliche Ungleichgewicht zwischen Arbeit und Vermögen muss ausgeglichen werden: Arbeitseinkommen sollen entlastet werden, gegenfinanziert durch **Steuern auf große Vermögen**¹⁵. Die Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer ist für mehr Chancengerechtigkeit unbedingt notwendig.

Eine **massive Arbeitszeitverkürzung**¹⁶ würde – neben vielen anderen positiven Aspekten – zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen. Eine **goldene Investitionsregel**¹⁷ würde öffentliche Investitionsimpulse ermöglichen, wobei die Mittel im Sinne sozialer und ökologischer Innovation eingesetzt werden sollen. Ein **Ausbau des sozialen Wohnbaus**¹⁸ soll leistbares Wohnen garantieren und überzogene Mieteinnahmen privater ZinshausbesitzerInnen verhindern.

All dies würde dazu beitragen, die zukünftige Gesellschaft im Sinne des Gemeinwohles – und nicht nach den Interessen des reichsten Promilles – zu gestalten.

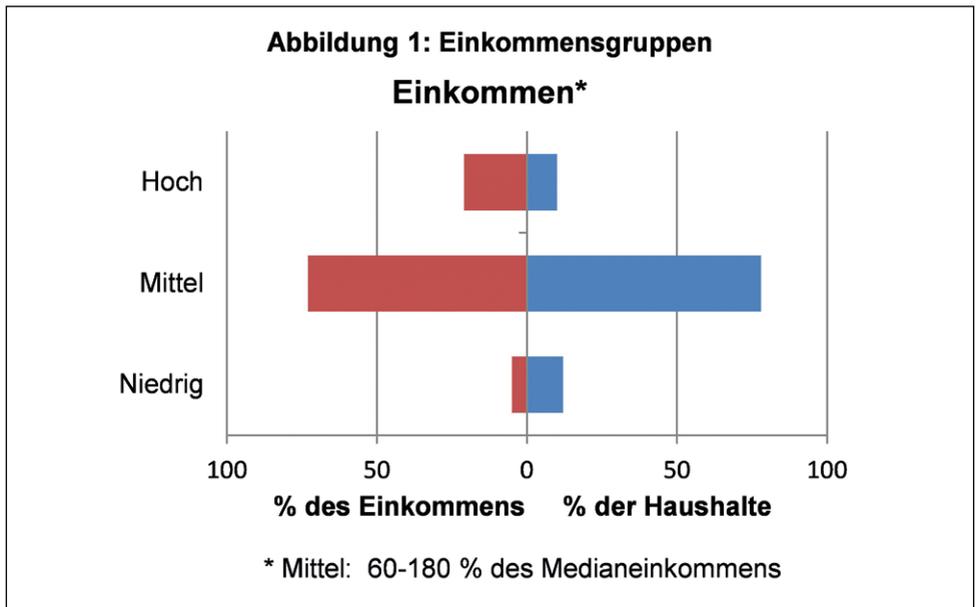
-
- ¹ Vgl. The Economist: Forget the 1%. Nov 8, 2014. <http://www.economist.com/news/finance-and-economics/21631129-it-001-who-are-really-getting-ahead-america-forget-1>
 - ² Vgl. Sandgruber, Roman: Traumzeit für Millionäre. August 2013. <http://www.styriabooks.at/article/4207>
 - ³ Vgl. Schüddekopf, Jürgen: „Die Welt von gestern“. Stefan Zweigs Lebensbeschreibung. In: Die Zeit Online. <http://www.zeit.de/1946/05/die-welt-von-gestern>
 - ⁴ Vgl. Eckerstorfer, Paul/Halak, Johannes/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Springholz, Florian/Wildauer, Rafael: Die Vermögensverteilung in Österreich und das Aufkommenspotential einer Vermögenssteuer. 2014/Heft 1. http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2014_40_1/2014_40_1_0063.pdf
 - ⁵ Vgl. „trend“-Ranking: Die 100 reichsten Österreicher. <http://www.trendtop500.at/die-reichsten-oesterreicher/>
 - ⁶ Vgl. OTS: „trend“-Ranking: Die 100 reichsten Österreicher. 29. Juni 2014. http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140629_OTS0001/trend-ranking-die-100-reichsten-oesterreicher
 - ⁷ Quelle: Statistik Austria. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/wie_gehts_oesterreich/materieller_wohlstand/index.html?gid=2_5
 - ⁸ Vgl. Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel: Wealth Inequality in the United States since 1913. Evidence from Capitalized Income Tax Data. NBER Working Paper No. 20645. Oktober 2014. <http://gabriel-zucman.eu/files/SaezZucman2014.pdf>
 - ⁹ Vgl. Interview mit Gabriel Zucman: Kern der europäischen Krise. In: Arbeit und Wirtschaft 10/14. http://www.arbeit-wirtschaft.at/servlet/ContentServer?pagename=X03/Page/Index&tn=X03_0.a&cid=1414494359448
 - ¹⁰ Vgl. Rehm, Miriam: Verzweiflung der Vermögenssteuer-Gegner. Juli 2014. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/verzweiflung-vermoegenssteuer-gegner/>
 - ¹¹ Vgl. Top-Vermögen und Einkommen in Österreich. In: AK Info. Juni 2014. http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Top-Vermoeen_und_Einkommen_in_Oesterreich.pdf
 - ¹² Vgl. Humner, Stefan/Moser, Mathias/Schnetzer, Mathias/Ertl, Michael/Kilic, Atila: Über die Bedeutung von Kapitaleinkommen für die Einkommensverteilung in Österreich. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 2013/Heft 4. http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2013_39_4/2013_39_4_0571.pdf
 - ¹³ Vgl. Angelo, Silvia: Das gefährliche Ungeheuer heißt Deflation – nicht Inflation. Jänner 2014. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/inflation-vs-deflation/>
 - ¹⁴ Vgl. Himperle, Klemens: Fehlende öffentliche Einnahmen als Hauptkostenfaktor der Krise. November 2014. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/krisenkostenfaktor-einnahmefall/>
 - ¹⁵ Vgl. Piketty, Thomas: Warum eine globale Vermögenssteuer hilft, die Ungleichheit zu verringern. Juli 2014. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/warum-eine-globale-vermoegenssteuer-hilft-die-ungleichheit-zu-verringern/>
 - ¹⁶ Vgl. Schwendinger, Michael: Arbeitszeitverkürzung als Instrument der Wirtschaftspolitik. Oktober 2014. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/arbeitszeitverkuerzung-als-instrument-der-wirtschaftspolitik/>
 - ¹⁷ Vgl. Feigl, Georg: Wirtschaftspolitische Alternativen für Europa. Dezember 2014. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/jahreswachstumsbericht2015/>
 - ¹⁸ Vgl. Tockner, Lukas: Wohnpolitik und Lebensstandard. Juli 2014. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/wohnpolitik-und-lebensstandard/>

Wo bleibt die Mittelschicht? Die Vermögensverteilung in Österreich

Miriam Rehm

Neue Daten für Österreich belegen, dass die **Vermögen extrem ungleich verteilt**¹ sind. 50 Prozent der Haushalte haben zusammen **weniger als fünf Prozent des Gesamtvermögens**². Die **reichsten fünf Prozent besitzen knappe 50 Prozent**³ aller Vermögen. Beim Vermögen, im Gegensatz zum Einkommen, hat die Mittelschicht nur einen kleinen Teil.

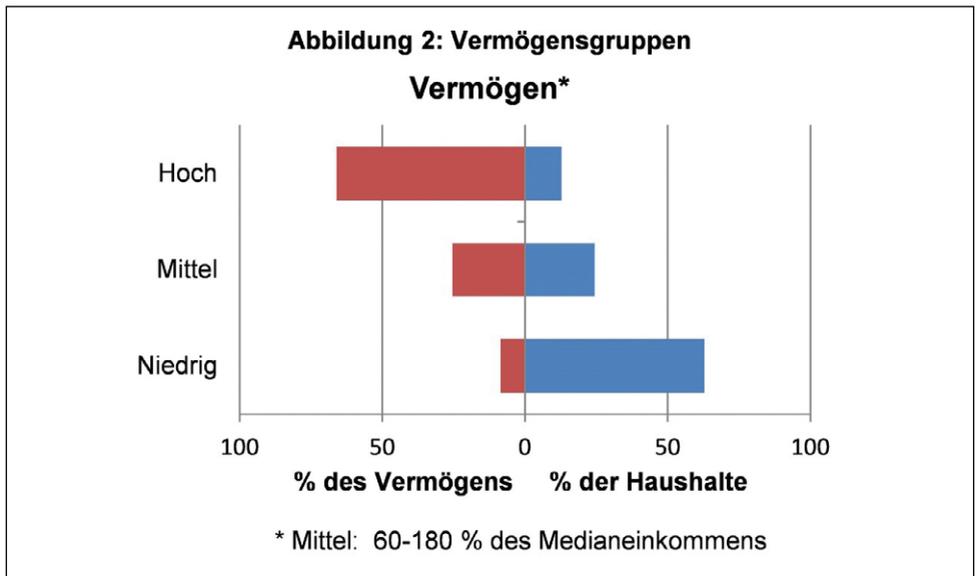
Diese Schiefe Lage weicht massiv von den Vorstellungen der Bevölkerung für die Verteilung in Österreich ab. Die große Mehrheit der ÖsterreicherInnen wünscht sich eine Gesellschaft mit einer breiten Mittelschicht, die auch einen entsprechenden Anteil am Wohlstand hält. Grafisch hätten sie gerne eine „bauchige“ Verteilung in Österreich.



Quelle: EU-SILC 2010, eigene Berechnungen.

Die Verteilung der Einkommen (nicht der Vermögen!) in Österreich zeigt auch tatsächlich dieses Bild einer breiten Mittelschicht (Abbildung 1). Wenn nämlich die Haushalte ihrem Einkommen nach auf einer senkrechten Linie aufgetragen werden, dann liegen die meisten Haushalte in der Mitte oder ein bisschen darüber. Etwa jeder achte Haushalt fällt mit Niedrigeinkommen auf das untere Ende der Linie. Zugleich gibt es sehr wenige hohe Einkommen am oberen Ende der Linie. Diese Probleme an den Rändern der Verteilung sind gravierend, und sie können über ein progressives Abgabensystem und den Ausbau sozialer Dienstleistungen gemildert werden. Sie ändern aber nichts am Vorhandensein einer breiten Mittelschicht – der große blaue „Bauch“ der Grafik. Die mittleren Einkommensgruppen erhalten auch einen großen Teil der Gesamteinkommen, der rot nach links aufgetragen ist.

Bei Vermögen hingegen besteht eine **krasse Schieflage**⁴ (Abbildung 2). Durch die starke Konzentration des Vermögens auf eine sehr kleine Gruppe von Haushalten bleibt für die Haushalte mit niedrigem und mittlerem Vermögen nur ein kleiner Teil.



Nur etwa ein Viertel der Haushalte gehört zu der Gruppe mit den mittleren Vermögen, und es gibt eine sehr große Gruppe von Haushalten, fast zwei Drittel, die ein niedriges Vermögen besitzen (blaue Balken nach rechts). Diese beiden, niedrige und mittlere Vermögen, besitzen auch nur einen kleinen Teil am Gesamtvermögen (rote Balken nach links). Der weitaus größte Teil des Vermögens wird von einer kleinen, sehr vermögensreichen Gruppe gehalten, die etwa zwei Drittel des gesamten privaten Vermögens in Österreich auf sich vereint, wie der oberste rote Balken zeigt.

Natürlich sind die Definitionen von niedrigen, mittleren und hohen Einkommen und Vermögen umstritten. Ob es gerechtfertigt ist, wie die Statistik Austria und dieser Beitrag es tun, Einkommen über 60 Prozent des Medians und somit alle Haushalte über der statistischen Armutsgrenze als „mittlere“ Einkommen zu bezeichnen, kann durchaus diskutiert werden. Ebenso geht es hier nicht darum, die Definition von mittleren Vermögen mit 60 Prozent bis 180 Prozent des durchschnittlichen Vermögens als die „richtige“ Sichtweise zu propagieren. Die Frage, in welche Gruppen eine Gesellschaft sinnvollerweise unterteilt werden kann, ist komplex und bei Weitem noch nicht beantwortet. Die wissenschaftliche Reichtumsforschung hat hier noch ein weites Feld zu bearbeiten.

Es ist jedoch eine Tatsache, dass die Vermögen in Österreich anders verteilt sind als die Einkommen. Während die Einkommen „bauchig“ verteilt sind, sind Vermögen „schief“ verteilt. Das heißt, die Masse der Einkommen liegt in der Mitte, während sich die Masse der Vermögen am oberen Rand konzentriert. Weil die Verteilungen so unterschiedlich sind, ist diese empirische Erkenntnis robust. Sie hängt nicht von den spezifischen Grenzen für niedrige, mittlere und hohe Einkommen und Vermögen, die hier gewählt wurden, ab.

Vor diesem Hintergrund ist das weitgehende Fehlen einer Vermögensbesteuerung in Österreich umso unverständlicher. Im Vergleich mit **anderen Hocheinkommensländern**⁵ (Tabelle 22) und der **Eurozone**⁶ (Tabelle 66) rangiert Österreich konsistent auf den hintersten Plätzen, was das Aufkommen

aus vermögensbezogenen Steuern betrifft. Bei dieser Schieflage gibt es dringenden Handlungsbedarf.

-
- ¹ AK Wien (2013): Die Verteilung von Vermögen in Österreich. In: AK Infos. http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Vermögensverteilung_2013.pdf
 - ² AK Wien (2012): Verteilung der Vermögen in Österreich. Viele haben wenig und wenige haben viel. In: Das Infoservice der AK Nr. 10/2012. <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/resolver?urn=urn%3Anbn%3Aat%3Aat-akw%3Ag-188722>
 - ³ Andreasch, Michael et al. (2012): Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich. In: Sozialbericht 2011–2012, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. http://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/3/7/2/CH2171/CMS1353079209699/abschnitt_13.pdf
 - ⁴ AK Wien (2013): Die Verteilung von Vermögen in Österreich. In: AK Infos. http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Vermögensverteilung_2013.pdf
 - ⁵ OECD (2015): Revenue Statistics 2015 – tax structures. OECD Publishing. <http://www.oecd.org/tax/tax-policy/revenue-statistics-tax-structures.htm>
 - ⁶ Eurostat(2012): Taxation trends in the European Union. Theme: Economy and finance Collection: Statistical Books, European Union. http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/gen_info/economic_analysis/tax_structures/2012/report.pdf

Erbschaften und Schenkungen – Hauptursachen für Vermögensungleichheit

Sebastian Leitner

Vermögen sind in Österreich ungleicher verteilt als in allen anderen Ländern der Eurozone. Diese Tatsache ist mittlerweile hinlänglich bekannt. Unklarer ist allerdings, wie stark einzelne Faktoren die Vermögensungleichheit beeinflussen: Werden Vermögen durch erwirtschaftetes Einkommen und Ersparnisse aufgebaut? Oder ist Reichtum hauptsächlich ererbt? Ist die beobachtete Ungleichheit auch Ergebnis der Vermögensunterschiede zwischen jungen (Single-)Haushalten und jenen, die über die Lebensspanne Vermögen aufgebaut haben? Sind höhere Vermögen auch auf bessere Ausbildung zurückzuführen oder eventuell Ergebnis unterschiedlicher Haushaltgrößen? Das wichtigste **Ergebnis der Analyse**¹ vorweg: Erbschaften und Schenkungen sind der wichtigste Faktor für Vermögensunterschiede – Österreich ist auch hier ein Spitzenreiter in Europa.

Was bestimmt Ungleichheit?

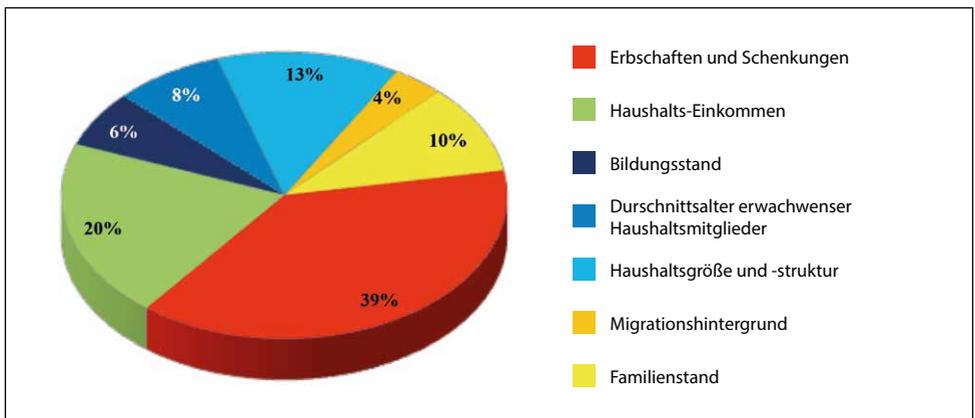
Für eine aufgeklärte Diskussion über Vermögensungleichheit ist weniger von Bedeutung, ob die oben gestellten Fragen mit JA beantwortet werden können (denn offensichtlich sind alle Erklärungen mehr oder weniger relevant), sondern welche Begründungen mehr und welche weniger Gewicht haben. Dieser Themenstellung bin ich **in meiner Studie**² am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiv) aus quantitativ-ökonomischem Blickwinkel nachgegangen, die in der **Working Paper Series der AK Wien**³ erschienen ist. Die zentrale Frage ist dabei, in welchem Ausmaß die Vermögensungleichheit in Österreich und anderen Euroländern insbesondere auf die ungleiche Verteilung von Erbschaften und Schenkungen zurückzuführen ist. Alternative Einflussfaktoren auf die Verteilungssituation, die in der Untersuchung berücksichtigt wurden, sind Unterschiede in den Haushaltseinkommen und sozioökonomischen Cha-

rakteristika zwischen den Haushalten (Bildungsstand, Haushaltsgröße und -struktur, Durchschnittsalter, Familienstand und Migrationshintergrund der Haushalte).

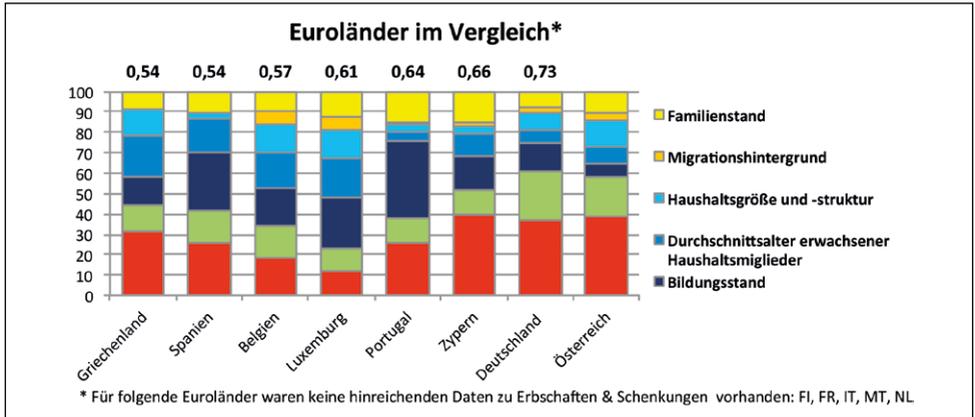
Zur Erinnerung: Martin Schürz und Pirmin Fessler haben bereits in einer ersten Auswertung der HFCS-(Household Finance and Consumer Survey)-Daten für Österreich auf die **Bedeutung von Erbschaften und Schenkungen für Vermögensungleichheit**⁴ hingewiesen und auch **am AK-Blog diskutiert**⁵. Nur etwa 35 Prozent der österreichischen Haushalte haben zum Zeitpunkt der Erhebung bereits eine Erbschaft oder Schenkung erhalten. Erbschaften und Schenkungen sind mit einem Gini-Koeffizienten von 0,89 noch ungleicher verteilt als Brutto- (0,76) und Nettovermögen (0,73).

Erbschaften und Schenkungen – Hauptursachen für Ungleichheit

Mittels ökonomischer Zerlegungsverfahren (shapley value decomposition) wurde nun die relative Bedeutung einzelner Erklärungsfaktoren untersucht. Hoch signifikant dabei: Erbschaften und Schenkungen liefern in Österreich den höchsten Beitrag zur Ungleichheit von Bruttovermögen. Fast 40 Prozent der gemessenen Ungleichheit können darauf zurückgeführt werden.



Im Europavergleich bewegen sich nur Deutschland und Zypern in vergleichbaren Größenordnungen:



Quelle: HFCS 2010, eigene Berechnungen.

Einkommensunterschiede nur halb so relevant

Im Gegensatz hierzu ist Vermögensungleichheit nur zu einem relativ geringen Teil aus der Einkommensposition der Haushalte zu erklären. Unterschiede im Haushaltseinkommen tragen in Österreich nur 20 Prozent zur Gesamtungleichheit der Bruttovermögen bei – halb so viel wie Erbschaften.

Wie zu erwarten, prägen auch weitere sozioökonomische Unterschiede zwischen den Haushaltsgruppen die Vermögensungleichheit, ihre Einzelbeiträge sind jedoch relativ gering.

Es zeigt sich, dass ein höherer Bildungsstand des Haushalts auch mit einem höheren Vermögen einhergeht (unabhängig von Erbschaft, Verdienst, Alter oder anderen Einflussfaktoren). In Österreich ist dieser bereinigte Effekt des durchschnittlichen Bildungsniveaus der Haushalte jedoch relativ gering. Nur etwa sechs Prozent der Vermögensungleichheit können durch Bildungsunterschiede erklärt werden.

Die Analyse zeigt auch, dass Individuen und Haushalte während ihres Erwerbslebens – soweit ein genügend hohes Einkommen vorhanden ist – über den Lebenszyklus Vermögen ansparen und dieses in der Pension (auch durch Schenkungen) wieder leicht absinkt. In Österreich sind jedoch nur acht Prozent der Vermögensungleichheit durch diese „Lebenszyklushypothese“, wonach das Durchschnittsalter der erwachsenen Haushaltsmitglieder die Vermögensunterschiede bestimmen sollte, zu erklären.

Ein offensichtlicher Grund für unterschiedlich hohe Vermögensbestände zwischen Haushalten ist die Haushaltsgröße und -struktur: Je mehr Erwachsene im Haushalt leben, desto größer sollte die Möglichkeit sein, aus vorhandenem Einkommen zu sparen, aber auch der Anreiz vorzusorgen sollte steigen. Die Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder kann durch steigende Konsumausgaben und Sparanreize für die Nachkommenschaft theoretisch sowohl einen positiven als auch einen negativen Einfluss auf den Vermögensaufbau haben. Der Gesamteffekt der Haushaltsgröße und -struktur (Erwachsene und Kinder) erklärt in Österreich 13 Prozent der gesamten Vermögensungleichheit.

Zwei weitere Variablen wurden zur Erklärung der Vermögensungleichheit herangezogen: das Geburtsland sowie der Familienstand des (männlichen oder weiblichen) Haushaltsvorstandes. Haushalte, deren Vorstände zugewandert sind, haben in Österreich wie in fast allen analysierten Euroländern geringere Bruttovermögen. Die Analyse zeigt zudem, dass in Österreich Haushalte mit verheirateten oder verpartnerten Vorständen höhere Vermögensbestände besitzen als Single-Haushalte (unabhängig von der Haushaltsgröße). Ist der Haushaltsvorstand verwitwet oder geschieden, ist die Vermögenshaltung noch geringer im Vergleich zu Single-Haushalten. Die Variablen Familienstand und Migrationshintergrund tragen in Österreich zehn Prozent bzw. vier Prozent zur gemessenen Vermögensungleichheit bei.

Zur Vollständigkeit: In der Forschungsarbeit wurde das ökonometrische Zerlegungsverfahren neben Bruttovermögen auch auf Nettovermögen angewandt. Die Ergebnisse bleiben im Wesentlichen gleich.

Gegen ein Abdriften in die Erbaristokratie oder „Wo war die Leistung?“

Sollten Sie nun der Meinung sein, dass die Studienergebnisse Argumente für die (Wieder-)Einführung der Erbschaftssteuer oder anderweitiger Vermögenssubstanzsteuern liefern, so haben Sie eventuell bereits einige **Materialien zum Thema gelesen**⁶ oder es sagt eventuell etwas über Ihre Herkunft oder Ihren Werdegang aus – wie Elitenforscher Prof. Michael Hartmann hervorhebt, **korrelieren soziale Herkunft und Einstellung zu Vermögensbesteuerung stark**.⁷

In der Nebelmaschine der derzeit herrschenden Politik treffen einander „**Alles nur eine Neiddebatte**“⁸ und „Sama ehrlich, geht's uns schlecht“, während die Differenzen in den Lebensrealitäten zwischen „oben“ und „unten“ zunehmend größer werden. Die Vernebelten dazwischen haben Angst davor, trotz treu gelebter Leistungsmoral Status und Freiheitsräume zu verlieren. Aus Angst wird Wut – „Ich habe doch immer geleistet“ –, und schon freuen sich die Lehnsherren über den Zulauf fleißiger Vasallen, die sich bei Erbschaftssteuermodellen mit einem Freibetrag von einer Million Euro bedroht fühlen. Abwehrkonstrukte der Marke „win-win“ und „solidarische Leistungsgesellschaft“ können den Zeitpunkt, zu dem wir uns gesellschaftlich breiter damit auseinandersetzen, wie wir der wachsenden Ungleichheit entgegensteuern, nur verschieben – der Aufklärung muss Veränderung folgen.

¹ Leitner, Sebastian (2015): Drivers of Wealth Inequality in Euro Area Countries. In: Working Paper – Reihe der AK Wien, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 137. http://media.arbeiterkammer.at/wien/MWuG_Ausgabe_137.pdf

² Leitner, Sebastian (2015): Drivers of Wealth Inequality in Euro Area Countries. In: Working Paper – Reihe der AK Wien, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 137. http://media.arbeiterkammer.at/wien/MWuG_Ausgabe_137.pdf

³ AK Wien: Working Paper Series. <http://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/MaterialienzuWirtschaftundGesellschaft/index.html>

⁴ Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2013): Reich bleiben in Österreich. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 39. Jahrgang (2013). http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2013_39_3/2013_39_3_0343.pdf

⁵ Schürz, Martin (2014): Erbschaften in der Gesellschaft der Ungleichen. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/erbschaften-der-gesellschaft-der-ungleichen/>

⁶ BEIGEWUM: „Erbschaften besteuern!“ ist einmal mehr gefragt. <http://www.beigewum.at/2015/03/erbschaften-besteuern-einmal-mehr-gefragt/>

⁷ Hartmann, Michael (2013): YouTube-Interview. <https://www.youtube.com/watch?v=R9hIhv4cqkq>

⁸ Schürz, Martin (2014): Schon wieder eine Neiddebatte zu Vermögenssteuern. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/schon-wieder-eine-neiddebatte-zu-vermoegensteuern/>

VERMÖGEN: FRAUEN HABEN DAS NACHSEHEN

Katarina Hollan, Patricia Klopff, Katharina Mader & Alyssa Schneebaum

Die Unterschiede im Einkommen zwischen Männern und Frauen sind inzwischen weitgehend bekannt – man denke an den „**Equal Pay Day**“¹ oder die vielen Studien, die die Diskriminierung von Frauen beim Einkommen aufzeigen. Völlig ausgeblendet wurden bisher die Vermögensunterschiede zwischen Geschlechtern, obwohl auch hier von einer weit auseinanderklaffenden Schere ausgegangen werden muss. Für Österreich zeigen wir in **unserer Studie**² eine derartige deutliche Lücke beim Vermögen zwischen den Geschlechtern. Diese Lücke ist vor allem auf Unterschiede am oberen und unteren Rand der Vermögensverteilung zurückzuführen. Die ungleichen Vermögenspositionen führen wir auf ungleiche gesellschaftliche Rollen, Normen und Strukturen ebenso zurück wie auf Diskriminierung und kleinere Erbschaften von Frauen.

Erstmalige Untersuchung der Vermögensverteilung zwischen den Geschlechtern möglich

Mit dem **Household Finance and Consumption Survey (HFCS)**³ stehen erstmals umfassende und vergleichbare Daten zur Vermögensverteilung in der Eurozone zur Verfügung, die es erlauben, Vermögensunterschiede für mehrere Länder zu betrachten. Allerdings wurde nur die Haushaltsebene erfasst, weshalb die Datengrundlage für einen Vergleich zwischen Männern und Frauen nach wie vor schwierig ist. Daher konnten Vermögensunterschiede zwischen Geschlechtern in der Studie für Österreich nur näherungsweise anhand weiblicher und männlicher Single-Haushalte untersucht werden. „Single-Haushalte“ sind Haushalte, in denen die Person, die den Fragebogen beantwortete, ohne PartnerIn wohnt. Sowohl bei Frauen als auch bei Männern stellen Ein-Personen-Haushalte oder AlleinerzieherInnen-Haushalte die große Mehrheit der Single-Haushalte dar.

Frauen besitzen durchschnittlich 40 % weniger Vermögen als Männer

Ganz grundsätzlich unterstreicht die Studie die Ergebnisse der internationalen Literatur (siehe z. B. **Deere und Doss**⁴) auch für Österreich: Das durchschnittliches (Netto-)Vermögen von weiblichen Single-Haushalten ist deutlich geringer also das in männlichen Single-Haushalten. In absoluten Werten haben weibliche Single-Haushalte im Durchschnitt mit etwa 110.000 Euro ein deutlich niedrigeres Vermögen als männliche mit etwa 194.000 Euro. Paarhaushalte besitzen im Vergleich dazu das höchste Vermögen (im Durchschnitt etwa 380.000 Euro). Während männliche Single-Haushalte etwas mehr als einen halben Paarhaushalt „ausmachen“, liegen weibliche Single-Haushalte deutlich darunter.

Diese Unterschiede bestehen zwischen weiblichen und männlichen Single-Haushalten vor allem am oberen und unteren Rand der Vermögensverteilung. Männliche Single-Haushalte sind am unteren Rand deutlich höher verschuldet als weibliche. Am oberen Rand verfügen die reichsten fünf Prozent der männlichen Single-Haushalte über mehr als doppelt so viel Vermögen wie die weiblichen. Damit zeigt sich auch eine große Ungleichverteilung der Vermögen innerhalb der jeweiligen Kategorie „männliche Single-Haushalte“ und „weibliche Single-Haushalte“, wie sich im Vergleich von Durchschnitt und Median (die Grenze zwischen den unteren und oberen 50 Prozent der analysierten Haushalte) widerspiegelt. Während das durchschnittliche Vermögen bei Männern bei 194.000 Euro liegt, beträgt der Median nur rund 23.000 Euro. Im Vergleich dazu ist die Ungleichverteilung bei Frauen etwas geringer (Durchschnitt 110.000 Euro und Median 22.000 Euro). Da der Durchschnittswert durch eine hohe Vermögenskonzentration am oberen Rand vergleichsweise hoch ausfällt, ist der Median für weite Teile der Verteilung folglich die aussagekräftigere Größe.

Vermögen: Frauen haben das Nachsehen

Vermögen: Frauen haben das Nachsehen

Unterschied zwischen weiblichen und männlichen Single-Haushalten beim Nettovermögen in Euro – Je vermögender, desto größer ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen

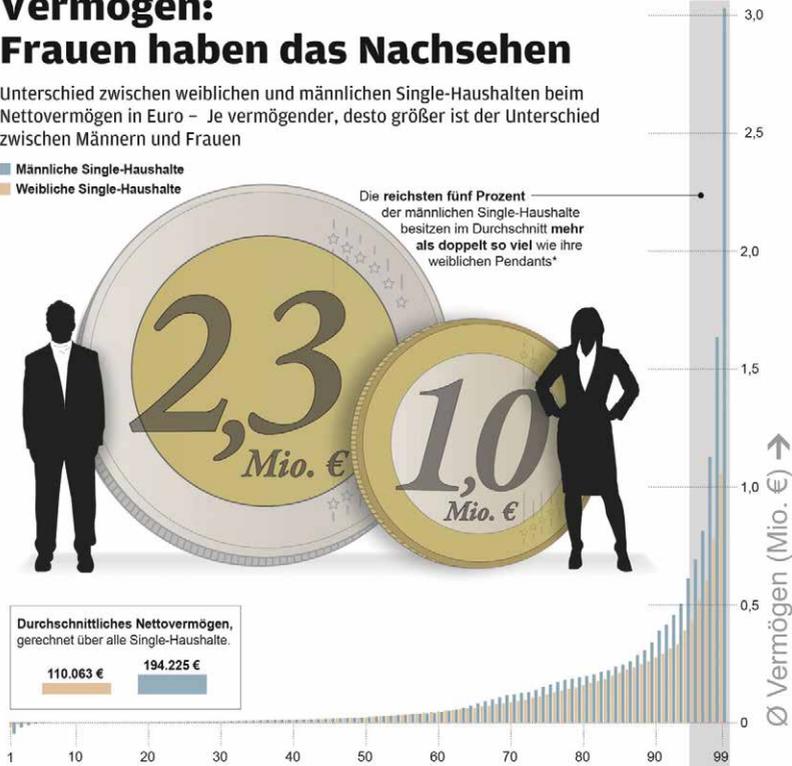
■ Männliche Single-Haushalte
■ Weibliche Single-Haushalte

Die reichsten fünf Prozent der männlichen Single-Haushalte besitzen im Durchschnitt mehr als doppelt so viel wie ihre weiblichen Pendant*



Durchschnittliches Nettovermögen, gerechnet über alle Single-Haushalte.

110.063 €	194.225 €
-----------	-----------

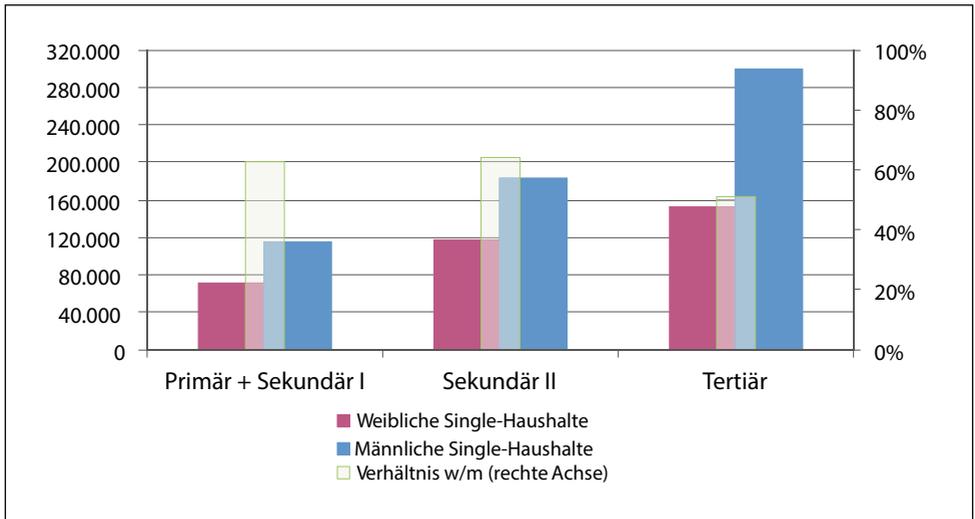


Perzentile der Haushalte →

Quellen: WU-Wien / AK; *Exakt: männlicher Single-Haushalt ⇨ 2.343.859 €, weiblicher Single-Haushalt ⇨ 966.079 €

Infografik / Illustration: Martin Crundt

Vermögenszuwachs durch höhere Bildung bei Frauen geringer



Quelle: Eigene Berechnungen mit HFCS-Daten

Bei der Untersuchung von Haushaltscharakteristika, die als Erklärung für die Unterschiede in der Vermögensakkumulation männlicher und weiblicher Single-Haushalte herangezogen werden können, zeigt sich zunächst nach Ausbildungsgruppen ein positiver Zusammenhang von Durchschnittsvermögen und Ausbildung. Zudem klafft die Vermögensschere zwischen Frauen und Männern mit ansteigendem Ausbildungsniveau weiter auseinander. Damit haben weibliche Single-Haushalte mit einem Hochschulabschluss immer noch ein niedrigeres Durchschnittsvermögen als männliche Single-Haushalte mit Lehrlingsabschlüssen oder Matura.

Frauen erben weniger als Männer

	Partizipation (%)	Durchschnitt	Median
Weibliche Single-Haushalte	23,0	76.962	21.604
Männliche Single-Haushalte	18,0	136.278	22.271
Paarhaushalte	24,0	146.642	39.267

Quelle: Eigene Berechnungen mit HFCS Daten. Durchschnitt und Median beziehen sich nur auf Haushalte, die etwas geerbt oder geschenkt bekommen haben.

Wird der Prozess der Vermögensbildung untersucht, so spielen neben der Ersparnisbildung aus Einkommen vor allem Erbschaften und Schenkungen eine wesentliche Rolle. Männliche Single-Haushalte erben zwar etwas seltener als weibliche Single-Haushalte, dann jedoch deutlich höhere Vermögen. Die Unterschiede bei Erbschaften und Schenkungen tragen somit zu einer Ungleichverteilung von Vermögen zwischen weiblichen und männlichen Single-Haushalten bei, obwohl sich im österreichischen Erbschaftsrecht keine expliziten geschlechtsspezifischen Benachteiligungen finden.

Daten über persönliches Vermögen bzw. Zugriffs- und Verfügungsrechte notwendig

Um eine tiefere Analyse ungleicher Vermögenssituationen auch in Paarhaushalten durchführen zu können, ist eine Datenerhebung des Vermögens auf Personenebene dringend notwendig. Denn es kann beim Haushaltsvermögen ähnlich wie beim Haushaltseinkommen nicht davon ausgegangen werden, dass beide PartnerInnen automatisch die gleichen Zugriffs- und Verfügungsrechte auf und über das vorhandene Vermögen haben.

¹ Csoka, Bettina (2013): Equal Pay Day 8. Oktober – um ein Viertel weniger. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/equal-pay-day-8-oktober-um-ein-viertel-weniger/>

² Mader, Karharina et al (2014): Vermögensunterschiede nach Geschlecht: Erste Ergebnisse für Österreich. In: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 129. http://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/MaterialienzuWirtschaftundGesellschaft/Ausgabe_129.html

³ EZB (2013): Household Finance and Consumption Network (HFCSN). https://www.ecb.europa.eu/pub/economic-research/research-networks/html/researcher_hfcsn.en.html

⁴ Deere, Carmen/Doss, Cheryl (2006): The Gender Asset Gap: What Do We Know and Why Does It Matter? In: Feminist Economics 12(1-2). <http://www.unc.edu/courses/2007fall/geog/804/001/Deere.pdf>

Spielen soziale Klassen eine Rolle bei der Vermögensbildung?

Hilde Weiss & Julia Hofmann

Gibt es überhaupt noch soziale Klassen oder doch nur Milieus und Lebensstile? Gerade am Beispiel der Vermögen in Österreich sind Klassenlagen deutlich erkennbar. In unserem Artikel arbeiten wir mit den österreichischen HFCS-Daten und analysieren die Ungleichheitsstrukturen in der Bevölkerung. Zwar finden sich in den Klassenlagen teilweise fließende Übergänge zwischen den niedrigeren, mittleren und oberen Segmenten, gleichzeitig treten jedoch markante Grenzen zwischen den einzelnen Klassenlagen hervor – eine breite Mittelschicht wie bei den Einkommen lässt sich bei den Vermögen nicht finden.

Mit den Daten des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) der EZB konnte sich die Vermögensforschung in den letzten Jahren weiter als Forschungsfeld etablieren. Auch für Österreich liegen auf Basis der HFCS-Daten bereits einige aktuelle Berichte über die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen vor (siehe auch einige spannende Verweise am Ende des Beitrags). In einem **längeren, 2014 erschienenen Artikel**¹ versuchten wir diese bislang stark ökonomisch geprägten Analysen durch eine (klassen-)soziologische Analyse, die die Ungleichheitsstrukturen in der Bevölkerung genauer in den Blick nimmt, zu erweitern.

Was hat die Vermögensverteilung mit sozialen Klassen zu tun?

Das Konzept der „sozialen Klassen“ ist ein traditionsreiches Konzept der Sozialforschung, welches (in der Tradition von Marx und Weber) nicht nur materielle Gemeinsamkeiten, sondern auch damit verbundene kollektive „Mentalitäten“ (Lebensweisen, Ideologien) postuliert. Vor allem seit der Jahrtausendwende verzeichnen klassensoziologische Analysen ein Revival. Strukturelle Ver-

änderungen, wie der wachsende **Niedriglohnsektor**², die soziale Polarisierung (mit dem prognostizierten „**Schrumpfen der Mitte**“³), die **Verfestigung von Armut**⁴ und die zunehmende **Abkoppelung der Eliten**⁵ und der Reichen sind aktuelle Themen der Ungleichheitsforschung.

Eine klassensoziologische Analyse der Vermögensverteilung kann Antworten auf mehrere Fragen geben:

- » Aus der Forschung ist bekannt, dass **Reichtum vorwiegend vererbt**⁶ wird. Gleichzeitig wird vonseiten der Politik immer wieder argumentiert, dass sich auch untere und mittlere Klassenlagen ein (wenn auch kleines) Vermögen „erarbeiten“ können. Unklar bleibt jedoch oft, in welchem Ausmaß dieser Vermögensaufbau wirklich gelungen ist: Wie viel Vermögen steht den einzelnen Klassenlagen tatsächlich zur Verfügung? In welcher Klassenlage konnte bislang das wenigste bzw. das meiste Vermögen aufgebaut werden?
- » Mithilfe der Klassenanalyse wird die Debatte über soziale Ungleichheit, die sich oft nur auf die Gruppe der sogenannten „Bedürftigen“ bezieht, auf andere gesellschaftliche Gruppen ausgeweitet. Es werden auch die Lagen „zwischen Arm und Reich“ betrachtet, gesellschaftliche Hierarchien dargestellt und Antworten auf die Frage „Wer gehört tatsächlich zur Mitte?“ gegeben: Welche Verortung von ArbeiterInnen und Angestellten lässt sich etwa hinsichtlich ihrer Vermögensbildung feststellen?

Wie misst man Klassen(-lagen)?

Klassendefinitionen werden in der Forschung kontrovers diskutiert. Auch ihre empirische Umsetzung ist aufgrund des Zuwachses an Tätigkeiten infolge permanenter Innovationen komplexer geworden. Aufgrund der **Differenzierung der Berufe**⁷ – sei es nach Ausbildung und Kompetenz, Handlungsspielräumen und Entlohnung – ist die Zuordnung zu typischen Berufsklassen und damit verbundenen Lebenslagen heute nicht mehr unmittelbar ersichtlich.

Infolgedessen haben sich in der Forschung verschiedene Klassifikationssysteme entwickelt. In unseren Analysen haben wir das **EGP-Konzept**⁸ verwendet, das Klassenlage mit dem Beschäftigtenstatus und der beruflichen Tätigkeit verbindet und weiters nach der Art der Regulierung des Beschäftigungsverhältnisses, also nach dem Arbeitsvertrag (ArbeiterInnen oder Angestellte) und dem Sektor (Landwirtschaft/nicht agrarischer Sektor) differenziert. Die EGP-Klassifikation präsentiert ein mehrdimensionales Klassenschema.

Folgende Klassenlagen werden unterschieden: unqualifizierte manuell Arbeitende, qualifizierte manuell Arbeitende, einfache Angestellte und BeamtInnen mit Routinetätigkeiten, Selbstständige mit niedrigerer Qualifikation und ohne Beschäftigte, Angestellte und BeamtInnen mit mittlerer Qualifikation („untere Dienstklasse“), höhere und leitende Angestellte und BeamtInnen mit hoher Qualifikation („obere Dienstklasse“), höhere ManagerInnen und UnternehmerInnen mit höherer Qualifikation sowie LandwirtInnen mit Beschäftigten.

Wie sieht nun die Vermögensverteilung nach Klassenlagen in Österreich aus?

Auf Basis der untersuchten Vermögenskategorien wird deutlich sichtbar, dass in Österreich zwischen den Kategorien der Reichen und derjenigen der Armen keine breite, „wohlstandsgesättigte Mitte“ liegt.

- » Unqualifizierte und qualifizierte manuell Arbeitende und Angestellte mit Routinetätigkeiten bilden das untere Segment der Gesellschaft.
- » Eine mittlere Lage bilden die beiden Dienstklassen mit mittleren und höheren Qualifikationen; zu diesen zählen in gewisser Hinsicht auch die Selbstständigen ohne Beschäftigte. Die Klassenlage der „kleinen Selbstständigen“ kann aber nur eingeschränkt als „kleine“ Selbstständige aufgefasst werden, da sie teils auch deutlichen Anschluss an die Spitzenvermögen der wohlhabenderen UnternehmerInnen hat.

- » An der Spitze liegen die höher qualifizierten ManagerInnen/UnternehmerInnen mit Beschäftigten inkl. UnternehmerInnen in der Landwirtschaft.

Angelernte ArbeiterInnen und kleine Angestellte/Beamten mit Routine-tätigkeiten gaben bei Immobilien- und Sachwerten im Median 15.000 bis 50.000 Euro an. Demgegenüber liegen die Werte bei Selbstständigen ohne Beschäftigte sowie den unteren und höheren Dienstklassen bereits bei 120.000 bis 170.000 Euro. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Finanzvermögen: Die Mehrheit der unqualifizierten und qualifizierten manuell Arbeitenden und Angestellten/BeamtInnen mit Routinearbeiten besitzt ein Geldvermögen bis zu 12.000 Euro. UnternehmerInnen mit Beschäftigten verfügen demgegenüber über durchschnittlich 42.000 Euro. Auch beim Nettovermögen – also allen Anlagen abzüglich der Schulden des Haushaltes – zeigen sich klare Unterschiede nach Klassenlagen: Deutliche Grenzen liegen zwischen den drei unteren und den darüberliegenden Klassen.

Zusammenfassend zeigen unsere Analysen, dass das Vermögen der kleineren und mittleren Klassenlagen weitgehend unterhalb des Wertebereichs von 500.000 Euro liegt. Höhere Vermögenswerte (bei mindestens noch ca. zehn Prozent in der jeweiligen Klasse) gaben vor allem die UnternehmerInnen mit Beschäftigten (inkl. Landwirtschaft) an. Hohe Vermögenswerte – in Bereichen etwa ab 500.000 Euro und darüber – konzentrieren sich darüber hinaus auf relativ kleine Prozentanteile in der Bevölkerung.

Schlussfolgerungen

Bei allen von uns untersuchten Vermögenskategorien (Immobilien- und Sachwerte, Finanzvermögen, Nettovermögen/gesamtes Haushaltseinkommen, ausgewiesene Ausstände und Erbe) zeigt sich, dass die jeweilige Klassenlage einen erheblichen Einfluss auf die Vermögensbildung ausübt. Zwar fanden sich in den Klassenlagen teilweise Übergänge zwischen den niedrigeren, mittleren und oberen Segmenten, gleichzeitig traten jedoch markante Grenzen zwischen den einzelnen Klassenlagen hervor.

Betrachtet man das untere Segment der gesellschaftlichen Hierarchie näher, so fällt eine Neuordnung bei diesen Klassenlagen auf (die man mit Marx als „Klassenneuzusammensetzung“ charakterisieren könnte): In sämtlichen Vermögenskategorien fanden sich nur geringfügige Differenzen zwischen den wenig qualifizierten DienstleisterInnen, den unqualifizierten ArbeitnehmerInnen und den qualifizierten „FacharbeiterInnen“. Dies ist von Interesse, da FacharbeiterInnen ja immer wieder als zentrale Kategorie der gesellschaftlichen Mitte genannt werden. Gerade Letztere sind hinsichtlich der Vermögensverteilung in dem unteren Segment jedoch fallweise die am schlechtesten gestellte Gruppe.

Zur „Mitte“ zählen unseren Daten zufolge weder die qualifizierten manuell Arbeitenden noch die Angestellten mit Routinetätigkeiten. Die „Mitte“ zeichnet sich deutlich als gesellschaftliches Segment ab, zu dem vor allem die Dienstklassen (mittlere und höhere Qualifizierte im privaten und öffentlichen Sektor) zählen. Diese grenzen sich zwar durch eine deutliche Besserstellung nach „unten“ ab, stoßen in der Vermögensbildung jedoch an markante Grenzen gegenüber den UnternehmerInnen.

Wirklich Reiche finden sich eher bei den UnternehmerInnen mit Beschäftigten, zum Teil aber auch bei Selbstständigen ohne Beschäftigte. Die Klassenlage der Selbstständigen ohne Beschäftigte, die eine Position zwischen Mitte und oben einnehmen, ist in ihren Vermögenswerten breit gestreut: Auf über eine Mio. Euro kommen etwa 13 Prozent hinsichtlich ihres „Netto-Wohlstands“, gleichzeitig liegen aber knapp 28 Prozent unter 80.000 Euro. Die Selbstständigen ohne Beschäftigte bilden demnach zwar eine Brücke zu den Reichen an der Spitze, den UnternehmerInnen, können aber aufgrund ihrer Heterogenität weder dem mittleren noch dem obersten gesellschaftlichen Segment zugerechnet werden.

Betrachtet man abschließend die Vermögenswerte in der Klasse der UnternehmerInnen, so kann auch in Österreich, wie in anderen europäischen Ländern, eine Entkoppelung der Reichen gegenüber „der Mitte“ konstatiert werden: 30 Prozent der UnternehmerInnen mit Beschäftigten steht ein Nettovermögen von über einer Million Euro zur Verfügung.

Dieser Beitrag basiert auf einem ausführlicheren Artikel in der *Wirtschaft und Gesellschaft* 4/2014, die seit Kurzem auch online verfügbar ist.

-
- ¹ Hofmann, Julia et al. (2014): Klassenlagen und Vermögensbildung. In: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 40. Jahrgang (2014), Heft 4. http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2014_40_4/2014_40_4_0559.pdf
 - ² Fritsch, Nina-Sophie et al. (2014): Arbeitsmarktflexibilisierung und wachsende Niedriglohnbeschäftigung in Österreich: Eine Analyse von Risikogruppen und zeitlichen Veränderungen. http://www.soz.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/inst_soziologie/Personen/Institutsmitglieder/Fritsch/Fritsch_et_al._2014_Arbeitsmarktflexibilisierung_und_wachsende_Niedriglohnbesch%C3%A4ftigung_in_%C3%96sterreich.pdf
 - ³ Bbb (2008): Die Absteiger: Angst und Verunsicherung in der Mitte der Gesellschaft. <http://www.bpb.de/apuz/31022/die-absteiger-angst-und-verunsicherung-in-der-mitte-der-gesellschaft?p=all>
 - ⁴ http://www.armutskonferenz.at/index2.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=393&Itemid=6
 - ⁵ Bpb (2014): Deutsche Eliten: Die wahre Parallelgesellschaft? <http://www.bpb.de/apuz/181764/deutsche-eliten-die-wahre-parallelgesellschaft?p=all>
 - ⁶ Leitner, Sebastian (2015): Erbschaften und Schenkungen – Hauptursachen für Vermögensungleichheit. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/erbschaften-und-schenkungen-hauptursachen-fuer-vermoegensungleichheit/>
 - ⁷ Mesch, Michael (2014): Beschäftigung in Wien: Berufliche Aufwertung statt Polarisierung. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/berufsstruktur-wien/>
 - ⁸ Brauns, Hildegard et al. (2000): Die Konstruktion des Klassenschemas nach Erikson, Goldthorpe und Portocarero (EGP) am Beispiel nationaler Datenquellen aus Deutschland, Großbritannien und Frankreich. In: *ZUMA Nachrichten* 24. http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/21111/ssoar-zuma-2000-46-brauns_et_al-die-konstruktion_des_klassenschemas_nach.pdf?sequence=1

Immobilienvermögen und Hypothekarverschuldung in Europa

Mario Holzner

In der einen oder anderen Art verfolgen die meisten Länder eine Politik, die auf die Förderung des Eigenheimerwerbs – und damit den Aufbau privaten Immobilienvermögens – abzielt. Die dezidierte Förderung einer Eigentümergesellschaft ist in vielen Fällen ideologisch motiviert. Ökonomisch zeigt sich, dass **der Preis für eine bewusst herbeigeführte Eigentümergesellschaft hoch ist**¹, da sie oft mit makroökonomischen Ungleichgewichten – in Form von höherer Einkommensungleichheit, geringerer Wettbewerbsfähigkeit und stärkerer Verschuldung – einhergeht.

Ownership Society vs. Risk Sharing Society

Der Begriff der Eigentümergesellschaft („ownership society“) wurde unter anderem vom ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush propagiert. Die zugrunde liegende Idee, dass eine breite Eigentümergesellschaft Individuen dazu verhilft, im weitesten Sinne frei zu sein, ist allerdings nicht neu. Zuvor schon hatte das spanische Regime unter Diktator Francisco **Franco die Idee verfolgt, aus Proletariern EigentümerInnen zu machen**², um nach dem blutigen Bürgerkrieg der 1930er-Jahre die linksgerichtete Arbeiterschaft langfristig zu befrieden.

Während in Spanien 1950 der Anteil der EigenheimbesitzerInnen noch bei unter 50 Prozent lag, wurde dieser Anteil auf rund 90 Prozent gegen Ende der 2000er-Jahre gesteigert. Die daraus entstandene Immobilienblase platzte schlussendlich als Folge der jüngsten Weltwirtschaftskrise. Ähnlich wie Spanien weisen auch andere Länder an der europäischen Peripherie neben einem unterentwickelten Wohlfahrtsstaat und einer weitgehend unkoordinierten Lohnsetzung auch hohe Anteile an EigenheimbesitzerInnen und eine eingeschränkte öffentliche Wohnungspolitik auf.

Im Gegensatz zu diesen Ländern ist beispielweise Österreich durch eine fragmentierte Wohnungspolitik gekennzeichnet, wobei ein hoher Anteil an sozial gefördertem Wohnraum und Mietwohnungen zur Verfügung steht. Die sozial orientierte Wohnungspolitik ist vor allem in Wien historisch geprägt. Bereits in den 1920er-Jahren wurden im „Roten Wien“ unter anderem bessere Wohn- und Lebensbedingungen für die Arbeiterklasse gefördert. Noch heute ist die Hälfte des Wohnungsbestandes sozial geförderter Wohnraum.

Der historische Vergleich Spaniens und Österreichs verdeutlicht, dass über Jahrzehnte gewachsene signifikante Unterschiede in der konkreten Ausprägung von Wohnungspolitik zwischen den europäischen Ländern vorherrschen.

Immobilienvermögen in der Eurozone

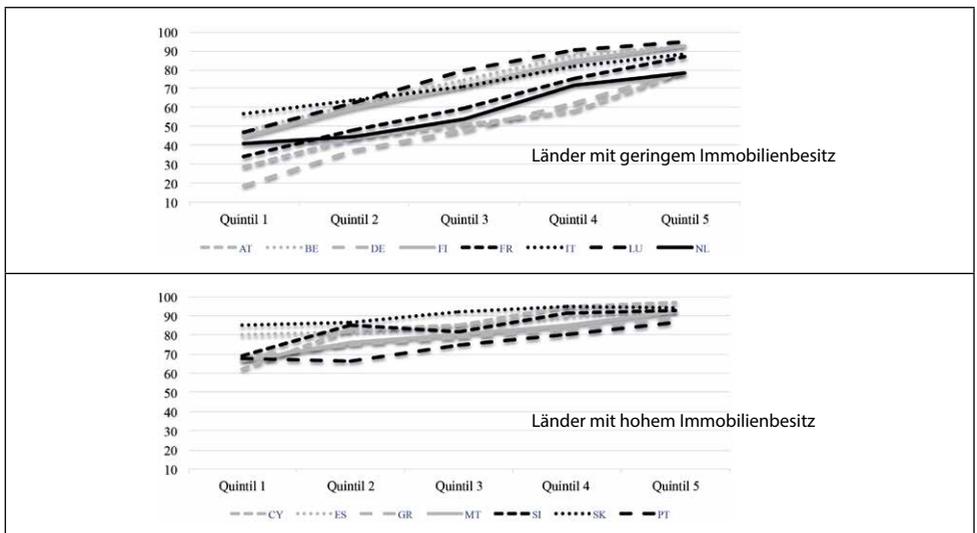
Auf Basis des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) aus dem Jahr 2010 lassen sich Ländervergleiche mit Immobilienvermögen und Hypothekenschulden der Haushalte in der Eurozone anstellen. Soweit bekannt ist, scheint es bisher kaum vergleichende Studien zum Thema Immobilienbesitz und Haushaltsverschuldung auf der Basis von Mikrodaten zu geben, obwohl sie einen wesentlichen Teil des Privatvermögens darstellen. Realvermögen macht wiederum den größten Anteil vom Gesamtvermögen aus, und **Erbschaften sind der bestimmende Faktor hinter Immobilienvermögen**³. Gleichzeitig kann eine Analyse der Wohnform aber auch für die Verteilung der Einkommen, die Qualität des Sozialstaates oder die private Verschuldung in einer Volkswirtschaft wichtig sein. Gerade in der jetzigen Krise spielten **Einkommensungleichheit und Vermögenskonzentration eine wichtige Rolle**⁴. Diesbezüglich identifiziert Stockhammer vier Kanäle, durch welche eine **höhere Ungleichheit bei Einkommen zur jüngsten Weltwirtschaftskrise beigetragen hat**⁵, wobei einer dieser Kanäle die angestiegene Verschuldung der Arbeiterklasse betrifft.

Beim Vergleich über die Länder müssen neben den methodischen auch institutionelle und historische Unterschiede beachtet werden. So können Massenprivatisierungen, wie sie in den Transformationsländern erfolgt sind (in diesem

Fall in der Slowakei und Slowenien), einen enormen Einfluss auf die Ausprägung der Eigenheim- bzw. Immobiliengesellschaft ausüben. Darüber hinaus müssen Unterschiede in den Sozialsystemen (insbesondere Pensionssystemen), staatlichen Subventionen, Demografien und auch Haushaltsstrukturen bei einem Ländervergleich Berücksichtigung finden.

Um den ansonsten sehr komplexen Ländervergleich zu vereinfachen, werden die fünfzehn Länder in zwei ungefähr gleich große Gruppen eingeordnet. Dazu wurde die Grenze bei 75 Prozent für die Anteile der ImmobilienbesitzerInnen unter den Haushalten gewählt. Daraus ergibt sich eine geografisch zentrale Gruppe mit geringem Immobilienbesitz (AT, BE, DE, FI, FR, IT, LU, NL) mit Werten zwischen 49 Prozent in Deutschland, 52 Prozent in Österreich und knapp unter 75 Prozent in Luxemburg. Die Gruppe mit hohem Immobilienbesitz liegt vornehmlich an der Peripherie der Eurozone (CY, ES, GR, MT, PT, SI, SK) und weist Werte von knapp über 75 Prozent in Portugal bis hin zu 86 Prozent in Spanien und 90 Prozent in der Slowakei aus.

Anteil der ImmobilienbesitzerInnen nach Einkommenshöhe in % (Quintile der Bruttohaushaltseinkommen)



Verschuldung, Einkommen- und Vermögensverteilung

Um einen Überblick über die Verteilung der Immobilien innerhalb der Länder als auch zwischen den Ländern zu bekommen, werden die Haushalte zunächst in Fünftel gemäß ihrem Bruttohaushaltseinkommen aufgeteilt, in sogenannte Quintile. Dann wird der Anteil der ImmobilienhalterInnen je Quintil berechnet. Wenig überraschend gilt für alle Länder, dass der Anteil der ImmobilienbesitzerInnen umso größer ist, je höher das Haushaltseinkommen ist.

Zwischen den Ländern gibt es jedoch erhebliche Niveauunterschiede. Der Anteil der ImmobilienhalterInnen im ersten Quintil reicht von etwa 20 Prozent in Deutschland bis fast 60 Prozent in Italien, wobei sich der Anteil im fünften Quintil zwischen knapp 70 Prozent und 95 Prozent befindet. Des Weiteren zeigt sich in den Ländern mit hohem Immobilienbesitz auch ein vergleichsweise flacher Anstieg des Besitzanteils über die Quintile. Darüber hinaus ist bei Portugal, Slowenien und der Slowakei anzumerken, dass sich in diesen Ländern zum Teil sogar ein Sinken bei den Anteilen der ImmobilienhalterInnen über die Quintile der Bruttohaushaltseinkommen ergibt – vermutlich bedingt durch PensionistInnen, die oft einen höheren Immobilienanteil bei gleichzeitig niedrigerem Haushaltseinkommen aufweisen und zumindest im Falle Sloweniens und der Slowakei nach der Wende zu symbolischen Preisen ihre Wohnung im Rahmen der Privatisierungen erstehen konnten.

Eine Vermögensakkumulation steht in vielen Fällen in Verbindung mit einem Kapitalbedarf, der oftmals fremdfinanziert ist. Eine für Haushalte wichtige Möglichkeit, Fremdkapital aufzunehmen, stellt ein Hypothekarkredit dar, da durch die Besicherung Kapital in einem höheren Ausmaß zur Verfügung gestellt wird. Analog zum Anstieg des Immobilienbesitzes ergibt sich somit ein ähnlicher Anstieg bei den HypothekarhalterInnen über die Einkommensquintile, auch wenn es unterschiedliche Muster in den einzelnen Staaten gibt. Bei Belgien, Finnland und Luxemburg ist ein relativ hoher Anstieg über die fünf Quintile zu beobachten. In Österreich und vor allem in Italien steigt der Anteil der HypothekarhalterInnen über die Quintile nur in einem kleinen Ausmaß. Einigermaßen über-

raschend ist der in den Ländern mit höherem Immobilienbesitz im Vergleich zum ImmobilienbesitzerInnen-Anteil generell recht niedrige Anteil an HypothekarhalterInnen in den beiden unteren Quintilen.

Auch anhand eines archetypischen Vergleiches von Österreich und Deutschland (als klassische Vertreter von Mietergesellschaften) mit Spanien und Portugal (typische Eigentümergesellschaften) lässt sich auf einen positiven Zusammenhang zwischen ImmobilienhalterInnen und HypothekarhalterInnen schließen. Ab Mitte der 1990er-Jahre haben spanische Banken mit staatlichen Anreizen sogar aktiv die Kreditvergabe an potenzielle Eigenheim- bzw. ImmobilienbesitzerInnen gefördert und dabei selbst verstärkt in Immobilienvermögen investiert.

Hypothekarschulden in % des Bruttoeinkommens (der Quintile der Bruttohaushaltseinkommensverteilung) in Haushalten mit Immobilienkrediten

	Quintil 1	Quintil 2	Quintil 3	Quintil 4	Quintil 5
AT	152,3	90,4	98,5	79,1	55,2
BE	449,1	286,7	176,8	141,3	88,1
DE	385,7	141,7	230,9	136,2	111,5
FI	167,4	160,4	147,0	131,2	98,9
FR	210,8	185,5	156,2	138,5	113,3
IT	304,6	254,3	189,7	151,6	106,3
LU	328,0	305,1	173,4	122,2	119,9
NL	616,4	255,2	313,4	239,2	192,1
Ø	326,8	209,9	185,7	142,4	110,7
CY	846,2	320,8	247,6	224,4	125,0
ES	465,3	296,9	226,2	161,2	152,2
GR	363,3	239,1	147,4	154,2	81,7
MT	373,4	124,9	115,1	157,8	107,6
PT	752,0	549,0	276,5	196,5	152,8
SI	835,6	131,7	34,8	8,4	35,1
SK	363,6	287,9	231,4	161,9	95,4
Ø	571,3	278,6	182,7	152,1	107,1

Quelle: HFCS (2010), eigene Berechnungen.

In den meisten Fällen stehen mit Krediten laufende Zins- und Tilgungszahlungen in Verbindung. Besonders HalterInnen von Hypothekarkrediten in den unteren Einkommensschichten sind einer hohen Schuldenbelastung und damit einem höheren Risiko von **Zwangsräumungen bei Zahlungsunfähigkeit**⁶ ausgesetzt als jene in höheren Einkommensschichten. Beim Vergleich der Länder mit geringem und hohem Immobilienvermögen fällt auf, dass im untersten Quintil jene Länder mit höherem Immobilienbesitz auch höhere Verhältniszahlen von Hypothekarschulden zu Haushaltseinkommen aufweisen.

Sozialstaatsindikatoren, Immobilienvermögen und Hypothekarschulden

Oft wird argumentiert, dass Immobilienvermögen bis zu einem gewissen Grad einen individuellen Ersatz für mangelnde kollektive soziale Absicherung darstellt. Insofern müsste hier eine Korrelation feststellbar sein. Betrachtet man jedoch die Arbeitslosenversicherungsleistung in Dauer und Höhe, so ergibt sich kein sonderlich klarer Zusammenhang, auch wenn tendenziell die Länder mit hohen Immobilienbesitzanteilen jene mit niedrigen Ersatzraten sind.

In jenen Ländern, in denen es an angemessener öffentlicher Alterssicherung mangelt, wird Immobilienerwerb als alternatives Instrument zur Sicherung des Lebensstandards nach der Pensionierung eingesetzt, verbunden mit entsprechendem Überschuldungsrisiko. Ein weiterer Abbau öffentlicher Pensionsysteme in Europa könnte demnach zu einer weiteren Verbreitung nicht nachhaltigen Immobilienbesitzes führen.

Um den negativen Folgen der Eigentümergesellschaft entgegenzuwirken, sollte der soziale und genossenschaftliche Wohnbau aktiver gefördert werden. Durch die Bereitstellung von öffentlich gefördertem Wohnraum könnte dem Bedürfnis nach leistbarem Wohnen der unteren und mittleren Einkommensschichten nachgekommen werden, ohne diese einer hohen und damit riskanten Schuldenbelastung auszuliefern. In diesem Sinne sollte auch die Finanzierung öffentlicher Pensionskassen sichergestellt werden, um die/den Einzelne/n besser vor den

langfristigen Risiken des Alterns zu schützen. Dem Konzept der Eigentümergesellschaft (ownership society), mit dem auch hohe Risiken für die/den Einzelne/n einhergehen, sollte verstärkt ein Entwurf einer die Risiken teilenden Wohlfahrtsgesellschaft (risk sharing society) entgegengehalten werden, in welcher dem öffentlichen Wohnbau eine tragende Rolle zukommt.

Fazit

In den Ländern der Eurozone können signifikante Unterschiede in der Vermögenshaltung der Haushalte festgestellt werden. Während in einigen Ländern, wie beispielsweise Österreich und Deutschland, der soziale Wohnbau und das Mieten von Privatwohnungen von großer Bedeutung sind, wurde in anderen Ländern, wie zum Beispiel den „Eigentümergeellschaften“ Spanien und Portugal, der individuelle Besitz von Immobilien intensiv gefördert. Vor allem die mittleren und unteren Einkommensgruppen sind in den Eigentümergeellschaften hohen finanziellen Belastungen ausgesetzt. Neben den Funktionen als Wohnsitz und Schuldsicherheit dienen Immobilien auch als Absicherung gegen kurz- und langfristige Risiken, wie etwa Arbeitslosigkeit und Alter, vor allem in jenen Ländern, welche über nur schwache wohlfahrtsstaatliche Institutionen verfügen.

-
- ¹ Holzner, Mario et al. (2015): Of Proprietors and Proletarians. In: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 141. https://media.arbeiterkammer.at/wien/MWUG_Ausgabe_141.pdf
 - ² López, Isidro et al. (2015): The Spanish Model. In: New Left Review (May-June 2011). <http://newleftreview.org/II/69/isidro-lopez-emmanuel-rodriguez-the-spanish-model>
 - ³ Leitner, Sebastian (2015): Drivers of Wealth Inequality in Euro Area Countries. In: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 137 (Februar 2015). https://media.arbeiterkammer.at/wien/MWuG_Ausgabe_137.pdf
 - ⁴ Goda, Thomas et al. (2014): The role of income inequality and wealth concentration in the recent crisis. In: the Progressive Economy Annual Forum. <http://www.progressiveeconomy.eu/sites/default/files/papers/Thomas%20Goda%20The%20role%20of%20income%20inequality%20and%20wealth%20concentration%20in%20the%20recent%20crisis.pdf>
 - ⁵ Stockhammer, Engelbert (2011): Polarisierung der Einkommensverteilung als strukturelle Ursache der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise. In: Wirtschaft und Gesellschaft 37. Jahrgang (2011), Heft 3. http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2011_37_3/2011_37_3_0378.pdf
 - ⁶ Wandler, Rainer (2013): Es wird weiter geräumt. In: Taz.de. <http://www.taz.de/!5069123/>

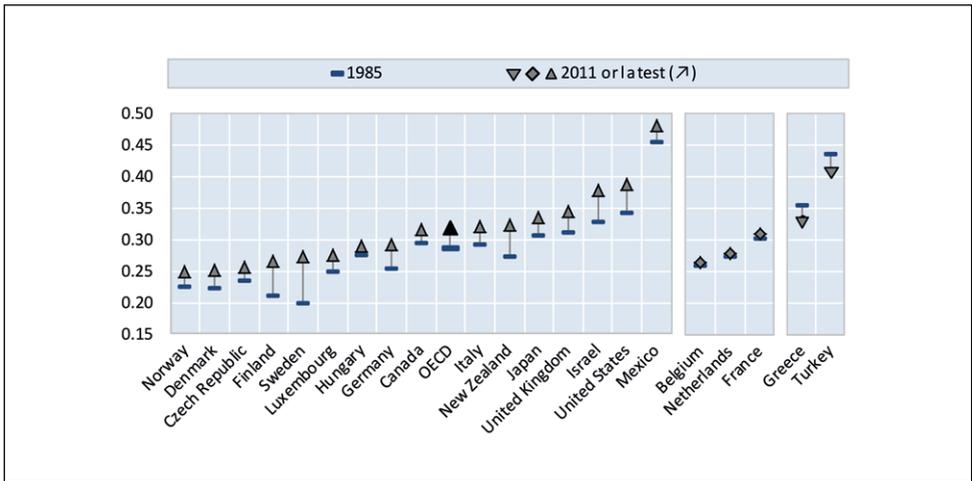
OECD: Steigende Ungleichheit – warum eine Trendumkehr notwendig ist

Christa Schlager

In den entwickelten Industriestaaten waren die ökonomischen Unterschiede in den letzten 30 Jahren nie höher als heute. Während vor einigen Jahren die Problematisierung von Ungleichheit als politische Agitation abgetan wurde, sind die inzwischen zahlreich publizierten Statistiken schwer zu widerlegen. Steigende Ungleichheit, eigentlich erschüttert eine derartige Nachricht nur mehr wenig. „Die Welt ist schlecht und ungerecht“, heißt es schon bei Heinrich Heine. Ja, aber: Ist es gut, sich an diesen Zustand zu „gewöhnen“? Keinesfalls, wie der neueste **OECD-Report „In It Together“**¹ zeigt, denn es wird darin vorgerechnet, dass solche sozialen Schief lagen selbst für die Ökonomie nachteilig sind.

Die reichsten zehn Prozent der Gesellschaft verdienen jährlich fast zehnmal so viel wie die ärmsten zehn Prozent. Das jetzige Verhältnis 9,6:1 lag Anfang der 1980er-Jahre noch bei 7:1. Dass die Schere weiter aufgegangen ist, hat nicht nur damit zu tun, dass das oberste Prozent bei Einkommen und Vermögen, über das ja viel geschrieben wurde, noch reicher wird, sondern auch damit, dass die Spaltung in der Gesellschaft insgesamt zunimmt.

Anstieg der Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizienten)

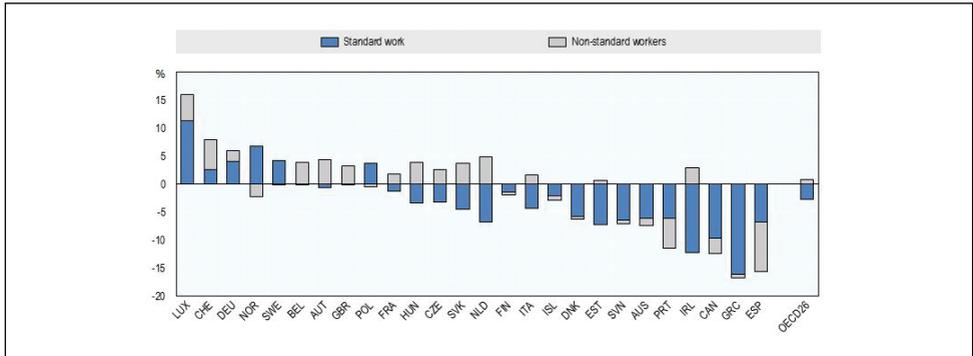


Quelle: OECD 2014.

Ein relevanter Teil der Bevölkerung wird abgehängt

So sind es zudem die untersten 40 Prozent in der Verteilung, die laut OECD in den letzten Jahren zurückgefallen sind, was zunehmend soziale und politische Fragen aufwirft. Denn damit sind es nicht nur „soziale Randgruppen“, die nicht mehr am Zuwachs des ökonomischen Wohlstands teilnehmen, nein, wir sind bereits in der Mitte der Gesellschaft angelangt. Während es noch einige Unverbesserliche gibt, die meinen, die steigende Ungleichheit sei nur eine Folge von statistischen Revisionen, geht die OECD davon aus, dass der Anstieg tief in den ökonomischen Strukturen wurzelt und es deshalb auch schwer sein wird, den Trend umzukehren. Denn mehr als die Hälfte der geschaffenen Arbeitsplätze seit 1995 sind atypische Beschäftigungsverhältnisse. Dieser Trend hat sich mit der Krise verschärft. Seit 2007 sind in den OECD-Staaten insgesamt die Standardarbeitsverhältnisse gesunken, einen kleinen Beschäftigungszuwachs gab es in Summe bei den atypischen Arbeitsverhältnissen.

Die Entwicklung der Normal- und atypischen Arbeitsverhältnisse 2007–2013



Quelle: OECD 2015.

Welche Charakteristika haben nun diese **neuen Arbeitsverhältnisse**? Die gute Nachricht: Sie sind nicht zwangsläufig schlechte Jobs. **Teilzeitarbeit**³ und befristete Arbeitsverhältnisse sind manchmal durchaus gewünschte Arbeitsformen, um die Work-Life-Balance zu erhöhen. Die schlechte Nachricht: Diese Beschäftigungsformen sind in einer Reihe von Aspekten gegenüber den durchgängigen Normalarbeitsverhältnissen schlechtergestellt. So verdienen speziell bei den schlecht bezahlten Jobs gerade die atypisch Beschäftigten noch 20 Prozent weniger als Beschäftigte in vergleichbaren Standardjobs. Sie sind mit einer höheren Wahrscheinlichkeit eines Jobverlustes konfrontiert, bekommen weniger Weiterbildung und leiden unter signifikant höherem Arbeitsdruck.

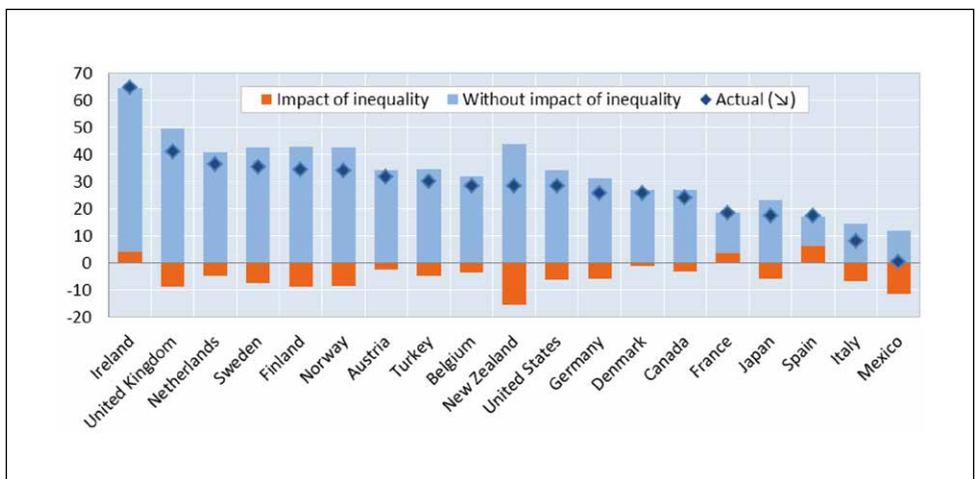
Besonders die atypischen, nicht stabilen Beschäftigungsverhältnisse bewirken also das Auseinandergehen der Einkommensschere. Die Hoffnung, dass atypische Verträge schlussendlich zu stabileren und damit besser bezahlten Anstellungen führen, bewahrheitet sich nur in ganz bestimmten Fällen. Hier hängt es vor allem von der Art der Arbeit, von den Qualifikationen und anderen sozialen Merkmalen des Arbeitssuchenden und den Arbeitsmarktinstitutionen ab, ob das gelingen kann. Die hohe **Jugendarbeitslosigkeit**⁴ und die Einkommensstatistiken zeigen: Gerade den Jungen gelingt es immer schwerer, solche stabilen Jobs zu bekommen.

Steigende Ungleichheit schadet wirtschaftlicher Entwicklung

Auch diese Aussagen sind für viele Menschen nicht neu, **überproportional viele Frauen**⁵ und jüngere Menschen erleben diese Auswirkungen ja ebenfalls tagtäglich am eigenen Leib. Doch wird von vielen Seiten argumentiert, dies helfe der Wirtschaft.

Die OECD hingegen, eine Organisation, die gegründet wurde, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, kommt zum gegenteiligen Schluss. Die Zunahme der Ungleichheit hat der wirtschaftlichen Entwicklung geschadet. Der Anstieg der Ungleichheit im OECD-Raum seit den 1980er-Jahren war langfristig mit einem Verlust von fast fünf Prozentpunkten BIP-Wachstum verbunden. Das Wachstum wäre also in vielen Staaten höher, wenn die Ungleichheit nicht gestiegen wäre. Der Effekt ist vor allem auf die steigende Kluft der unteren Einkommen zurückzuführen – der unteren 40 Prozent.

Auswirkung steigender Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum seit den 1980er-Jahren



Ungleichheit lässt sich korrigieren

Deshalb empfiehlt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit eine Reihe von Maßnahmen, die dazu beitragen können, den Trend zu stoppen:

- » Höhere Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben und geringere Lohnunterschiede bremsen den Trend zu mehr Ungleichheit.
- » Die **Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten**⁶ und Verbesserung der Arbeitsplatzqualität – Maßnahmen für mehr und bessere Jobs – sind notwendig, um die Einkommenschancen – speziell der einkommensschwachen Gruppen – zu verbessern.
- » **Investition in Aus- und Weiterbildung**⁷: Fokus auf die ersten Lebensjahre und Familien mit Kindern sowie auf lebensbegleitendes Lernen schaffen das Potenzial für eine langfristig positive Entwicklung einer Volkswirtschaft.
- » Und last, but not least: Die Verbesserung bestehender Steuer-Transfer-Systeme und eine effiziente **Umverteilung**⁸ helfen, die sozialen Risiken abzufedern, denen sich Menschen in der Krise zunehmend gegenübersehen, und verlangen denjenigen einen Beitrag ab, die von immer noch **steigendem Wohlstand stärker profitieren als andere**⁹.
- » Weniger Ungleichheit hilft gesamtgesellschaftlich und wirtschaftlich schlussendlich allen. Gut, dass dies auch berechenbar ist. Besser, es wird etwas dagegen getan.

¹ OECD (2015): In It Together: Why Less Inequality Benefits All. OECD Publishing, Paris. <http://www.oecd.org/social/in-it-together-why-less-inequality-benefits-all-9789264235120-en.htm>

² Risak, Martin (2015): Neue Arbeitsformen. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/neue-arbeitsformen/>

³ Hinterseer, Tobias (2015): Policy Pointers gegen Prekariatsrisiken der Teilzeitbeschäftigung. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/policy-pointers-gegen-prekariatsrisiken-der-teilzeitbeschaeftigung-2/>

⁴ Tamesberger, Dennis (2014): Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen! <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/jugendarbeitslosigkeit-bekampfen-2/>

⁵ Schlager, Christa (2015): Ein Einkommen, von dem man leben kann. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/einkommen-zum-leben/>

⁶ Pirklbauer, Sybille (2013): Kinderbetreuung als Beschäftigungsmotor: Warum Investitionen auch aus wirtschaftlicher Sicht Sinn machen. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/kinderbetreuung-als-beschaeftigungsmotor-warum-investitionen-auch-aus-wirtschaftlicher-sicht-sinn-machen/>

⁷ Kohlbacher, Christina (2015): Aktive Arbeitsmarktpolitik und Investitionen in das Bildungssystem schaffen Chancengleichheit. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/aktive-arbeitsmarktpolitik-und-investitionen-in-das-bildungssystem-schaffen-chancengleichheit/>

⁸ Truger, Achim (2013): Umverteilung durch gerechtere Steuerpolitik: Eine makroökonomische Begründung. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/umverteilung-durch-gerechtere-steuerpolitik-eine-makrooekonomische-begruendung/>

⁹ Attac, Armutskonferenz & BEIGEWUM (2014): Mythos: „Die Reichen haben in der Krise viel verloren“. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/mythos-die-reichen-haben-der-krise-viel-verloren/>

Anteil der Vermögenslosen

Martin Schürz

Wie viel haben die Reichen in der Krise verloren? Gibt es mehr Reiche nach der Krise in den USA? Fast wöchentlich gibt es neue Zahlen zu den Vermögenden. Doch wie sieht die Vermögensausstattung des ärmeren Teils der Bevölkerung aus? Die untere Hälfte der Gesellschaft wird in Verteilungsdebatten oft übersehen.

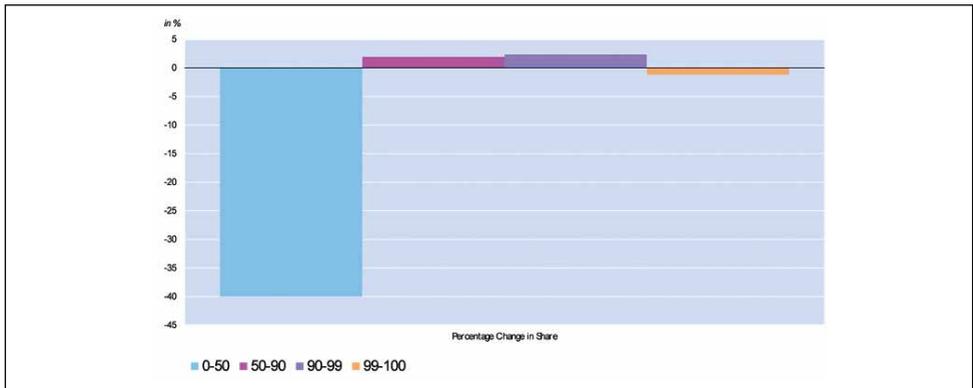
Der renommierte Vermögensforscher Arthur Kennickell von der FED hielt jüngst einen Vortrag in der OeNB zur Vermögensverteilung in den USA (Folien und Videoaufzeichnung siehe: www.hfcs.at)¹. Arthur Kennickell leitet die Vermögenserhebungen der FED (Survey of Consumer Finance, SCF) seit den 1980er-Jahren. In der Finanzkrise wurde er von FED-Chef Ben Bernanke beauftragt, die Erhebung zum Vermögen privater Haushalte außertourlich zu wiederholen, um Kriseneffekte auf die Vermögensbildung der privaten Haushalte zu erforschen.

Wer hat die Krümel vom Kuchen?

Die gesellschaftspolitisch wichtigste Frage scheint jene nach der Aufteilung des Kuchens in einer Gesellschaft. Wer hat die großen Stücke vom Kuchen in den USA und wie verändert sich dies über die Zeit?

Die Top-10-Prozent der Haushalte besaßen 2007 71,8 Prozent – in der Krise waren es 72,3 Prozent. Die untere Hälfte in den USA hatte fast nichts vor der Krise (2,5 Prozent Anteil am gesamten Nettovermögen) und noch weniger in der Krise (1,5 Prozent Anteil am gesamten Nettovermögen). Über die gesamte untere Hälfte wird fast nie in einem reichenfaszinierten medialen Umfeld gesprochen. Die vergessenen Vermögensarmen sind längst bei den Kuchenkrümeln angelangt (siehe Grafik).

Prozentuelle Veränderung der Anteile am Nettovermögen (2007–2009)



Quelle: SOF 2007–2009

Das unergiebigste Lieblingsthema bei medialen Diskussionen zu Reichtum lautet jedoch: Wer ist überhaupt reich? Als gälte nicht, dass man Reiche ähnlich Giraffen erkennen kann, wenn man ihrer nur ansichtig wird. Lieber wird zur Frage „**Sind Millionäre reich?**“⁴² fabuliert. Nun, ein Prozent der Haushalte hatte in den USA 2007 knapp vor der Krise mehr als 9 Mio. USD an Nettovermögen. Zwei Jahre später war man bei dieser Spitzengruppe bereits mit 6,9 Mio. USD dabei. Das 25. Perzentil hatte 2007 ein Nettovermögen von 15.500 USD und 2009 nur mehr 8.200 USD. Demnach betrug die Rückgänge unten 47,1 Prozent, hingegen oben bei den Reichen nur 23,3 Prozent. Nicht schwer zu erraten ist, wie sich die Vermögensbewertung bei den Reichen im Börsenboom wieder ändern wird. Denn das Top-1-Prozent hält 44,7 Prozent der gesamten Aktien in den USA und die untere Hälfte nur 1,3 Prozent. Bei den Anleihen ist es noch drastischer: Die Top-10-Prozent halten 96,1 Prozent und die untere Hälfte 0,0 Prozent der gesamten Anleihen.

Zudem unterscheidet sich die Vermögensfunktion zwischen Arm und Reich. Ersparnisse der Armen werden gerade in Krisen benötigt, während Finanzanlagen (Aktien usw.) nicht unbedingt in Zeiten niedriger Kurse zu Geld gemacht werden müssen. Die paar Tausender unten werden für Reparaturen, Begräbnis-

se und andere Notfälle verwendet, die Buchwertverluste oben strecken oft nur den Zeithorizont in der Veranlagung. Das Top-1-Prozent der Haushalte hat die Hälfte aller Verluste der Finanzkrise erlitten. Dies klingt eindrucksvoll. Doch Vermögensverluste können eben nur jene erleiden, die Vermögen haben. Und es waren keine unwiderruflichen Verluste, sondern Buchwertverluste. Als die Aktienkurse 2012 in den USA wieder im zweistelligen Bereich anstiegen, stieg auch das Vermögen der Top-1-Prozent wieder exorbitant an. Zu beachten ist das fiktive Moment bei Vermögen, welches bei Reichen stärker ist als bei Vermögensarmen.

Hinkende Ländervergleiche, strittige Extreme

Die Höhe des Nettovermögens sagt übrigens nur begrenzt etwas über die Konsummöglichkeiten von Menschen aus, da es ja auf die zukünftigen Ausgabennotwendigkeiten und das Preisniveau ankommt. Wie viel von den 96.000 USD Nettovermögen (Medianwert: 2009) müssen die Leute in den USA etwa für die Ausbildung der Kinder, für private Gesundheitseinrichtungen und für private Altersvorsorge einplanen und wie wenig etwa von den 76.000 USD (Medianwert: 2010) in einem funktionierenden Sozialstaat Österreich? Ländervergleiche hinken stets, sogar bei vergleichbaren Daten, wie jenen des Household Finance and Consumer Survey (HFCS) der Europäischen Zentralbank.

Kennickells SCF erfasst in der Stichprobe auch viele Reiche. Trotzdem fehlen Superreiche und sogar in einer exzellenten Erhebung wie dem SCF bleiben die Extreme der Vermögenskonzentration strittig. Wie groß der Abstand von den Maximalwerten der SCF-Stichprobe bis zur Wal-Mart-Familie auf der Forbes-Liste ist, bleibt offen. Dies ist die demokratiepolitisch bedenkliche Wissenslücke zu den vermögenden Mächtigen.

¹ Vgl. Household Finance and Consumption Survey: <http://www.hfcs.at> (abgerufen 6.2.2016).

² Vgl. Frey, Erich: Sind Millionäre reich?. In: Der Standard, 23. Juni 2013. <http://derstandard.at/1371170332772/Sind-Millionaere-reich>

Verteilungstendenzen im Kapitalismus: Globale Perspektiven

Jakob Kapeller & Bernhard Schütz

Die einkommensstärksten ein Prozent der Weltbevölkerung sind die großen Gewinner der letzten 20 Jahre Globalisierung. Ein wesentlicher Grund hierfür sind die starken Machtgefälle, die das derzeitige System erzeugt.

Betrachtet man die unterschiedlichen Versuche, die Verteilung von Einkommen und Vermögen zu erklären, so lassen sich diese grob daran unterscheiden, welche Rolle dem Faktor Macht zukommt.

Verteilung = Machtverhältnisse

Zu jenen Ökonomen, für die Macht eine bedeutende Rolle spielt, zählen etwa die ökonomischen Klassiker: So führte John Stuart Mill die Verteilung auf soziale Normen und Konventionen zurück und David Ricardo kritisierte die Macht von Großgrundbesitzern seiner Zeit. Auch Karl Marx, der Macht als zentralen Faktor hinter allen ökonomischen Abläufen verortete, sowie Vilfredo Pareto und Thorstein Veblen, deren Verteilungstheorien sich um sozialen Status und Elitenbildung drehten, stehen in dieser Tradition. Im 20. Jahrhundert hingegen wurde der Zusammenhang von Verteilung und Machtfragen eher in der Soziologie (z. B. durch Steven Lukes oder Pierre Bourdieu) weiterverfolgt als in der ökonomischen Literatur.

Verteilung = Wettbewerb + Faktorproduktivität

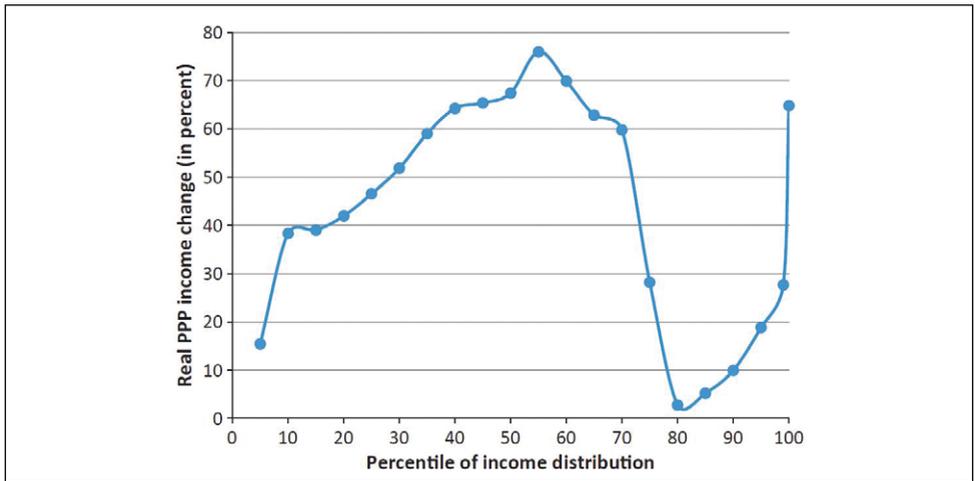
Eine alternative Erklärung für die beobachteten Verteilungstendenzen liefert die Mainstreamökonomie. Hier spielt Macht zwar auch eine Rolle, allerdings nur in der Form von Marktmacht und somit als etwas, das vollständig durch ökonomische Bedingungen erklärt werden kann. Im Idealfall eines Marktes, auf

dem vollkommener Wettbewerb herrscht, hat niemand Macht und die Verteilung ergibt sich rein aus den jeweiligen Faktorproduktivitäten (jedes Individuum bekommt genau so viel, wie es zur Gesamtwertschöpfung beigetragen hat). Verteilung wird hier also durch die Faktorproduktivität einzelner Produktionsfaktoren und die jeweils gültigen Wettbewerbsbedingungen erklärt.

Internationale Elite als größte Gewinner

Wie sieht es nun mit den empirischen Fakten zur globalen Verteilungsentwicklung aus? Für die letzten 20 Jahre zeigt sich (siehe Abbildung), dass das reichste ein Prozent der Weltbevölkerung als absoluter Gewinner aus dieser Periode hervorgeht. Sein Einkommen wuchs in diesem Zeitraum um über 60 Prozent, was knapp einem Viertel der gesamten Einkommenszuwächse entspricht. Nimmt man die nächsten vier Prozent auch noch dazu, so ergibt sich, dass die reichsten fünf Prozent der Weltbevölkerung über die Hälfte der gesamten Einkommenszuwächse für sich verbuchen konnten. Hohe Wachstumsraten wurden zwar auch rund um den globalen Median erzielt (vorwiegend im asiatischen Raum), allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau, wodurch die absoluten Zugewinne bedeutend kleiner ausfallen. Stagnierende Einkommen sehen wir hingegen bei der gehobenen globalen Mittelschicht (hauptsächlich westliche Gesellschaften) und den ärmsten zehn Prozent (vorwiegend Afrika).

Entwicklung der globalen Einkommensverteilung



Quelle: **Milanovic**¹ (2013, S. 202).

Mainstreamökonomie: Freier Handel zum Besten aller

Was sind nun die Mechanismen, die hinter diesen internationalen Entwicklungen stecken? Ein zentraler Faktor ist dabei jedenfalls der internationale Verkehr von Waren und Kapital, wobei hier Uneinigkeit darüber herrscht, wie dieser auf die Verteilung wirkt. Hier geht der Mainstream der Ökonomie davon aus, dass ein möglichst uneingeschränkter Verkehr im besten Interesse der Weltbevölkerung ist: Freier Handel sorgt dafür, dass jedes Land genau das produziert, worin es relativ gesehen am besten ist (komparativer Vorteil), was zu größtmöglicher Produktionseffizienz führt, von der langfristig alle profitieren. Damit einhergehend nimmt man an, dass freier Handel auch zur internationalen Angleichung der Einkommen führt (Faktorpreisausgleichstheorem). Als Bedingungen für einen Aufholprozess ärmerer Länder sieht die Mainstreamökonomie neben dem Freihandel bzw. der Öffnung der Wirtschaft noch eine Reihe institutioneller Bedingungen als zentral: Demokratie, Sicherheit von Privateigentum, einen ausgebauten Finanzmarkt, Bildung und eine niedrige Staatsquote.

Freier Handel bedeutet Machtverschiebung

Ignoriert wird in dieser Sichtweise der bereits eingangs thematisierte Faktor Macht. So erlaubt freier Waren- und Kapitalverkehr, dass Konzerne ihre Produktion jederzeit dorthin auslagern können, wo Löhne sowie Arbeits- und Sozialstandards niedriger sind. Die damit einhergehende Machtverschiebung bewirkt in weiterer Folge stagnierende Reallöhne, Erosion von Arbeitsrecht und Arbeitsbedingungen sowie wachsende Ausbeutung im Norden wie im Süden (auch Billiglohnländer sind nicht davor gefeit, international unterboten zu werden). Internationale Direktinvestitionen schaffen wiederum Abhängigkeitsverhältnisse und ermöglichen Konzernen politischen Einfluss. Da die Gewinne aus diesen Investitionen üblicherweise abfließen, ist der Effekt auf das tatsächliche Nationaleinkommen oft bedeutend geringer als auf das Nationalprodukt. Bei veränderten Erwartungen und damit einhergehendem Abzug von Investitionen drohen außerdem Währungs- und Finanzmarktkrisen. Internationale Konzerne akquirieren durch ihre Investitionen nicht nur Kapitalgüter, sondern auch Ackerflächen, Rohstoffvorkommen, technische Patente und Nutzungsrechte von Pflanzen und tragen so zu einer umfassenden Privatisierung von öffentlichen Gütern bei. Zentrale Stichworte zur Beschreibung dieser Prozesse sind die „Landnahme“, also die private Aneignung von Gemeingütern mit unklaren Eigentumsrechten, sowie die „Kommodifizierung“, die die Vermarktlichung von zuvor marktfernen Gütern und Prozessen beschreibt.

Protektionismus: Ein historisch bewährtes Hilfsmittel

Die nahezu uneingeschränkt positive Sichtweise freien Handels innerhalb der Mainstreamökonomie überrascht auch insofern, als fast alle heute als entwickelt geltenden Länder im Laufe ihrer Geschichte wiederholt protektionistische Hilfsmittel verwendet haben (siehe hierzu **Chang 2003**²). Hier zeigt sich jenes Muster, dass die technologieführenden Nationen jeweils für Freihandel eintraten (z. B. England 17.–18. Jh., USA 20. Jh.), während zurückliegende Nationen ihre jungen Industrien vor ausländischer Konkurrenz schützten und auch ansonsten eine sehr aktive Rolle bei der Entwicklung dieser Industrien einnahmen

(z. B. England 17. Jh., USA 18–19. Jh.). Dass diese Entwicklung heute oft nicht mehr technologisch getrieben ist, sondern durch die massiven globalen Standortunterschiede getrieben wird, zeigen etwa **die jüngsten Rufe der europäischen Stahlindustrie**³ nach einem Aufbau von Handelsbarrieren gegenüber fernöstlichen Produzenten.

Auch die **jüngere Forschung**⁴ zeigt, dass technologischer Fortschritt – gerade bei hochriskanten Innovationsversuchen mit hohen Kapitalerfordernissen – oftmals vom Engagement eines „starken Staates“ abhängig ist, der bereit ist, grundlegende Forschungs- und Infrastrukturleistungen zu finanzieren. Hier wandelt sich also die Mär vom Vorteil eines „schlanken“, sich möglichst zurückhaltenden Staates endgültig zum Märchen. Weiters gibt die **historische Analyse**⁵ auch Anlass, die unterstellte Bedeutung bestimmter Institutionen für die wirtschaftliche Entwicklung kritisch zu hinterfragen: So zeigt sich etwa hinsichtlich der absoluten Priorität von Privateigentum, dass diese dann hinderlich ist, wenn wichtige Produktionsressourcen in zu konzentriertem Besitz sind. Ähnliches gilt für die Etablierung einer freihandelsorientierten Politik: Schließlich haben westliche Länder immer erst dann begonnen, ihre Handelsströme zu liberalisieren, als ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung bereits weit fortgeschritten war.

Was tun?

Macht spielt im Kapitalismus eine entscheidende Rolle. Deshalb gilt es, den derzeitigen Diskurs über Freihandels- und Investitionsschutzabkommen genau aus dieser Perspektive zu überdenken, da die damit einhergehenden Machtverschiebungen zugunsten großer Konzerne mitunter massiv ausfallen könnten. Gleichzeitig gilt es, nach **alternativen Konzepten**⁶ zu suchen, die ausgleichend auf die gesellschaftlichen Machtverhältnisse wirken und dadurch mehr Raum für demokratische Gestaltung bieten.

Dieser Beitrag basiert auf dem Artikel „Verteilungstendenzen im Kapitalismus: Nationale und Globale Perspektiven“ erschienen im Kurswechsel 2/2015 und präsentiert am Momentum-Kongress 2015.

-
- ¹ Vgl. <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/1758-5899.12032/abstract?jsessionid=A3ACDBFF8E89635C432355A6D351E544.f04t02?userIsAuthenticated=false&deniedAccessCustomisedMessage=>
- ² Vgl. Chang, Ha-Joon: Kicking Away the Ladder: The „Real“ History of Free Trade. In: FPIF Special Report. December 2003. http://www.personal.ceu.hu/corliss/CDST_Course_Site/Readings_old_2012_files/Ha-Joon%20Chang%20-%20Kicking%20Away%20the%20Ladder-The%20%E2%80%9CReal%E2%80%9D%20History%20of%20Free%20Trade.pdf
- ³ Vgl. Diering, Carsten: Deutschland, der Verlierer im globalen Stahlkrieg. In: Die Welt. 11. November 2015. <http://www.welt.de/wirtschaft/article148677595/Deutschland-der-Verlierer-im-globalen-Stahlkrieg.html>
- ⁴ Vgl. Mazzucato, Mariana: The Entrepreneurial State. November 2015. <http://www.anthempress.com/the-entrepreneurial-state-855>
- ⁵ Vgl. Chang, Ha-Joon: Kicking Away the Ladder. July 2002. <http://www.anthempress.com/kicking-away-the-ladder>
- ⁶ Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Tamesberger, Dennis: Von freien zu zivilisierten Märkten. Ein New Deal für die Europäische Handelspolitik. Februar 2015. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/von-freien-zu-zivilisierten-maerkten-ein-new-deal-fuer-die-europaeische-handelspolitik/>

Einkommensungleichheit und Leistungsbilanzungleichgewichte als Krisenursache

Christian A. Belabed & Till van Treeck

Thomas Pikettys neues Buch „Capital in the 21st Century“ hat eine intensive Diskussion über die strukturellen Ursachen und Effekte einer sich verschärfenden Ungleichverteilung – vor allem anhand von Topeinkommen – ausgelöst. In unserem jüngsten **Forschungsprojekt**¹ beleuchten wir einen speziellen Aspekt, nämlich den Zusammenhang zwischen steigender Ungleichheit und Leistungsbilanzsalden: Obwohl die Ungleichheit allgemein steigt, ist die Form dieses Anstiegs je nach Land unterschiedlich, wodurch problematische Leistungsbilanzungleichgewichte entstehen können. Im Mittelpunkt unseres Forschungsprojekts für das Institute for New Economic Thinking stehen die Veränderungen in der personellen und funktionalen Einkommensverteilung sowie deren gesamtwirtschaftliche Effekte. In einem makroökonomischen Modell und auf Basis von panelökonometrischen Schätzungen analysieren wir dabei den Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung, privater Haushaltsverschuldung und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten.

Das „Modell USA“: Steigende Einkommensungleichheit, private Haushaltsverschuldung und Leistungsbilanzdefizite

Eine wachsende Zahl von ÖkonomInnen stimmt darin überein, dass der Anstieg der Ungleichheit vor allem am oberen Ende der Einkommensverteilung eine strukturelle Ursache der Krise ab 2007 in den USA darstellt.

Seit Beginn der 1980er-Jahre ist der Anteil der Spitzeneinkommen an den gesamten Vorsteuereinkommen der privaten Haushalte (Topeinkommensquoten) stark angestiegen, auf ein Niveau wie zuletzt vor der Großen Depression in den 1930er-Jahren. Die darunterliegenden Haushalte, deren Einkommen nur

moderat oder gar nicht gestiegen sind, konnten ihre relativen Kaufkraftverluste allerdings zeitweise durch eine Kombination aus niedrigerer Sparquote, höherer Verschuldung und gestiegenem Arbeitsangebot kompensieren. So versuchten viele Haushalte, in ihrem Lebensstandard gegenüber den TopeinkommensbezieherInnen nicht allzu weit zurückzufallen.

Hierbei ging es nicht um extravagante Luxuswünsche, sondern um grundlegende Bedürfnisse der Mittelschicht. So müssen in den USA viele Bereiche der Daseinsvorsorge (Gesundheit, Bildung etc.) privat finanziert werden, was vermehrt zu Statusvergleichen mit der sozialen Bezugsgruppe führt. Wenn beispielsweise die Kosten für das Wohnen in „guten“ Wohnvierteln und für „gute“ Bildung der Kinder durch die vermehrten Ausgaben der oberen Einkommensgruppen nach oben getrieben werden, stehen viele Familien selbst der gehobenen Mittelschicht vor schwierigen Zielkonflikten (z. B. relativ gute Bildung für die Kinder versus ausreichende Altersvorsorge). Angesichts zunehmend deregulierter Finanzmärkte und politischer Kreditförderung war der Anreiz für viele Haushalte groß, notwendige Ausgaben über eine reduzierte Ersparnis und höhere Kredite zu finanzieren.

Durch den kreditfinanzierten Konsum fielen Wachstum und Beschäftigung in den USA zwar lange Zeit vergleichsweise kräftig aus. Allerdings erhöhten sich hierdurch auch die makroökonomische Instabilität und die Gefahr einer privaten Schuldenkrise, die 2007/2008 eintrat. Ähnliche Entwicklungen lassen sich für Großbritannien feststellen, wo es wie in den USA im Vorfeld der Krise zu einem starken Anstieg der Topeinkommensquoten, der privaten Haushaltsverschuldung und der Leistungsbilanzdefizite kam.

Das „Modell Deutschland“: Fallende Lohnquote, Binnennachfrageschwäche und Exportabhängigkeit

In anderen Ländern kam es ebenfalls zu deutlichen Verschiebungen in der Einkommensverteilung, allerdings mit ganz anderen makroökonomischen Auswirkungen.

In Deutschland ist vor allem die Lohnquote, also der Anteil der Arbeitseinkommen am gesamtwirtschaftlichen Einkommen, stark gefallen. Die zugleich kräftig steigenden Unternehmensgewinne wurden allerdings nicht in entsprechendem Maße an die privaten Haushalte weitergegeben, sondern zunehmend einbehalten. Hierdurch ist einerseits der Anteil der Spitzeneinkommen an den gesamten Haushaltseinkommen (Topeinkommensquoten) weniger stark gestiegen als in den angelsächsischen Ländern. Andererseits wurde die Binnennachfrage durch die anhaltenden Finanzierungsüberschüsse im Unternehmenssektor geschwächt.

Die privaten Haushalte reagierten gleichzeitig auf die stagnierenden Masseneinkommen mit Konsumverzicht. Im Vergleich zu den USA hängt dies u. a. mit einer geringeren Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte, einer stärker ausgebauten öffentlichen Daseinsvorsorge und einem restriktiveren Zugang zu Krediten zusammen. Zudem war wegen der im Vergleich zu den USA weniger starken Polarisierung der Haushaltseinkommen am oberen Ende der Verteilung der Druck zu statusorientiertem Konsum in der oberen Mittelschicht weniger groß.

Im Ergebnis kam es zu einer einseitigen Abhängigkeit des Wachstums von den Nettoexporten und damit der steigenden Verschuldung des Auslands (Stichwort Eurokrise).

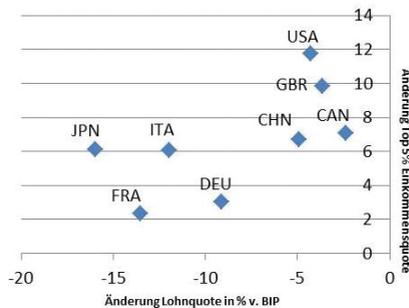
Eine in vielerlei Hinsicht ähnliche Entwicklung war in Österreich zu beobachten. Die Lohnquote ist in Österreich ähnlich stark gefallen wie in Deutschland. Der Anteil des privaten Konsums am Bruttoinlandsprodukt lag auf ähnlich niedrigem Niveau wie in Deutschland. Dies hat auch in Österreich zu einer starken Abhängigkeit von den Exporten geführt. Zwar konnten in letzter Zeit relativ gute Lohnabschlüsse erzielt werden, allerdings können sie die Entwicklung der letzten Jahrzehnte bei Weitem nicht kompensieren.

Makroökonomische Analyse der Ungleichheit

Die am Beispiel der USA und Deutschland skizzierten unterschiedlichen Muster der Ungleichheit und ihre makroökonomischen Effekte finden sich zu einem gewissen Grad auf internationaler Ebene wieder.

Interessanterweise zeigt ein Blick auf die G7-Länder und China, dass die Lohnquote in jenen Ländern besonders stark gefallen ist, wo die Top Einkommensanteile weniger stark gestiegen sind:

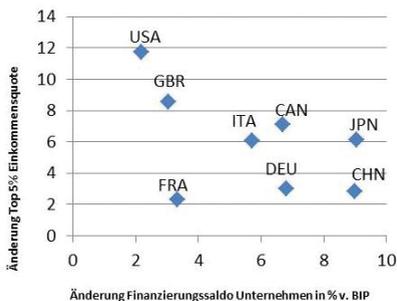
Zusammenhang Lohnquote–Top Einkommen



Quelle: **Behringer et al. (2014)**². Alle Veränderungen beziehen sich auf den Zeitraum 1980/3–2004/7 (Vierjahresdurchschnitte) mit Ausnahme von Großbritannien (1984/7–2004/7) und China (1992/5–2000/3).

Gleichzeitig ist der Finanzierungssaldo der Unternehmen dort besonders stark gestiegen, wo die Top Einkommensanteile relativ moderat gestiegen und die Lohnquoten relativ stark gefallen sind.

Zusammenhang Unternehmensfinanzierungssaldo–Topeinkommen



Quelle: Behringer et al. (2014). Alle Veränderungen beziehen sich auf den Zeitraum 1980/3–2004/7 (Vierjahresdurchschnitte) mit Ausnahme von Großbritannien (1984/7–2004/7) und China (1992/5–2000/3).

In unserer **Analyse der Bestimmungsfaktoren für Leistungsbilanzsalden**³ folgern wir für eine Gruppe von 20 Ländern für den Zeitraum vor der Krise ab 2007, dass ein Rückgang des Anteils der Löhne am Bruttoinlandsprodukt tendenziell zu einer Schwächung der Binnennachfrage und zu einem Anstieg des Leistungsbilanzsaldos geführt hat. Ein Anstieg der Ungleichheit innerhalb des Haushaltssektors hat hingegen tendenziell zu geringerer Haushaltsersparnis und Leistungsbilanzdefiziten beigetragen.

In jedem Land hat die ökonomische Ungleichheit ein anderes Gesicht. Eine enge Fokussierung auf Topeinkommensquoten oder allgemeine Maße der personellen Ungleichheit greift daher für einen internationalen Vergleich zu kurz. Vielmehr bedarf es einer makroökonomischen Analyse der Einkommensverteilung unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Sektoren. Je nach Land zeigt sich ein Anstieg der Einkommensungleichheit eher in der Verteilung zwischen den privaten Haushalten oder in der Verteilung zwischen Haushalts- und Unternehmenssektor. Und je nach sozialen Normen und Institutionen haben Veränderungen in der Einkommensverteilung unterschiedliche Auswirkungen auf die makroökonomische Entwicklung eines Landes.

-
- ¹ Institute for New Economic Thinking (2014): Income Inequality, Household Debt, and Current Account Imbalances. <http://ineteconomics.org/grants-research-programs/grants/income-inequality-household-debt-and-current-account-imbances>
 - ² Behringer, Jan et al. (2013): Einkommensverteilung, Finanzialisierung und makroökonomische Ungleichgewichte. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 82, 203-221. <http://ejournals.duncker-humboldt.de/doi/pdf/10.3790/vjh.82.4.203>
 - ³ <http://ineteconomics.org/ideas-papers/research-papers/income-distribution-and-current-account-imbances>

Warum niedrige Zinsen gut für Wirtschaft und Einkommensverteilung sind

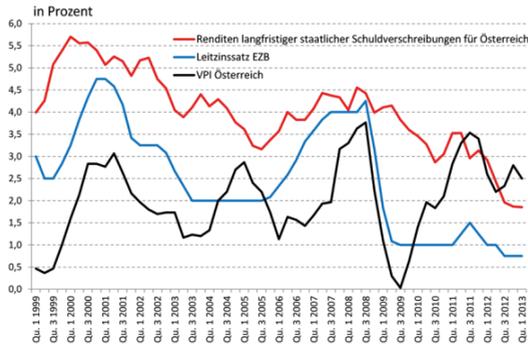
Markus Marterbauer

Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank führt zu negativen Realzinsen für Geldanlagen. Konservative beklagen eine „kalte Enteignung“ und versuchen mit diesem Argument die „kleinen SparerInnen“ politisch ins Boot zu holen. Doch diese profitieren eigentlich von den niedrigen Zinsen: Geringere Zinsausgaben entlasten den Staatshaushalt und machen damit Mittel für Sozial- und Beschäftigungspolitik frei. Sie können mithelfen, die Konjunktur zu beleben und den Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Schließlich verringern niedrige Zinssätze die Kapitaleinkommen, die primär ganz oben in der Verteilung anfallen. Allerdings trägt expansive Geldpolitik auch zum Entstehen von spekulativen Blasen auf Aktien- und Immobilienmärkten bei und nutzt in diesem Sinn auch den VermögensbesitzerInnen.

Niedrigzinsen belasten die FinanzvermögensbesitzerInnen

Der Zinssatz für täglich fällige Spareinlagen ist auf null gesunken. Selbst wenn man dem Staat für zehn Jahre Geld borgt, bekommt man kaum ein Prozent jährlich. Das ist weniger als der Anstieg der Verbraucherpreise. Mit Sparen ist nichts zu verdienen, im Gegenteil, die Realzinsen für Geldanlagen sind derzeit meist negativ.

Zinssätze und Inflationsraten



Quelle: Eurostat, Statistik Austria.

Über die negativen Realzinsen erregen sich Konservative und Liberale europaweit: Es wird von „**kalter Enteignung**“ und „**finanzieller Repression durch den Staat**“ geredet¹. Wenn hingegen Arbeitslosengelder oder Pensionen in Spanien, Griechenland und anderen Ländern gekürzt werden, dann begrüßen die gleichen Kreise das, weil es sich dabei um „notwendige Strukturreformen“ und eine „Verbesserung der Anreizsysteme“ handelt. Enteignung und Unterdrückung sind für das Establishment nur falsch, wenn die Interessen der VermögensbesitzerInnen betroffen sind.

Kapitaleinkommen spielen für die überwiegende Mehrzahl der Haushalte keine wesentliche Rolle, sie betragen nur zwei bis drei Prozent der Haushaltseinkommen, während das Leistungseinkommen aus Arbeit die primäre Einkommensquelle bildet. Nur beim obersten Zwanzigstel der Haushalte, dem etwa die Hälfte des gesamten Vermögens gehört, wächst der **Anteil der Kapitaleinkommen sprunghaft und erreicht beim obersten Prozent etwa ein Drittel**².

Niedrigzinsen entlasten den Sozialstaat

Für die breite Masse der Bevölkerung wirkt das niedrige Zinsniveau per saldo positiv auf die verfügbaren Einkommen: Denn zum Ersten verringert es die Finanzierungskosten des Staates erheblich. Seit Beginn der Finanzkrise sind die Zinssätze für österreichische Staatsanleihen drastisch gesunken. 2008 waren zehnjährige Staatsanleihen noch mit mehr als vier Prozent verzinst, heute liegt der Zinssatz bei unter ein Prozent. Die Durchschnittsverzinsung der Staatsschulden ist von $4\frac{1}{2}$ Prozent (2007) auf unter drei Prozent im Jahr 2015 gesunken. Allein das führt zu Einsparungen bei Zinsausgaben von mehr als drei Milliarden Euro pro Jahr. Und das ist bei Weitem noch nicht alles: Der österreichische Staat ist relativ langfristige verschuldet, die Restlaufzeit der Schulden liegt über acht Jahre. Deshalb schlägt sich der Rückgang des Zinsniveaus nur langsam, dafür nachhaltig in sinkenden Zinsausgaben nieder.

Bleiben die Zinssätze wie zu erwarten auf niedrigem Niveau, dann bedeutet das weitere Milliardenersparungen für den Staatshaushalt. Das ist sehr erfreulich. Es ermöglichte die Verringerung des krisenbedingten Anstiegs des Budgetdefizits ohne harte Einschnitte in den Sozialstaat. Viel wichtiger als der reale Verlust von ein paar Euro auf dem Sparbuch sind für Kranke die ausreichende Finanzierung des Gesundheitssystems, für Pflegebedürftige Pflegeheime, Heimhilfen und Pflegegeld, für Familien der Ausbau von Krippen, Kindergärten und Ganztagschulen, für PensionistInnen der Teuerungsausgleich bei den Pensionen.

Niedrige Zinsen helfen, aus der tiefen Finanzkrise herauszuwachsen

Zum Zweiten begünstigen niedrige Zinsen realwirtschaftliche Investitionen gegenüber Finanzanlagen. Damit werden echte Werte wie Wohnungen, Maschinen oder Kindergärten gefördert statt nur Buchungszeilen auf den Konten der oberen Hunderttausend. So entstehen die dringend benötigten Impulse für Konjunktur und Beschäftigung. Die EU befindet sich im neunten Jahr der tiefen

von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Krise, die sich in Rezession, Massenarbeitslosigkeit und hohen Staatsschulden äußert. Obwohl Österreich besser durch die Krise gekommen ist als die meisten anderen EU-Länder, sind die sozialen und wirtschaftlichen Krisenfolgen auch bei uns spürbar. Impulse, die Investitionen auslösen und so Wirtschaft und Arbeitsmarkt beleben, sind dringend notwendig.

Vor allem die keynesianische Theorie zeigt, wie niedrige Zinssätze die Wirtschaft beleben können. Primär werden die Investitionen der Unternehmen, denen die Schlüsselrolle für die wirtschaftliche Dynamik zukommt, von den Absatzerwartungen bestimmt, also den subjektiven Einschätzung der Unternehmen bezüglich der Entwicklung der Nachfrage nach den von ihnen produzierten Gütern und Dienstleistungen. Bei gegebenen Erwartungen bestimmt aber das Zinsniveau für Investitionskredite die Höhe der Investitionen. In besonders trüben Zeiten, wie sie derzeit in Europa herrschen, hat die keynesianische Theorie der „Investitionsfalle“ besondere Relevanz: Angesichts geringer Auslastung der Kapazitäten sind die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und damit die Kreditnachfrage so schwach ausgeprägt, dass selbst sehr niedrige Zinssätze nicht zur Investitionsbelebung führen. In dieser Situation sind niedrige Zinssätze allein zu wenig.

Zusätzlich muss ein expansiver Impuls durch staatliche Investitionen die Wirtschaft wieder in Schwung bringen. Selten waren die wirtschaftlichen Bedingungen so günstig dafür wie heute: Bei einem Zinssatz für Staatsschulden von unter ein Prozent gibt es viele sinnvolle Projekte, die **höhere volkswirtschaftliche Renditen abzuwerfen versprechen**³. Sie würden langfristig das Entwicklungspotenzial der Volkswirtschaft fördern und kurzfristig zusätzliche Nachfrage und Arbeitsplätze bringen.

Generell verbessern niedrige Zinssätze nicht nur die Grundlagen für die Expansion der Realwirtschaft, sondern auch eine Umverteilung von Einkommen von den FinanzvermögensbesitzerInnen zugunsten der Realwirtschaft. John Maynard Keynes erwartete langfristig eine Stagnation der Wirtschaft wegen der

Zunahme der Finanzvermögen, hoher Ersparnisse und fehlender Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Dagegen sollten Umverteilung nach unten und niedrige Zinsen helfen, kurzum die von Keynes so bezeichnete „Euthanasie der Rentiers“. Allerdings reicht es heute dafür nicht aus, das Zinsniveau möglichst niedrig zu halten, sondern es müssen auch die Gewinnausschüttungen in Form von Dividenden begrenzt werden.

Die monetaristische Theorie tritt hingegen für ein hohes Zinsniveau ein. In ihrem Rahmen hat die Geldpolitik nur die Aufgabe, das Preisniveau zu stabilisieren. Realwirtschaftliche Folgen der Geldpolitik sind nicht in ihrem Blickfeld und die Verteilungswirkungen hoher Zinssätze zugunsten der VermögensbesitzerInnen entsprechen ohnehin ihren ideologischen Vorlieben.

Risiko von spekulativen Blasen durch straffe Regulierung unterbinden

Wie bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind positive Wirkungen der Niedrigzinspolitik auch mit Risiken verbunden. Die umfangreiche Versorgung der Banken mit niedrig verzinster Liquidität führt bereits wieder zu spekulativen Blasen auf Aktien-, Wohnungs- und Häusermärkten. Diesem Problem muss mit stärkerer Regulierung begegnet werden: eine deutliche Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen für Banken, strengere Finanzaufsicht und griffige Steuern auf Finanz- und Immobilientransaktionen. Auch in Österreich gibt es dafür ganz konkrete Ansatzpunkte: so etwa den zügigen Ausbau des sozialen Mietwohnungsbaus, um das Angebot an Wohnungen zu erhöhen und so die Preisblase zu bekämpfen.

Insgesamt ist ein niedriges Zinsniveau kurz- und langfristig wünschenswert. Bei entsprechenden regulatorischen Rahmenbedingungen begünstigt es die Realwirtschaft und verteilt Einkommen von oben nach unten um.

-
- ¹ Martinek, Thomas (2013): Die kalte Enteignung der Sparer. In: Trend.at. <http://www.trend.at/wirtschaft/business/die-enteignung-sparer-367292>
- ² Humer, Stefan et al. (2013): Über die Bedeutung von Kapitaleinkommen für die Einkommensverteilung Österreichs. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 39. Jahrgang (2013), Heft 4. http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2013_39_4/2013_39_4_0571.pdf
- ³ De Grauwe, Paul (2015): Secular stagnation in the Eurozone. In: VoxEu.org. <http://www.voxeu.org/article/secular-stagnation-eurozone>

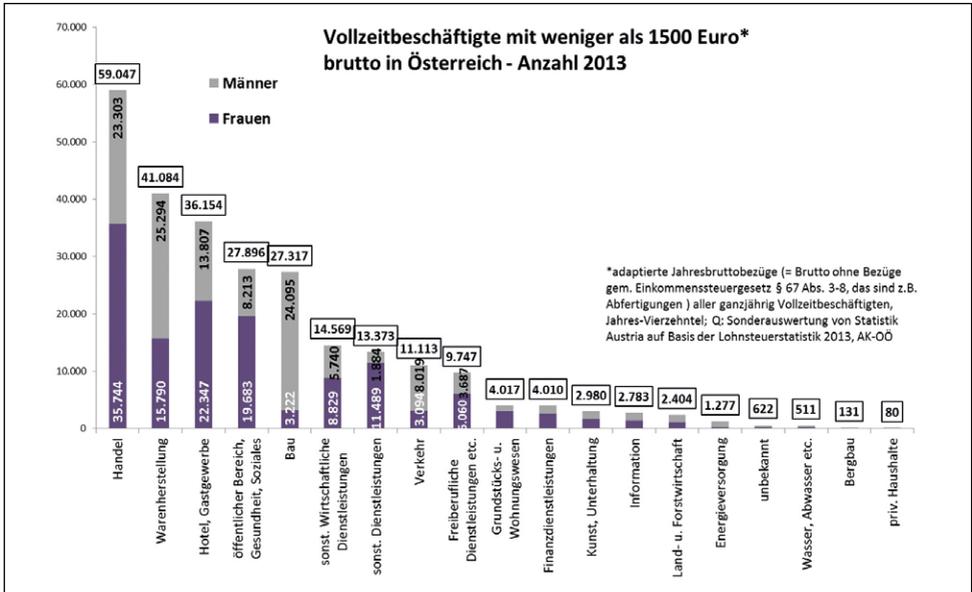
TROTZ VOLLZEIT UNTER 1.500 EURO

Bettina Csoka

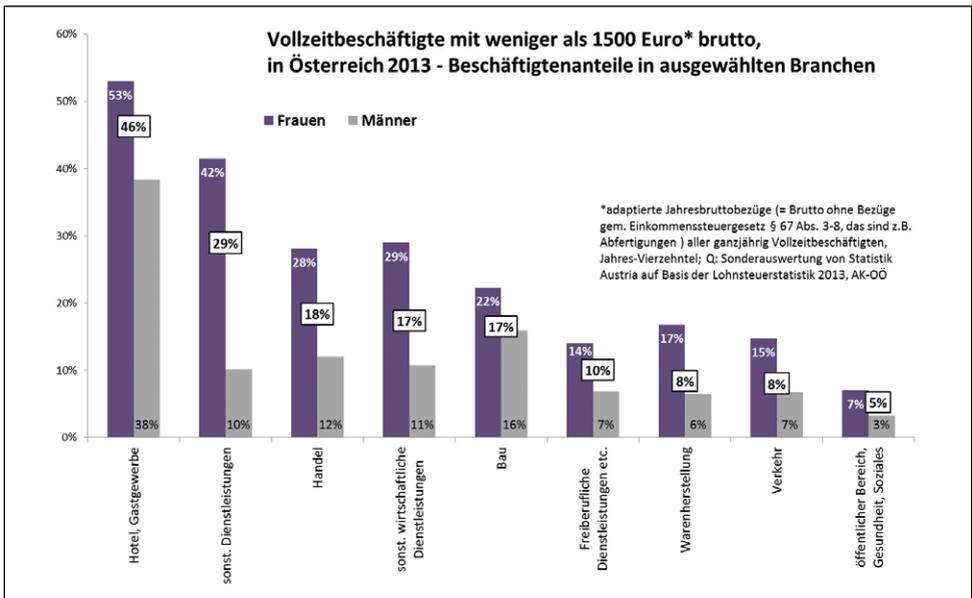
„Auch für BezieherInnen von Mindestlöhnen/-gehältern muss ein akzeptabler Lebensstandard möglich sein“, formuliert der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) in seinem 2013 beschlossenen (bis 2018 gültigen) **Grundsatzprogramm**¹. Als absolute Lohn-Untergrenze werden dabei 1.500 Euro brutto pro Monat bei einer Vollzeitbeschäftigung gefordert. Diese gewerkschaftspolitische Zielmarke gilt aufgrund von kollektivvertraglichen Verhandlungserfolgen schon für viele Lohnabhängige. Allerdings wurden 2013 (das ist die aktuellste verfügbare Statistik) noch knapp zwölf Prozent der ganzjährig im privaten und öffentlichen Bereich Vollzeitbeschäftigten unter diesem Wert entlohnt – das sind rund **260.000 Menschen (davon rund 51.800 WienerInnen und 46.500 OberösterreicherInnen)**².

Niedriglohn in Produktion, Handel und Gastgewerbe

Die österreichweit größten Branchen mit den 2013 absolut meisten „Niedrigentlohnerten“ sind der Handel, die Warenherstellung sowie das Hotel- und Gastgewerbe. In diesen drei Branchen arbeitet etwa die Hälfte aller Betroffenen. Im Verhältnis zur jeweiligen Branchengröße rangiert das Hotel- und Gastgewerbe an erster Stelle: Von allen dort ganzjährig Vollzeitbeschäftigten erhält knapp jede/r Zweite (46 Prozent) weniger als 1.500 Euro. Im Handel war fast jede/r Fünfte (18 Prozent) betroffen. In der Produktion ist es weniger als ein Zehntel (acht Prozent). Frauen sind durchwegs häufiger niedrig entlohnt als Männer:



Quelle: Sonderauswertung von Statistik Austria auf Basis der Lohnsteuerstatistik 2013, AK ÖÖ



Quelle: Sonderauswertung von Statistik Austria auf Basis der Lohnsteuerstatistik 2013, AK ÖÖ

Die zeitversetzt verfügbaren Statistiken (die Daten für das Jahr 2013 gibt es seit Jahresende 2014) ermöglichen nur den Rückblick auf das Jahr 2013. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass sich seitdem der Betroffenenkreis verringert haben wird – gemessen an der gleich hohen gewerkschaftlichen „Zielmarke“ von 1.500 Euro als nicht zu unterbietender Untergrenze. Insbesondere im Handel ist es gelungen, dass seit 2015 ein kollektivvertraglicher Mindestlohn von 1.500 Euro gilt. Im Hotel- und Gastgewerbe allerdings betrug etwa der Mindestlohn für ArbeiterInnen mit Stand Mai 2015 1.400 Euro; im **Metallgewerbe**³ ist die niedrigste Einstufung für Angestellte 1.328,89 Euro mit Stand Jänner 2016 (<http://www.kollektivvertrag.at/>).

Niedriglohnschwelle

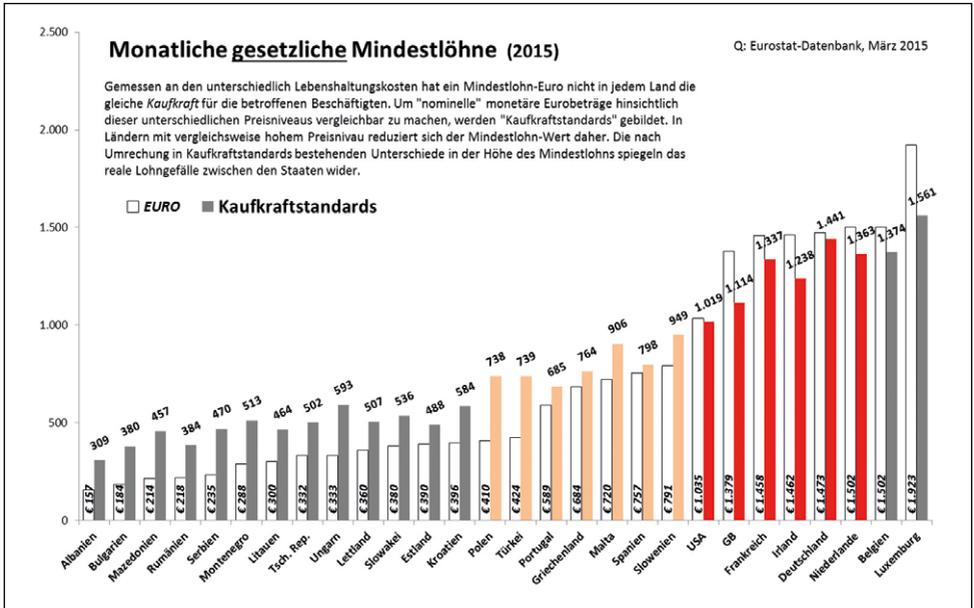
Internationale Niedriglohn-Definitionen orientieren sich meist nicht an einem absoluten Euro-Wert, sondern relativ (prozentuell) an einer statistisch eruierten, sich jährlich ändernden Einkommensgrenze, etwa dem Einkommensmedian (= je die Hälfte der Beschäftigten verdient mehr bzw. weniger) der jeweiligen Gesellschaft: Ein Lohn, der weniger als zwei Drittel dieses Werts ausmacht, gilt demnach als „**Niedriglohn**“⁴. In Österreich betrug laut **WIFO**⁵ für 2012 die entsprechende „Vollzeit“-Niedriglohnschwelle – auf ein „laufendes“, 14-mal gezahltes Monatseinkommen umgerechnet – rund 1.460 Euro brutto (bzw. inklusive anteiliger Sonderzahlungen 1.700 Euro = „Jahres-Zwölftel“). Etwa neun Prozent der in der Privatwirtschaft Vollzeit-Beschäftigten im Alter von 25 bis 54 Jahren zählten 2012 demnach zu den so definierten NiedriglohnbezieherInnen. Von den Frauen ist – im Zeitverlauf relativ gleich bleibend – etwa ein Drittel betroffen. Bei den Männern erhöhte sich der Anteil von sechs Prozent im Jahr 2000 auf neun Prozent im Jahr 2012. Im Zuge der jährlichen Lohnerhöhungen steigt auch das mittlere Einkommen (Median) und somit die darauf bezogene Niedriglohnschwelle. 2015 dürfte, hochgerechnet mit den von 2013 bis 2015 ausgewiesenen Bruttoeinkommenssteigerungen auf Basis der **Dezember-2015-WIFO-Prognose**⁶, die Schwelle rund 1.530 Euro (Jahres-Vierzehntel) ausmachen.

Working Poor – trotz Arbeit arm

Ein geringes Erwerbseinkommen erhöht auch die Armutsgefährdung. Laut EU-SILC-Erhebung von Statistik Austria sind in Österreich 266.000 erwerbstätige Personen im Alter von 18 bis 64 Jahren, das sind sieben Prozent, **armutsgefährdet**⁷. Hauptursachen für „Working Poor“ sind geringe Wochenarbeitszeit, nicht ganzjährige oder gering entlohnte Tätigkeit oder auch die Haushaltssituation. Betroffene haben trotz Erwerbstätigkeit und inklusive etwaiger weiterer Einkommen im Haushalt sowie Sozialleistungen ein Gesamteinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Auch diese Schwelle ist kein „fixer“, absolut gleich bleibender Wert, sondern orientiert sich am Einkommen in der Gesellschaft. Aktuell beträgt diese Schwelle rund 995 Euro netto für einen Einpersonenhaushalt (14-mal).

Mindestlohn international üblich

Die geforderten 1.500 Euro kollektivvertraglicher Mindestlohn brutto entsprachen bis Ende 2015 rund 1.160 Euro netto. Nach Inkrafttreten der Lohnsteuerreform mit Anfang 2016 kommt es zu einem **Netto-Plus**⁸: Dann bleiben einer Arbeiterin mit 1.500 Euro brutto rund 1.200 Euro netto am Konto. In 22 EU-Ländern, inkl. des Neulings Deutschland, gibt es gesetzliche Mindestlöhne. Die Höhen reichen von wenigen Hundert Euro wie in Bulgarien bis zu 1.900 Euro in Luxemburg. Da in den Ländern unterschiedliche Preisgefüge existieren, bietet die Umrechnung der Mindestlöhne zu Kaufkraftstandards einen „realistischeren“ Blick darüber, wie viel der Mindestlohn in den einzelnen Ländern „wert“ ist:



Quelle: Eurostat-Datenbank, März 2015

Würdige Arbeits- und Einkommensbedingungen

Der Kampf um gerechte und würdige Arbeits- und Einkommensbedingungen, darunter die flächendeckende Durchsetzung eines kollektivvertraglichen Lohns bzw. Gehalts von mindestens 1.500 Euro in allen Branchen, hängt in hohem Maße von der (Mitglieder-)Stärke der Gewerkschaften ab. 2015 feierte der österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) sein **70-jähriges Bestehen**⁹. „Wir können auf 70 Jahre sozialen Frieden und wachsenden Wohlstand zurückblicken. Und die Gewerkschaft hat diese Entwicklung wesentlich mitbestimmt. Manches wurde auf diplomatischem Wege erreicht, anderes musste mit Protesten oder Streiks hart erkämpft werden“, skizziert die **ÖGB-Vizepräsidentin und Bundesfrauenvorsitzende Renate Anderl**¹⁰ die Bandbreite gewerkschaftlichen Agierens. Generell gilt das Ziel einer – wie es der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach in seiner Schrift „TEILEN, nicht TÖTEN“ formuliert – „fairen Verteilung der unternehmerischen Wertschöpfung auf jene Ressourcen, die gemeinsam die

Wertschöpfung erwirtschaftet haben. Dazu muss die herkömmliche kapitalistische Verteilungsregel durchbrochen werden, vorrangig das Geldvermögen zu steigern.“ Es brauche eine „egalitäre Verteilungsregel, die soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Polarisierung schon im Ansatz und an der Wurzel vermeidet“.

-
- ¹ Achitz, Bernhard (2013): Grundsatzprogramm des ÖGB. 2013–2018. Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH. http://www.oegb.at/cms/S06/S06_999_Suche.a/1342537100909/suche/grundsatzprogramm-des-oegb
 - ² Pressekonferenz der AK Linz (2015): Brennpunkt Niedrigeinkommen: 260.000 verdienen trotz Vollzeit weniger als 1.500 brutto. http://media.arbeiterkammer.at/ooe/presseunterlagen/2015/PKU_2015-03-31_Brennpunkt_Niedrigeinkommen.pdf
 - ³ GPA-djp (2016): KV-Metallgewerbe: Abschluss für die Angestellten im Metallgewerbe 2016. http://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_2a.a/1449121221984/kollektivvertrag/kv-metallgewerbe-abschluss-fuer-die-angestellten-im-metallgewerbe-2016
 - ⁴ Eurostat: Pressemitteilung 189 (2012): Niedriglohnempfänger. Einer von sechs Arbeitnehmern in der EU27 im Jahr 2010 war ein Niedriglohnempfänger. <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/5155350/3-20122012-AP-DE.PDF/600e9bef-8cbe-463b-bdcf-0546e770446f?version=1.0>
 - ⁵ WIFO-Beitrag zum Sozialbericht 2014–2015 (2015): Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Österreich. http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=50897&mime_type=application/pdf
 - ⁶ WIFO-Presseinformation (2015): Prognose für 2016 und 2017: Konsumausgaben erhöhen Wirtschaftswachstum in Österreich. http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=58572&mime_type=application/pdf
 - ⁷ AK ÖÖ: Armut in Österreich. http://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/sozialesundgesundheits/soziales/Armut_in_Oesterreich.html
 - ⁸ AK Portal: Lohnsteuer gesenkt. https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/lohnsteuergesenkt/Lohnsteuer_gesenkt.html
 - ⁹ Mulley, Klaus-Dieter (2015): Vor 70 Jahren: Die Gründung des ÖGB 1945. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/70jahreoegb/>
 - ¹⁰ ÖGB (2015): 70 Jahre ÖGB: Eine Erfolgsgeschichte. Festakt in Wiener ÖGB-Zentrale mit prominenten Gratulanten. http://www.oegb.at/cms/S06/S06_0.a/1342556676039/home/70-jahre-oegb-eine-erfolgsgeschichte#

Ein Einkommen, von dem man leben kann

Christa Schlager

Für einen überwiegenden Teil der erwerbstätigen Menschen ist ein Hauptmotiv, genug Geld zu verdienen, um davon leben zu können. Nur wenige sind noch in Ausbildung oder erhalten andere Formen der Unterstützung. Der **Einkommensbericht des Rechnungshofs**¹ geht in seiner aktuellen Ausgabe unter anderem der Frage nach, wie weit die Atypisierung von Beschäftigungsverhältnissen in Österreich fortgeschritten ist und welche Konsequenzen dies auf die Einkommen der Menschen hat. Unter atypischer Beschäftigung werden alle Erwerbsverhältnisse verstanden, die eines der folgenden vier Kriterien erfüllen: Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, Befristung, Leih- und Zeitarbeit. Auf 41 Prozent aller unselbstständig Beschäftigten traf mindestens ein genanntes Charakteristikum zu. 60 Prozent der Frauen und 23 Prozent der Männer sind in solchen Beschäftigungsverhältnissen tätig. Für Frauen ist es also „normal“, kein Normalarbeitsverhältnis zu haben.

Mehrheit der Frauen arbeitet Teilzeit

Die dominante Form der sog. Atypisierung für Frauen ist die Teilzeit, 53 Prozent aller Frauen gehen dieser Beschäftigungsform nach. Umstritten ist, inwieweit Teilzeitbeschäftigung als atypische Beschäftigung zu zählen ist, denn es stellt sich ja die Frage, ob und inwieweit Atypisierung mit Nachteilen verbunden ist. Eine teilzeitbeschäftigte Frau verdiente im Jahr 2013 im Mittel rund 16.000 Euro brutto im Jahr, das sind monatlich rund 990 Euro netto. Die Armutgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt lag in diesem Jahr bei 950 Euro monatlich (14-mal jährlich). Ein „normales“ Fraueneinkommen reicht also gerade aus, über die Runden zu kommen, falls frau nicht im Familienverband lebt, was der überwiegende Teil tut, oder Unterstützung vom Staat bekommt.

Wenn Männer atypisch arbeiten, ist dies allerdings auch in den allerwenigsten Fällen existenzsichernd. Männliche Teilzeitkräfte verdienen sogar im Schnitt noch ein Drittel weniger als Frauen. Allerdings sind Männer vor allem während der Ausbildung bzw. beim Berufsein- oder -ausstieg in Teilzeit, Frauen jedoch im Haupterwerbsalter. Schließt man die ausschließlich Teilzeitbeschäftigten (950.000 Menschen) aus, gibt es noch rund 700.000 Personen (ca. je 50 Prozent Männer und Frauen), die einer atypischen Beschäftigung nachgehen. Mit Ausnahme männlicher Leih- und Zeitarbeitskräfte liegt deren Einkommen deutlich unter einem Einkommen, mit dem man auskommen kann. Bei mehrfach atypischer Beschäftigung gab es auch kaum Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen.

77 Prozent der männlichen Beschäftigten arbeiten im Normalarbeitsverhältnis, mit einem deutlich höheren Einkommen, während bei Frauen nur eine Minderheit von 40 Prozent vollzeitbeschäftigt ist. Während Frauen in Normalarbeitsverhältnissen 82 Prozent der Einkommen der Männer erreichen, erhöht sich der Unterschied, wenn alle Beschäftigten miteinander verglichen werden. Die stärkere Atypisierung der weiblichen Beschäftigung erhöht den Unterschied auf 40 Prozent.

Gesellschaftliche Arbeitsteilung und weibliches Prekariat

Dies zeigt, dass aufgrund der gesellschaftlichen Arbeitsteilung weibliche Beschäftigung noch zu einem hohen Teil ökonomischer Prekarität unterliegt. Solange Frauen noch den überwiegenden Teil der unbezahlt geleisteten Arbeit leisten und damit Zeitrestriktionen unterliegen und auch die Segregation am Arbeitsmarkt weiterbesteht, sind sie auf weniger attraktive Jobs verwiesen. Die zunehmende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes führt dazu, dass sich generell schlechte Bezahlung oder nicht existenzsichernde Einkommen verbreiten und nicht Beschäftigungsverhältnisse, die die Basis einer guten Work-Life-Balance bilden.

In der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde in vielen Krisenstaaten eine Angleichung der männlichen Beschäftigungsverhältnisse nach „unten“, also in Richtung schlechtere Bedingungen beobachtet. Dies wurde auch fälschlicherweise als „Feminisierung“ der Arbeitsverhältnisse bezeichnet. Das Ziel kann jedoch nicht sein, dass weder Frauen noch Männer von ihrem Einkommen leben können. Der Anspruch an die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist aus gleichstellungspolitischer Sicht ein ganz anderer: Erwerbsarbeit, von der Frau und Mann „gut leben“ können, und eine gleichere Verteilung der unbezahlten Haus-, Betreuungs- und Pflegearbeiten.

¹ Rechnungshof (2014): Einkommensbericht 2014/1. <http://www.rechnungshof.gv.at/berichte/ansicht/detail/einkommensbericht-20141.html>

Gerechtigkeitsurteile und Reichtum in Österreich

Josef Melchior & Martin Schürz

Was gerecht ist, versteht sich nicht von selbst. Warum daher nicht Menschen selbst **fragen, was sie für gerecht erachten**¹? Viele Gerechtigkeitsurteile werden vom Wissen bzw. Unwissen über die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Gesellschaft beeinflusst.

Die ÖsterreicherInnen wurden im Rahmen des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) gefragt, ob sie im Vergleich mit anderen ihren gerechten Anteil erhalten oder nicht. Rund 60 Prozent waren durchaus zufrieden; rund 28 Prozent befanden, dass sie etwas zu wenig bekämen und acht Prozent empfanden ihre Lage als sehr ungerecht. Die RespondentInnen treffen ihre Ungerechtigkeitsurteile in Abhängigkeit von ihrer Stellung am Arbeitsmarkt und ihrer Bildung. Wer eine Anstellung hat oder eine Ausbildung absolviert hat, empfindet seinen Anteil eher als gerecht. Mit einer Vollzeitanstellung erreichen Menschen vergleichsweise die höchste Zufriedenheit. Die gesellschaftliche Integration erfolgt über den Arbeitsmarkt, und dies zeigt, dass die Prekarisierung mit besonders unangenehmen Erfahrungen verbunden ist. Aber auch ungefähr jeder Fünfte von den fünf Prozent der Vermögendsten meint, zu wenig zu erhalten. Bei Ungerechtigkeitsurteilen gibt es eben auch eine psychologische Komponente, die neben die materielle Ressourcenausstattung tritt.

Was am eigenen Leib als ungerecht erfahren wird, muss aber nicht den eigenen Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft entsprechen, und auch wer vermeint, seinen gerechten Anteil zu erhalten, muss deswegen noch nicht die Verhältnisse in Österreich als gerecht empfinden.

„Unverdientes Vermögen“

Die Mehrheit der ÖsterreicherInnen bezweifelt, dass die Reichen ihr Vermögen durch eigene Leistung erworben haben. Nur elf Prozent der Armen glauben an Leistung als Schlüssel für Reichtum. Der Glaube an die Leistungsideologie nimmt mit dem Alter noch ab. Die Jüngeren hoffen, dass ihre eigene Anstrengung den Ausschlag für ökonomischen Erfolg geben kann. Dies wird wohl bestärkt durch ein Bildungswesen, welches sich über das Leistungsprinzip definiert. Bei Älteren macht sich hingegen Ernüchterung breit. In Wien sind fast doppelt so viele wie im Westen Österreichs skeptisch, dass die Leistung für Reichtum entscheidend sei.

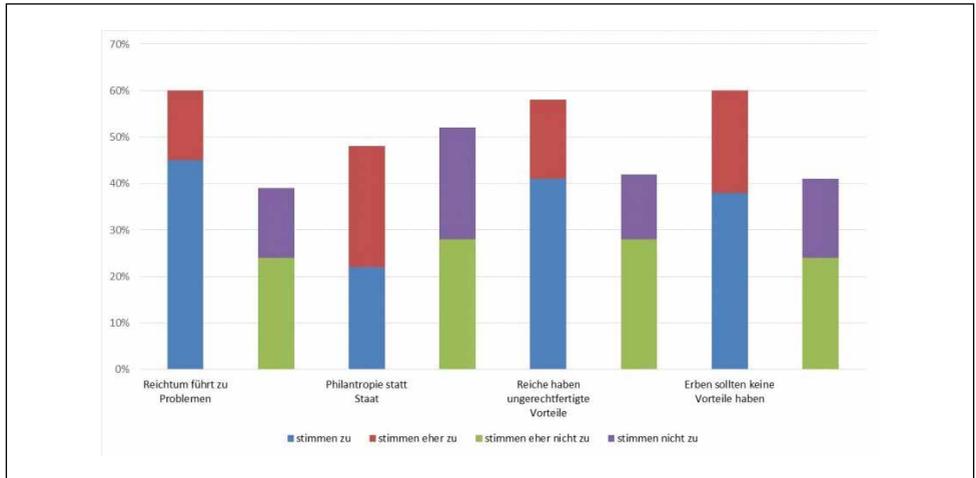
In Österreich erkennt eine große Mehrheit die zentrale Bedeutung des Erbens für Reichtum. Drei Viertel glauben, dass man übers Erben reich wird. Die Reichen erkennen die Schlüsselstellung der Erbschaften für die Vermögensakkumulation noch klarer als die Armen. Vermögenstransfers (Schenkungen und Erbschaften) spielen eine entscheidende Rolle in der dynastischen Vermögenskonzentration. Für die Armen hingegen bedeutet das Erbschaftsthema oft nur eine Hoffnung auf unerwartete Vermögenszuwächse. Bei Reichen reflektiert ihre Einschätzung die empirischen Fakten zum Erbgeschehen, bei den Armen, die meist nichts erben, hingegen nur vage Fiktionen.

Keine faire Leistungsgesellschaft ohne Chancengleichheit

Chancengleichheit ist eine wesentliche Bedingung für eine faire Leistungsgesellschaft: Nur wenn jede/r die gleichen Chancen hat, im Prinzip jede gesellschaftliche Position zu erreichen, können Ungleichheiten mit unterschiedlichen individuellen Entscheidungen und Anstrengungen begründet werden. Die ÖsterreicherInnen sind uneinig, was die individuellen Chancen, reich zu werden, betrifft. Je älter die Leute sind, umso weniger glauben sie an Chancengleichheit. Besonders weit verbreitet ist die Skepsis bei Personen mit geringem Bildungsabschluss. Die Reichen glauben noch am ehesten, dass es jeder schaffen kann. Die Überzeugung, dass die anderen ja auch Reichtum erreichen hätten können, hilft

ihnen vermutlich bei der Abwehr von Schuldgefühlen angesichts der eigenen Privilegien. Reiche glauben doppelt so oft wie Arme, dass Chancengleichheit gegeben sei.

Einschätzungen zu Reichtum



Quelle: HFCS, eigene Berechnungen.

Mehrheitlich meinen Menschen, dass zu großer Reichtum problematisch ist. Und je älter sie sind, desto ausgeprägter ist ihr skeptisches Urteil. Diese Einschätzung ist relativ unabhängig von der eigenen Einkommens- und Vermögenssituation. Dass Vermögenskonzentration für eine Gesellschaft problematisch werden kann, stellt eine Art gesellschaftlichen Konsens in Österreich dar. Insgesamt weist das weitverbreitete Problembewusstsein im Hinblick auf den großen Reichtum einiger weniger darauf hin, dass die ÖsterreicherInnen eine egalitäre Gesellschaft bevorzugen.

Der Frage, ob die Reichen in der Gesellschaft ungerechtfertigte Vorteile haben, wird in einem hohen Ausmaß zugestimmt. Selbst wenn Menschen ihren Reichtum durch eigene Leistung erworben haben, sollten sich für sie dadurch keine Privilegien ergeben, meint eine deutliche Mehrheit der Befragten. Der

Aussage: „Niemand sollte bessere Möglichkeiten im Leben haben, nur weil sie viel geerbt haben“, stimmen insgesamt rund 36 Prozent zu und 17 Prozent lehnen sie ab. Die Legitimation von Erbschaften und unverdientem Vermögen ist gesellschaftlich umstritten, da beim Erben das Matthäusprinzip gilt: „Wer hat, dem wird gegeben“. Reiche scheinen sich schwer zu tun, ihr Erbprivileg als solches auszuweisen. Die Ablehnung der Erbprivilegien steigt bis zur Lebensmitte und fällt dann wieder. Je näher das eigene Ende kommt, desto eher scheint man bereit zu sein, den Nachkommen eine ungerechtfertigte Vorteilslage zu gönnen. Und die Angst vor zukünftigen Verschlechterungen der Leistungen des Wohlfahrtsstaates könnte Erbschaft attraktiver werden lassen.

Mit anderen Worten: Nach vielen eigenen Ungerechtigkeitserfahrungen geht möglicherweise das Verständnis für die durch Erben induzierten gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten verloren. Erben erfolgt meist im Familienkontext und steht daher in einem Spannungsverhältnis zu Gerechtigkeitsabwägungen.

Wie die Ergebnisse zeigen, sind es nicht nur die mit der sozialen Position verbundenen Interessen, die die Beurteilung der gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen. Es besteht zwar ein Zusammenhang zwischen sozialer Position und Gerechtigkeitsurteilen, doch die subjektiven Urteile können nicht allein aus der objektiven Stellung abgeleitet werden. Die Einschätzungen zu Reichtum in der österreichischen Bevölkerung zeigen ein komplexes Bild von Kritik und Zustimmung. Reichtum wird als problematisch empfunden, aber reich sind oft die anderen und nicht man selbst, und es gibt akzeptablere und weniger akzeptable Formen des Reichtums.

Die Leistungskategorie ist tief im gesellschaftlichen Wertemuster verankert und bleibt trotz ihrer inhaltlichen Vagheit wirkungsmächtig. Allein durch Leistung erworbener Reichtum entspräche dem normativen und gesellschaftlich legitimierte Leitbild. Das Ausmaß kritischer Einschätzungen zur Chancengleichheit ist beachtlich. Wenn beinahe die Hälfte der Bevölkerung daran zweifelt, aus eigener Kraft reich werden zu können, deutet das auf ein beträchtliches Legitimationsdefizit der Verteilungsmechanismen in Österreich hin.

Die hohen Zufriedenheitswerte mit der eigenen gesellschaftlichen Position fußen nicht zuletzt auf einer Verkenning der eigenen Einkommens- und Vermögensposition in der Gesellschaft. Die Verteilung von Vermögen in Österreich wird als viel weniger ungleich wahrgenommen, als sie tatsächlich ist. Die Reichen können auf Basis dieser allgemeinen Fehlwahrnehmung die Rechtfertigungsansprüche und Umverteilungsbegehrligkeiten von unten abwehren und die Ärmern geben sich leichter mit ihrem bescheidenen Anteil zufrieden. Die gängige Überzeugung, sich in der Mitte der Gesellschaft zu befinden, macht anfällig für Ideologeme („Es geht uns gut“) und skeptisch gegenüber Gleichheitszielen. Denn wenn es keine Reichen gibt, dann wäre die Mitte – zu der man sich fälschlicherweise zählt – Adressatin von Umverteilungsbemühungen.

Daten zur Vermögensungleichheit notwendig

Die kritische Wahrnehmung der unangemessenen Privilegien, die mit Reichtum einhergehen, bleibt politisch folgenlos, solange viele der Überzeugung sind, in einer gleicheren Gesellschaft zu leben, als dies tatsächlich der Fall ist. Der Widerstand gegen die Veröffentlichung von Vermögensdaten in Österreich und die Diffamierung der HFCS-Daten als „**Pi-mal-Daumen-Daten**“² kann daher nicht überraschen. Datengeleitete Aufklärung zur ungleichen Verteilung bleibt daher von zentraler Bedeutung für emanzipatorische Bemühungen in einer extrem ungleichen Gesellschaft.

¹ Vgl. Schürz, Martin/Melchior, Josef: Gerechtigkeitsurteile und Vermögensverteilung in Österreich – Wahrnehmung der Realität und Realität der Wahrnehmung von Ungleichheit. In: Wirtschaft und Gesellschaft. 2/2015.

² Neuhold, Clemens: Streit um den wahren Reichtum Österreichs. In: Wiener Zeitung. 3.7.2014. http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/642533_Streit-um-die-Billion.html

Generationengerechtigkeit: Falscher Schauplatz des Verteilungskonfliktes

Angelika Gruber

Die alternde Gesellschaft und ihre Folgen gelten wegen der damit verbundenen Kosten für die öffentliche Hand (insbesondere die Pensionsaufwendungen) als eine große fiskalische **Herausforderung in den nächsten Jahrzehnten**¹. Im Blickpunkt steht dabei meist der „demografische Wandel“, d. h. das veränderte Verhältnis der einzelnen Alterskohorten zueinander. Dieser wird in einem umlagefinanzierten Pensionssystem, wie auch das österreichische eines ist, primär für den steigenden Steueranteil in der Pensionsfinanzierung verantwortlich gemacht. Hat doch eine unter Umständen kleiner werdende Gruppe Erwerbstätiger eine immer größere und länger lebende Gruppe von PensionsbezieherInnen zu finanzieren. Folglich werden Verteilungsprobleme zwischen Jung und Alt als das zentrale gesellschaftliche Konfliktpotenzial konstruiert. Tatsächlich werden damit mindestens ebenso wichtige Faktoren außer Acht gelassen.

Demografie ist nur ein Faktor

Der Ruf nach mehr „Generationengerechtigkeit“ gehört in Politik und Ökonomie daher mittlerweile zu den Standardargumenten. Hand in Hand werden Einschnitte bei den Pensionen verlangt und Kürzungen propagiert, die in aller Regel primär die Pensionen der heute Jüngeren treffen würden. Die Einengung des Gerechtigkeitsdiskurses auf die Generationenfrage überlagert damit nicht nur andere Verteilungskonflikte, sondern lässt lediglich monokausale Schlüsse über die Nachhaltigkeit unseres Pensionssystems zu. Die bewusst so gewählte oberflächliche Analyse greift zu kurz, wichtige Faktoren werden nicht berücksichtigt und Forderungen nach Pensionskürzungen als Sachzwänge präsentiert.

Demografische Verschiebungen sagen viel weniger aus als oft behauptet. Die immer wieder auftauchende Gleichsetzung der Zahl der Menschen im Erwerbsalter mit der Zahl der Erwerbstätigen ist unsinnig und irreführend. Damit wird der Blick auf das Wesentliche bzw. die zentrale Aufgabe der möglichst guten Erwerbsintegration der Menschen im Erwerbsalter verstellt.

Darüber hinaus werden grundsätzliche Wesensmerkmale der Alterssicherung und der eigentliche Verteilungskonflikt ausgeblendet. Denn jedes Pensionssystem stellt einen Transfermechanismus von den am Wertschöpfungsprozess beteiligten Erwerbstätigen zu den Inaktiven dar. Die ausschlaggebende Komponente für die Finanzierung der Alterssicherung ist damit die Wertschöpfung, deren Wachstum und Verteilung. Je größer das Volkseinkommen – und damit das Einkommen der Aktiven –, umso größer ist auch der Spielraum, Teile dieses erwirtschafteten Wohlstandes an PensionistInnen weiterzugeben und die Folgen des demografischen Wandels abzufedern.

Mehr Beschäftigung – mehr BeitragszahlerInnen

In Österreich wird das öffentliche Pensionssystem zum größten Teil über Sozialversicherungsbeiträge finanziert. Für das Pensionssystem der unselbstständig Beschäftigten (ASVG) bedeutet das folglich, dass deren Entgelte und ihre Entwicklung zur Schlüsselgröße werden. Da die Pensionsversicherungsbeiträge als fixer Anteil der Löhne und Gehälter berechnet werden, ist ihr Wachstum für die Dynamik des Beitragsaufkommens entscheidend. Ausschlaggebend dafür sind wiederum die Entwicklungen am Arbeitsmarkt. Je höher das Beschäftigungsniveau, umso höher ist die **Zahl der BeitragszahlerInnen**².

Mindestens genauso wichtig ist allerdings auch die Entlohnung der unselbstständig Erwerbstätigen am Wertschöpfungsprozess. Die Lohnquote dient dabei als Maßstab für den Einkommensanteil der ArbeitnehmerInnen an der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung. Kommt es zu Verschiebungen der Entlohnung der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit, so betrifft dies unmittelbar auch

das Sozialversicherungssystem und damit auch die Nachhaltigkeit des Pensionssystems. Das Stück vom Kuchen wird kleiner.

Die Lohnquote ist in Österreich – sowohl unbereinigt, als auch um die Beschäftigungsstruktur bereinigt – seit Anfang der 1980er-Jahre bis vor der Wirtschafts- und Finanzkrise **kontinuierlich gesunken**³ und hat damit die Finanzierungsbasis der Altersversorgung substanziell geschmälert. Die **Gründe für ihr Sinken sind vielfältig**⁴. Vor allem die steigenden Arbeitslosenzahlen wirken sich negativ auf die Entwicklung der Lohnquote aus. Eine große Rolle dürfte auch die Öffnung der österreichischen Volkswirtschaft spielen. Der gestiegene, internationale Wettbewerbsdruck schwächte – neben den gestiegenen Arbeitslosenzahlen – die Verhandlungsposition der Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten zusätzlich. Die zunehmende Exportorientierung der **europäischen Wirtschaftspolitik gefährdet jene Lohnleitlinie**⁵, nach der beide Produktionsfaktoren – Arbeit und Kapital – gleichermaßen am Produktivitätsfortschritt partizipieren können.

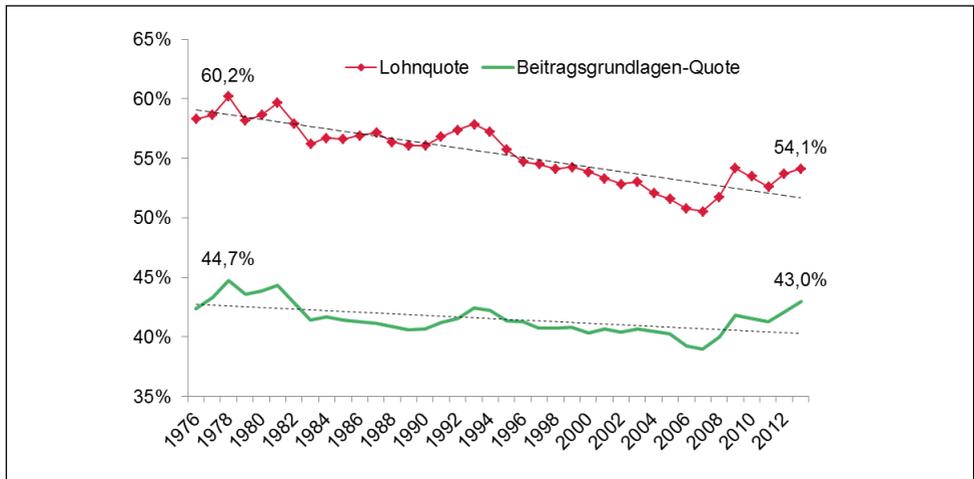
Der Anstieg in den Krisenjahren kann über die Sensitivität der Lohnquote gegenüber Konjunkturschwankungen erklärt werden. Da Löhne und Gehälter sowie Beschäftigung zeitverzögert auf die Wirtschaftsentwicklung reagieren, Gewinne hingegen sehr rasch, ergibt sich dieser Effekt durch unterschiedliche Geschwindigkeiten in der Anpassung.

Auswirkungen auf die Beitragsgrundlage

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte schmälerte nicht nur die Einkommensverhältnisse der unselbstständig Erwerbstätigen, sondern verringerte auch die Finanzierungsbasis für die Sozialversicherung. Denn diese setzt sich aus den Beitragsgrundlagen aller ASVG-Versicherten zusammen. Sinkt also die Lohnquote, so geht auch die Finanzierungsbasis zurück.

Gedämpft wurde dieser Effekt zum einen dadurch, dass seit 1997 immer weniger öffentlich Bedienstete pragmatisiert wurden. Der Anteil der BeamtInnen am Gesamtpersonal des Bundes sank durch entsprechende **Maßnahmen**⁶ von 66,2 Prozent im Jahr 2003 auf 57,8 Prozent im Jahr 2013. Dies führte zu immer mehr ASVG-Versicherten und im Gegenzug zu immer weniger BeamtInnen (die nicht im Rahmen des ASVG pensionsversichert sind).

Entwicklung der Bruttolöhne und Gehälter und Beitragsgrundlage anteilig am Nettoinlandsprodukt



Quelle: VGR (ESVG 1995), Lohnsteuerstatistik 1994–2013, Hauptverband der Sozialversicherung, Pensionskommission; eigene Berechnungen und Darstellung; Lohnquote=Bruttolöhne- und Gehälter/Nettoinlandsprodukt.

Steigende Einkommenskonzentration verschärft Finanzierungsproblem

Auch die personelle Einkommensverteilung beeinflusst die Entwicklung der Beitragsgrundlage und erklärt vor allem den Unterschied in den Niveaus der Lohn- sowie Beitragsgrundlagen-Quote in oben stehender Abbildung. Durch Höchstbeitragsgrundlage und Geringfügigkeitsgrenze sind die Ränder der Ein-

kommensverteilung () nicht beitragspflichtig. Damit wirkt sich die zu beobachtende steigende **Einkommenskonzentration**⁷ ebenfalls negativ auf die Beitragsgrundlage aus. Zwar wird die Höchstbeitragsgrundlage automatisch mit dem Wachstum der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen angepasst, das überdurchschnittlich starke Wachstum über der Höchstbeitragsgrundlage kann jedoch durch diesen Automatismus nicht ausreichend antizipiert werden. Die steigende Einkommenskonzentration konnte nur zeitweise durch außertourliche Anhebungen der Höchstbeitragsgrundlage kompensiert werden.

Entwarnung?

Im Verhältnis zu den Selbstständigen gibt es immer mehr unselbstständig Beschäftigte, weshalb die um die Beschäftigungsstruktur bereinigte Lohnquote stärker sinkt als die unbereinigte. Das heißt also: Immer mehr ArbeitnehmerInnen müssen sich während ihrer Erwerbstätigkeit ein anteilig immer kleiner werdendes Stück vom Kuchen teilen. Ähnliches gilt für Verschiebungen der Versichertenstruktur. Die ASVG-Beitragsgrundlage wird damit für immer mehr Versicherte als Finanzierungsbasis ihrer Leistungen herangezogen.

Sowohl die Verschiebungen zugunsten des ASVG-Systems als auch außerordentliche Anhebungen der Höchstbeitragsgrundlage führen zwar kurzfristig zu positiven Effekten auf die Beitragseinnahmen in der Pensionsversicherung. Langfristig hat dies allerdings höhere Pensionsausgaben innerhalb des ASVG-Systems zur Folge. Denn eine Erhöhung der Zahl der Versicherten führt später auch zu einer höheren Zahl der Pensionsansprüche. Die Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage bedeutet, dass der individuelle Pensionsanspruch steigt.

Den Schauplatz wechseln

Zusätzlich wird die Gruppe der PensionistInnen immer größer. Bislang wurde dieses Problem vor allem auf dem Rücken der unselbstständig Beschäftigten ausgetragen. In den 1980er-Jahren wurden die Beitragssätze in der Pensionsversicherung mehrmals erhöht – die Nettogehälter damit also zusätzlich gesenkt. Die letz-

ten Jahrzehnte stehen vor allem im Zeichen von Pensionskürzungen, die wiederum die Unselbstständigen treffen werden, nämlich dann, wenn sie in Pension gehen.

Neue Formen der Arbeit⁸ stellen eine zunehmende Bedrohung für gut abgesicherte und fair entlohnte Arbeitsverhältnisse dar, die hohe Arbeitslosigkeit und die derzeit dominierende europäische Wirtschaftspolitik schwächen die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften zusätzlich.

Der eigentliche Verteilungskonflikt zwischen Arbeit und Kapital blieb hingegen weitgehend unangetastet. Dabei könnten die **Erbschafts- und Schenkungssteuer, Vermögenssteuern**⁹ oder die Einführung einer **Wertschöpfungsabgabe**¹⁰ einen beträchtlichen Beitrag für die Finanzierung unseres sozialen Sicherungssystems leisten. Wer sich also um die Zukunft der heute Jungen ehrlich sorgt, sollte den Schauplatz der Debatte wechseln.

-
- ¹ Vgl. Türk, Erik: Deutliche Entwarnung für österreichisches Pensionssystem durch neueste EU- Langfristprognosen. Mai 2015. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/deutliche-entwarnung-fuer-oesterreichisches-pensionssystem-durch-neueste-eu-langfristprognosen/>
- ² Vgl. Wöss, Josef/Türk, Erik: Erreichung/Nicht-Erreichung des EU-2020-Beschäftigungsziels: 1.000 Mrd. Euro stehen auf dem Spiel! September 2013. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/erreichungnicht-erreichung-des-eu-2020-beschaeftigungsziels-1-000-mrd-euro-stehen-auf-dem-spiel/>
- ³ Vgl. Chaloupek, Günther/Russinger, Reinhold/Zuckerstätter, Josef: Strukturveränderungen und funktionale Einkommensverteilung in Österreich. Wirtschaft und Gesellschaft 2008/Heft 1. http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/lohnquoten_2008_Lohnquotenentwicklung_OE.pdf
- ⁴ Godar, Sarah: Steigender Wohlstand für wen? Jänner 2014. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/steigender-wohlstand-fuer-wen/>
- ⁵ Marterbauer, Markus: Das österreichische Lohnverhandlungssystem: Überlegen, aber gefährdet? August 2013. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/das-osterreichische-lohnverhandlungssystem-uberlegen-aber-gefaehrdet/>
- ⁶ Hg. Bundeskanzleramt Österreich. Das Personal des Bundes 2014. Daten und Fakten. 2014. https://www.oeffentlicherdienst.gv.at/fakten/publikationen/PJB_2014.pdf?4tpyec
- ⁷ Vgl. Altzinger, Wilfried/Berka, Christopher/Humer, Stefan/Moser, Mathias: Die langfristige Entwicklung der Einkommenskonzentration in Österreich, 1957–20091. Wirtschaft und Gesellschaft 2012/Heft 1. http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2012_38_1/2012_38_1_0077.pdf
- ⁸ Risak, Martin: Neue Arbeitsformen. Juni 2015. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/neue-arbeitsformen/>
- ⁹ Schürz, Martin: Plaudern zur Erbschaftssteuer: 32 oder 33 FinanzbeamtlInnen? Februar 2013. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/plaudern-gegen-eine-erbschaftssteuer-32-oder-33-finanzbeamtinnen/>
- ¹⁰ Ortner, Georg: Wertschöpfungsabgabe: Eine Alternative zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Februar 2015. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/wertschoepfungsabgabe/>

Freiheit, wirtschaftliche Dynamik und die Grenzen der Ungleichheitsrechtfertigung

Julian Bank

Viele Argumente werden zur Rechtfertigung von Ungleichheit ins Feld geführt, etwa der Verweis auf wirtschaftliche Dynamik oder die Freiheit. Häufig laufen diese Debatten im Hintergrund zu anderen Fragestellungen, wie ein Blick in den aktuellen Bestseller über Ungleichheit von Thomas **Piketty**¹ zeigt. Und hinter manchen vermeintlich gemäßigten Positionen verbergen sich fragwürdige Grundannahmen, die es wert sind, enttarnt zu werden.

Rechtfertigungsmuster im Hintergrund von Ungleichheitsdebatten

Selten rücken öffentliche Debatten über Ungleichheit deren Rechtfertigung in den Mittelpunkt. Dabei läuft im Hintergrund eine Vielzahl von Argumenten für und gegen Ungleichheit mit, die die Debatten strukturieren.

Ein Beispiel ist Thomas Pikettys Erfolgsbuch über Ungleichheit, „Das Kapital im 21. Jahrhundert“. Hier geht es Piketty im Vordergrund um eine Zusammenstellung seiner empirischen Forschung der Ungleichheitsentwicklung insbesondere der vergangenen rund 200 Jahre. Seine Analyse zeigt, warum es plausibel ist, von einem weiteren Anstieg der Einkommens- und Vermögensungleichheit auszugehen, sofern nicht politisch – etwa durch Vermögensbesteuerung – gegengesteuert wird.

Nebenher jedoch findet bei Piketty eine interessante Auseinandersetzung mit Argumenten zur Rechtfertigung der Ungleichheit statt. Ein Beispiel ist sein **Kapitel über Wachstumsraten**². Hier beschäftigt sich Piketty mit dem langfristigen Zusammenhang zwischen Wachstum und Ungleichheit. So

reduziere starkes Wachstum die relative Bedeutung bereits akkumulierter Vermögen.

Verweis auf wirtschaftliche Dynamik als abgenutztes Motiv

Piketty warnt jedoch davor, in Wachstum eine allheilbringende Kraft zu sehen. Zwar könne es den sozialen Aufstieg von Menschen erleichtern, beispielsweise weil neue Talente gefragt seien, die ein höheres Einkommen ermöglichen und damit die Vermögensverteilung korrigieren könnten. Gleichzeitig kritisiert er allerdings auch dieses Vertrauen auf den Bestimmungsfaktor Talent bei der Einkommensverteilung:

„An diesem Argument ist zwar durchaus etwas Wahres, aber es wurde seit Beginn des 19. Jahrhunderts allzu häufig verwendet, um jede Ungleichheit, wie groß sie auch sein und woher sie auch rühren mochte, zu rechtfertigen und die Nutznießer der neuen industriellen Wirtschaftsweise zu glorifizieren.“ (Thomas Piketty: „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, S. 120)

Der interessante Punkt: In jeder historischen Situation war der Verweis auf Innovation, die gesellschaftlich wertvollen Talente usw. nur genehm, um bestehende Ungleichheit zu legitimieren und um vor deren Reduzierung zu warnen: Das würde wirtschaftliche Dynamik kosten.

Mit Pikettys Zusatz „wie groß sie auch sein (...) mochte“ wird dieses Argument jedoch in gewisser Weise bloßgestellt: Denn die Ungleichheit war, wie Piketty ausführlich zeigt, zu unterschiedlichen Zeiten sehr unterschiedlich ausgeprägt. Und dennoch war sie dem kritisierten Argument zufolge immer genau so groß, wie sie mindestens sein musste, um allen Wohlfahrt zu bringen.

Piketty rückt das Argument mit Fingerzeig auf den Kontrast zwischen historischer Kontinuität des Rechtfertigungsmusters und der sehr bewegten Geschichte der empirischen Ungleichheitsentwicklung in ein anderes Licht: Wer heute

sagt, Ungleichheit sei nötig für die Innovationskraft unserer Wirtschaft und dabei weiß: Das haben die Gewinner der Ungleichheit schon immer gesagt, der wird vielleicht noch einmal neu über diese Rechtfertigung von Privilegien nachdenken.

Die libertären Wurzeln einer verbreiteten Ungleichheitsrechtfertigung

Ein weiteres Argument, das häufig zur Rechtfertigung von Ungleichheit herhalten muss, ist die Ablehnung staatlicher „Interventionen“ in den Marktprozess mit dem **Verweis**³ auf die Freiheit des Einzelnen. Ungleichheit sei eben ein hinzunehmendes Resultat einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die Freiheit garantiere – je weniger staatliche „Eingriffe“, desto mehr Freiheit. Der politische Philosoph G. A. Cohen hat diese Argumente ausführlich **unter die Lupe genommen**⁴.

Im Kern geht es Cohen dabei um eine Auseinandersetzung mit sogenannten libertaristischen Positionen, die einen „Nachtwächterstaat“ befürworten und die zunächst einmal nur von sehr wenigen geteilt werden. Cohen wirft den Libertaristen vor, sich in einer Zirkularität zu verstricken: Entweder sie verwenden eine logisch nicht mögliche Definition der Freiheit, oder das, was sie als Freiheit bezeichnen, stimmt nicht mehr mit dem Wert überein, den der Begriff gemeinhin suggeriert.

Warum? Das übliche Verständnis von Freiheit, so Cohen, sei „Abwesenheit von Zwang“. Dies sei unabhängig von irgendwelchen Rechten (denn sonst wäre ein rechtmäßig verurteilter Mörder im Gefängnis ja nicht unfrei). Die Libertaristen nun koppeln aber den Freiheitsbegriff begrifflich an Eigentumsrechte, suggerieren dann jedoch im Sprachgebrauch, es handele sich um jene neutrale, von Rechten unabhängige Freiheitsdefinition.

Cohen weist aber auf die banale logische Wahrheit hin, dass die Freiheit am Privateigentum der einen Person immer eine Unfreiheit aller übrigen an diesem

Eigentum bedeutet. Somit stimmt es, dass der staatliche Schutz dieses Privateigentums Freiheit garantiert – die des Eigentümers/der Eigentümerin. Er setzt jedoch im gleichen Augenblick auch die (mögliche) Unfreiheit aller anderen mit Gewalt durch, nämlich in dem Moment, in dem ich mich gegen den Willen des Eigentümers/der Eigentümerin an dessen Sache vergreifen will.

Weshalb sollte die Auseinandersetzung mit einer sonderbaren philosophischen Extremposition überhaupt interessieren? Cohen betont, dass sich auch in gemäßigteren und weit verbreiteten Varianten dieses Arguments ein rhetorischer Missbrauch des Freiheitsbegriffs verberge. Häufig werde eine vermeintlich „gesunde Mitte“ vertreten: Ein notwendiges Maß an sozialem Ausgleich muss es ebenso geben wie ein Mindestmaß an „Freiheit“. Doch auch diese, oft als „sozialliberal“ bezeichnete Position tappt in die Zirkularitätsfalle des libertären Freiheitsbegriffs. Was sie mit „Mindestmaß an Freiheit“ bezeichnet, müsste eigentlich „Mindestmaß an unreguliertem Markt“ oder so ähnlich heißen.

Warum Freiheit nicht Ungleichheit rechtfertigt

Bezogen auf die Wirtschaftsordnung hat diese begriffliche Genauigkeit Cohens eine wichtige Bedeutung: So ist es nämlich absurd, einen Staat, der nicht oder nur minimal (bspw. um Wettbewerb zu garantieren) in Marktprozesse eingreift, als einen Staat zu bezeichnen, der nicht „interveniert“ und damit Freiheit maximiert. Auch ein Minimalstaat, der „nur“ Eigentum und Marktprozesse schützt, interveniert eben auf diese Weise – mit der Einschränkung der Freiheit der Nicht-EigentümerInnen.

Und somit ist auch Umverteilungspolitik nicht automatisch Politik, die Freiheit reduziert. Im Gegenteil, sie kann möglicherweise die Freiheit vieler vergrößern, auch wenn sie unbestritten die Freiheit derjenigen einschränkt, deren bisheriges Eigentum sie antastet.

Der Verweis auf den Wert der Freiheit taugt daher nicht für ein Argument, das sich a priori gegen Umverteilung richtet. Sowohl mehr als auch weniger

staatliche Eingriffe in Marktprozesse vergrößern und reduzieren Freiheit zugleich. Es ist eine empirische und dann normative Frage, welche konkrete Variante staatlicher Politik der Freiheit aller – wohlgemerkt nicht nur der Freiheit der Reichen! – eher zugutekommt.

Blumenstrauß an Rechtfertigungsmustern – weil es ans Eingemachte geht

Gerne springen Gegner der Umverteilung zwischen den Argumenten. Kommen sie mit dem Argument der wirtschaftlichen Dynamik nicht weiter, verweisen sie auf den Freiheitsbegriff – und andersherum. Je mehr Rechtfertigungsmuster, desto besser. So wird Ungleichheit mit einer Vielzahl von Rechtfertigungsmustern legitimiert: mit dem Verweis auf vermeintliche Chancengleichheit, auf den Wert der Freiheit als vermeintliches Verfahrensprinzip, mit dem Verweis auf die vermeintliche Natur des Menschen als Grund, warum Ungleichheit ökonomische Dynamik schaffe, und so weiter und so fort. Es gibt gute Argumente auch der Gegner der Umverteilung, und es ist eine Debatte, die sicher nie abzuschließen sein wird.

Es ist jedoch umso wichtiger, vermeintliche Selbstverständlichkeiten zu enttarnen. Und man sollte bei alledem nie vergessen, warum viele Gegner der Umverteilung tatsächlich gegen Umverteilung sind: ganz einfach, weil es ans Eingemachte geht.

¹ Verteilungsfrage.org (2014): Sonderseite: Thomas Piketty – Das Kapital im 21. Jahrhundert. <http://verteilungsfrage.org/piketty/#top>

² Verteilungsfrage.org (2014): Weekly Piketty 6: Über Wachstumsraten. <http://verteilungsfrage.org/2014/11/weekly-piketty-6-ueber-wachstumsraten/>

³ Schäfler, Frank (2015): Freiheit bedeutet Ungleichheit. In: Deutscher Arbeitgeber Verband. http://www.deutscherarbeitgeberverband.de/aktuelles/2015/2015_02_18_dav_aktuelles_freiheit_ungleichheit.html

⁴ Bank, Julian (2014): Warum Freiheit nicht Ungleichheit rechtfertigt. Verteilungsfrage.org. <http://verteilungsfrage.org/2014/10/warum-freiheit-nicht-ungleichheit-rechtfertigt/>

Wir meinen Millionäre: Aber wer ist das?

Michael Ertl

Junge Familien mit Einfamilienhaus in der Idylle, kleine Familienbetriebe, in denen der Chef (und seltener die Chefin) jede/n beim Vornamen anspricht und zu Weihnachten ein persönliches Geschenk überreicht. Beschleicht Sie der Verdacht, dass hier sehr wohlhabende Haushalte beschrieben werden? Stellen Sie sich so den idealtypischen Millionärshaushalt vor, also einen Haushalt, der nach Abzug sämtlicher Schulden zumindest eine Million Euro besitzt? Die Interessenvertretungen von Kapital- und VermögensbesitzerInnen möchten uns das auf großen Plakatwänden einreden. Doch die Daten zeigen: Dieses Bild trifft nicht die Realität, denn **Millionärshaushalte sehen ganz anders aus**¹.

Die Nationalbank-Daten des HFCS (Household Finance and Consumption Survey) 2010 belegen, dass es zwar nicht viele Millionärshaushalte in Österreich gibt, diese aber über einen sehr großen Anteil des Gesamtvermögens verfügen. Sie repräsentieren etwa 170.000 von rund 3,77 Mio. Haushalten in Österreich, was grob gerundet ein Zwanzigstel aller Haushalte entspricht. Sie können knapp die Hälfte des gesamten Nettovermögens ihr Eigen nennen. Da superreiche Haushalte in Vermögenserhebungen erfahrungsgemäß unterrepräsentiert sind, kann diese Untererfassung am oberen Verteilungsrand mittels fundierter Statistik korrigiert werden. Dann besitzen die **reichsten fünf Prozent etwa 58 Prozent des Vermögens**². Im Umkehrschluss bedeutet das: 95 Prozent aller Haushalte besitzen weniger als eine Million Euro Nettovermögen.

Sozioökonomische Charakteristika der Millionärshaushalte

Unterscheiden sich Millionärshaushalte³ nun von den restlichen 95 Prozent in Bezug auf Bildung, Alter, Haushaltsgröße und ähnliche Aspekte im Vergleich zur gesamten Bevölkerung?

Bevor auf das Inhaltliche eingegangen werden kann, muss an dieser Stelle noch auf Methodisches hingewiesen werden: Während Vermögen im HFCS einem Haushalt zugeordnet wird, hat ein Haushalt an sich keinen Bildungsgrad, sondern nur die einzelnen Haushaltsmitglieder. Somit muss eine Auswahl getroffen werden, welche Person mit ihren sozioökonomischen Charakteristika den gesamten Haushalt repräsentiert. Alle Berechnungen wurden mit unterschiedlichen Konzepten für diese Wahl durchgeführt: die Person mit dem höchsten Einkommen, dem höchsten Bildungsabschluss, dem höchsten Alter und die Person, mit der die HFCS-Erhebung durchgeführt wurde. Unabhängig von dieser Auswahl bleiben die Ergebnisse allerdings qualitativ unverändert.

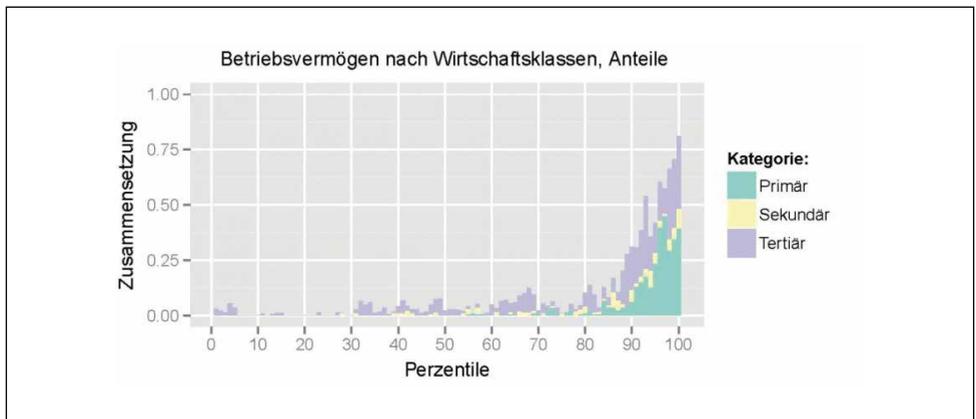
Wer sind nun die Millionärshaushalte? Auch wenn innerhalb der reichsten fünf Prozent eine Heterogenität herrscht, gibt es einige Charakteristika, die diese Gruppe vom Durchschnitt der Bevölkerung abheben (abgesehen vom Vermögen natürlich). Millionärshaushalte sind vor allem in selbstständigen Berufen tätig und machen hier einen Anteil von etwa 42 Prozent aus (zum Vergleich: Der Anteil der Gesamtbevölkerung in der Selbstständigkeit beläuft sich auf neun Prozent). Spiegelverkehrt verhält es sich mit unselbstständig Beschäftigten: Während der Anteil in der Gesamtbevölkerung bei etwa 46 Prozent liegt, beträgt er unter den Millionärshaushalten nur rund 20 Prozent. Die selbstständigen MillionärInnen sind vor allem in akademischen und technischen Berufen tätig, interessanterweise aber auch besonders oft in der Landwirtschaft (etwa 10-mal häufiger im Vergleich zur Gesamtbevölkerung). Auch bezüglich der Bildungsniveaus gibt es ein klares Bild: Der Anteil von AkademikerInnen unter den Millionärshaushalten ist fünfmal so groß wie in der Gesamtbevölkerung.

Quellen des Reichtums oder: Liebe vergeht, Hektar besteht

Doch die eigentlichen Alleinstellungsmerkmale der obersten fünf Prozent sind eindeutig Erbschaften und Unternehmensbeteiligungen. Während in der unteren Hälfte der Haushalte – wenn überhaupt – fast ausschließlich (relativ wenig) Geld vererbt wird, spielen geerbte Hauptwohnsitze (aber auch Finanzvermögen)

in der oberen Hälfte eine immer größer werdende Rolle für das Gesamtvermögen. Erst sehr weit oben in der Verteilung werden sowohl der Hauptwohnsitz als auch nennenswerte weitere Vermögenswerte gemeinsam geerbt. Etwa drei Viertel der Millionärshaushalte haben bereits ein Erbe erhalten, das neben Geldvermögen auch Immobilien und weiteres Vermögen (Unternehmen, Wertpapiere, Kunst etc.) beinhaltet. Die reichsten fünf Prozent der Haushalte haben nach heutigem Wert im Durchschnitt ein Vermögen von ungefähr 800.000 Euro geerbt. Erst vor Kurzem **bestätigte eine Studie**⁴: Die ungleiche Verteilung von Erbschaften ist der größte Treiber der gesamten Vermögensungleichheit.

Unternehmensbeteiligungen⁵ spielen in den reichsten fünf Prozent mit zunehmendem Ausmaß eine gewichtige Rolle, **auch für die laufenden Einkommen**⁶. In der folgenden Abbildung ist der Anteil der Haushalte mit Unternehmensbeteiligungen nach den drei Wirtschaftssektoren abgebildet. Ab dem 90. Perzentil steigt der Anteil der Haushalte mit Unternehmensbesitz deutlich an, vor allem in der Landwirtschaft (primärer Wirtschaftssektor). Unter den Millionärshaushalten sind somit elfmal häufiger Haushalte mit landwirtschaftlichem Betriebsvermögen zu finden als in der Gesamtbevölkerung.



Quelle: HFCS, eigene Berechnungen

Fazit

Die Auswertungen zu den sozioökonomischen Charakteristika der Vermögensverteilung zeigen, dass die Kampagnen mit jungen Familien und kleinen Tischlereibetrieben nicht das wahre Gesicht von Millionärshaushalten zeichnen, sondern die tatsächlichen Zustände verschleiern. Mit nur einem (abbezahlten) Einfamilienhaus kommt kaum jemand unter die Millionärshaushalte. Vielmehr sind es große Unternehmensbeteiligungen oder erkleckliche Erbschaften, die diese Gruppe charakterisieren. Eine Besteuerung der Vermögen von sehr reichen Haushalten mit mehr als einer Million Euro Nettovermögen betrifft also lediglich fünf Prozent der Bevölkerung – und damit keinesfalls die Mittelschicht (die es bei Vermögen aber ohnehin **nicht wirklich gibt**⁷).

¹ Humer, Stefan et al. (2014): Sozioökonomische Charakteristika der Millionärshaushalte in Österreich. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 40. Jahrgang (2014), Heft 4. http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2014_40_4/2014_40_4_0649.pdf

² Schütz, Bernhard (2013): Unterschätzung der Vermögensungleichheit durch Untererfassung der reichsten Haushalte. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/unterschätzung-der-vermögensungleichheit-durch-untererfassung-der-reichsten-haushalte/>

³ Humer, Stefan et al. (2014): Sozioökonomische Charakteristika der Vermögensverteilung in Österreich – eine Analyse des HFCS 2010. In: *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* Nr. 136. http://media.arbeiterkammer.at/wien/MWUG_Ausgabe_136.pdf

⁴ Leitner, Sebastian (2015): Erbschaften und Schenkungen – Hauptursachen für Vermögensungleichheit. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/erbschaften-und-schenkungen-hauptursachen-fuer-vermögensungleichheit/>

⁵ Rehm, Miriam (2013): Zahlt die Mittelschicht Vermögenssteuern auf Unternehmensbeteiligungen? <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/mittelschicht-vermogenssteuern-auf-unternehmensbeteiligungen/>

⁶ Ertl, Michael (2014): Bei Vermögenseinkommen gibt es keinen Mittelstand. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/bei-vermögenseinkommen-gibt-es-keinen-mittelstand/>

⁷ Rehm, Miriam/Schnetzer, Matthias (2015): Wo bleibt die Mittelschicht? <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-03/vermoege-reiche-erbschaften>

Radikaler Reformismus in der wissenschaftlichen Verteilungsdebatte

Matthias Schnetzer

Wenn Sir Tony Atkinson ein Buch schreibt, ist ihm die Aufmerksamkeit der wirtschaftswissenschaftlichen Zunft gewiss. In „**Inequality: What can be done?**“¹ trägt der Doyen der Verteilungslehre seine zentralen Forschungsergebnisse zusammen und schlägt eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor. Auch wenn die von Atkinson, der auch im wissenschaftlichen Beirat des WU-Forschungsinstituts **Economics of Inequality**² (INEQ) ist, vorgeschlagenen Mittel im Detail diskutierbar sind, so ist ihr Ziel klar: eine gleichere Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen.

Seit der Veröffentlichung von „**Das Kapital im 21. Jahrhundert**“³ von Thomas Piketty muss jeder ernsthafte Debattenbeitrag zu Verteilungsfragen **polit-ökonomische Überlegungen**⁴ berücksichtigen. Atkinson nimmt diese Herausforderung in seinem neuen Buch nicht nur an, sondern er schafft **konkrete Anknüpfungspunkte**⁵ für die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung mit der Verteilungsproblematik. Sein Schüler Piketty bezeichnet das 15 Maßnahmen umfassende Paket als „**radikalen Reformismus**“⁶ – aber was soll das sein? Sind radikale Veränderungen und schrittweise Reformen der herrschenden Verhältnisse nicht zwei unterschiedliche Zugänge zu Wirtschaftspolitik?

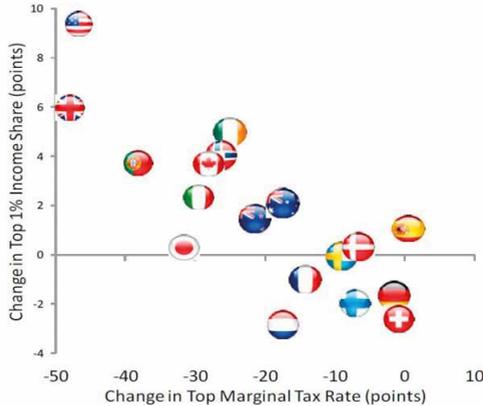
Was heißt radikal?

Radikalismus scheint in der wirtschaftspolitischen Diskussion unterschiedlich definiert zu werden. So gelten Forderungen, deren Umsetzung als nicht realistisch erachtet wird, als radikal. Demnach ist Piketty mit seiner Forderung nach einer globalen Vermögenssteuer utopisch oder radikal, während Atkinson seine Maßnahmen auf nationaler Ebene ansetzt und als realistischer oder weniger ra-

dikal bezeichnet wird. Das widerspricht jenem Verständnis von Radikalität, nach dem eine Problemstellung an der Wurzel angepackt wird, also Wurzelbehandlung statt Symptombekämpfung betrieben wird. Demzufolge gilt wohl weder eine globale noch eine nationale Vermögenssteuer als radikal, solange sie die Besitzverhältnisse nicht substanziell ändert. Schließlich verwendet auch die politische und ökonomische Elite einen Radikalismus-Begriff: Hier wird jeder noch so vorsichtige Versuch einer Korrektur der Verteilungsschieflage als radikal diffamiert. Die Ideen von Piketty und Atkinson werden somit von konservativer Seite – unter anderem auch **bei den Wirtschaftsgesprächen in Alpbach**⁷ – immer wieder als radikal bezeichnet.

Dabei bestätigen neue wissenschaftliche Erkenntnisse, dass sich die Verteilungssituation immer mehr zuspitzt. Die OECD warnt in einem aktuellen Bericht vor gesellschaftlicher Polarisierung und sozialen Spannungen, weil die **unteren 40 Prozent der Einkommensverteilung sukzessive abgehängt**⁸ werden. Der IWF kommt jüngst zum Ergebnis, dass die Zugewinne bei den obersten Einkommenschichten nicht nach unten „sickern“ und der „**Trickle-Down-Effekt**“ ein **Mythos**⁹ ist. Die Daten zeigen auch, dass politische Entscheidungen für die steigende Ungleichheit mitverantwortlich sind: Es gibt einen starken Zusammenhang zwischen der Senkung der Spitzensteuersätze und dem steigenden Einkommensanteil des Top-1-Prozent (siehe Abbildung). Diese einschneidenden Entwicklungen – das Davonziehen des obersten Verteilungsrandes, das Zurückbleiben breiter Bevölkerungsteile – erfordern drastische Gegenmaßnahmen.

Veränderung der Spitzensteuersätze und des Einkommensanteils des Top-1% (1964–2009)



Quelle: IWF 2015.

Wie kann Wirtschaftswissenschaft radikal sein?

Wirtschaftswissenschaft soll in dem Sinne radikal sein, in dem sie die Wurzeln und Hintergründe ökonomischer Problemstellungen erforscht und offenlegt, anstatt sie durch mathematische Modelle oder ideologische Erklärungsmuster zu verwässern. Insofern sind Piketty und Atkinson sicherlich die herausragenden Vertreter ihrer Disziplin, weil sie die polit-ökonomischen Ursachen von Ungleichheit im Kapitalismus anhand reichhaltiger Daten analysieren.

Aber es geht auch darum, eine klare Sprache zu sprechen. Klar zu sagen, dass eine Steuer auf sehr große Vermögen, die nicht die Substanz, sondern nur einen Teil der Erträge abschöpft, die Vermögensverhältnisse nicht nachhaltig verändert. Dass Erbschaften nicht nur ungleich verteilt sind, sondern dass leistungslose Vermögenszuwächse den **Legitimationsversuch von Ungleichheit über Leistung schwächen**¹⁰ und gesellschaftliche Verhältnisse einzementieren. Dass das Geld in den Tresoren der Reichen nicht neutral ist, sondern auch wirtschaft-

liche und politische Macht (bspw. durch Lobbying) mit sich bringt. Dass die politische Macht gezielt dazu eingesetzt wird, die großen Vermögen abzusichern und Umverteilungsmaßnahmen zu blockieren. Dass eine Steuersenkungspolitik für Spitzeneinkommen keinen Trickle-Down-Effekt für die unteren Einkommensschichten auslöst. Dass das oberste Prozent – **und noch stärker das reichste Promille**¹¹ – über Generationen hinweg Dynastien aufbaut, die Macht und Geld für eine Elitenorientierung der Wirtschaftspolitik einsetzen. Dass die **Verteilungsfrage implizit auch die Eigentums- und Produktionsverhältnisse**¹² in den Fokus rückt. Diese Radikalität der Darlegung von Tatsachen sollte ein Anspruch der Wirtschaftswissenschaft sein, da nur so die Grundlage für eine informierte politische Debatte geschaffen werden kann. Piketty und Atkinson erfüllen diesen Anspruch in den jüngst erschienenen Büchern nur teilweise.

Dies führt zur Frage, ob sich die Forderungen der Verteilungsforschung an den realen Machtverhältnissen der Wirtschaftspolitik orientieren sollen oder eine Vision von Gesellschaft und Ökonomie vermittelt werden soll. Das Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch werturteilsfreier Wissenschaft und dem Wunsch politischer Gestaltung ist eine seit mehr als 200 Jahren intensiv geführte Debatte in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Tony Atkinson gibt sich defensiv, im Buchtitel heißt es „What can be done“ und nicht „What shall be done“, seine Forderungen nennt er Vorschläge. Es scheint, dass der wissenschaftliche Befund das Verteilungsproblem an den Macht- und Eigentumsverhältnissen ausmacht, die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen aber außerhalb der realpolitischen Spielräume liegen. Aber muss es nicht auch ein Ziel der radikalen Wirtschaftswissenschaft sein, den Diskurs zu verschieben, die herrschenden Verhältnisse herauszufordern, das Udenkbare denkbar zu machen?

Institutsgründung schafft Möglichkeiten

Die Debatte über die Verteilung ökonomischer Ressourcen hat sich in den letzten Jahren massiv intensiviert. Ein 1997 erschienener Artikel von Tony Atkinson trug den Namen „Bringing income distribution in from the cold“, nachdem Verteilung in den Jahrzehnten zuvor kaum ein Thema in der Wirtschafts-

wissenschaft war. Eine steigende Anzahl an ForscherInnen widmet sich diesem Thema und analysiert auch das polit-ökonomische Fundament von Ungleichheit. Auch interdisziplinäre Ansätze zur Erforschung des Zusammenhangs zwischen Vermögensungleichheit und Machtungleichgewichten in politischen Entscheidungsprozessen werden zunehmend verfolgt.

In der österreichischen Verteilungsforschung nimmt das im Herbst 2015 eröffnete Forschungsinstitut INEQ zweifelsfrei eine wichtige Position ein. Die ForscherInnen haben langjährige Expertise im Bereich der Einkommens- und Vermögensverteilung und sind sich der **gesellschaftlichen Relevanz ihres Forschungsgebiets**¹³ bewusst. Das Forschungsgebiet des Instituts erstreckt sich über ökonomische, ökologische und soziale Dimensionen von Ungleichheit und lässt auf spannende Ergebnisse hoffen. Es wird die Aufgabe der WissenschaftlerInnen sein, mittels fundierter wissenschaftlicher Analysen sachliche Beiträge zum öffentlichen Diskurs zu leisten. Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik wird es sein, die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse in radikale Reformmaßnahmen für eine gerechtere Gesellschaft zu übersetzen.

¹ Atkinson, Antony (2015): Inequality: What can be done? <http://www.hup.harvard.edu/catalog.php?isbn=9780674504769>

² WU-Wien: Forschungsinstitut Economics of Inequality. <http://www.wu.ac.at/ineq/>

³ Piketty, T. (2014): Capital in the Twenty-first Century. Harvard University Press. <http://www.besserewelt.at/capital-the-twenty-first-century>

⁴ Kapeller, Jakob (2014): Die Rückkehr des Rentiers. In: Wirtschaft und Gesellschaft 40. Jahrgang (2014), Heft 2. http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2014_40_2/2014_40_2_0329.pdf

⁵ Atkinson, Antony (2015): The 15 Proposals from Tony Atkinson's „Inequality – What can be done?“. <http://www.tony-atkinson.com/the-15-proposals-from-tony-atkinsons-inequality-what-can-be-done/>

⁶ Piketty, Thomas (2015): A Practical Vision of a More Equal Society. In: The New York Review of Books. <http://www.nybooks.com/articles/2015/06/25/practical-vision-more-equal-society/>

⁷ Erdl, Michael (2015): Forum Alpbach 2015: Ungleichheit. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/forum-alpbach-2015-ungleichheit/>

⁸ OECD (2015): In It Together: Why Less Inequality Benefits All. OECD Publishing, Paris. <http://www.oecd.org/social/in-it-together-why-less-inequality-benefits-all-9789264235120-en.htm>

⁹ Dabla-Norris, Era et al. (2015): Causes and Consequences of Income Inequality: A Global Perspective. In: IMFSTAFFDISCUSSIONNOTE (June 2015). <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2015/sdn1513.pdf>

¹⁰ Schürz, Martin (2014): Vautrins Lehrstück. In: Wirtschaft und Gesellschaft 40. Jahrgang (2014), Heft 3. http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2014_40_3/2014_40_3_0495.pdf

¹¹ Schnetzer, Matthias (2015): Die Wiedergeburt der Ein-Promille-Gesellschaft. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/ein-promille-gesellschaft/>

¹² Rehm, Miriam/Schnetzer, Matthias (2015): Thema: Vermögensungleichheit, Kapitalismus und Demokratie; Aktuelle Debatte: Perspektiven und Grenzen Pluraler Ökonomie. In: BEIGEWUM <http://www.beigewum.at/2015/09/der-kurswechsel-2-2015-ist-erschienen/>.

¹³ Blatakes, Saskia (2015): Wenn die Mittelschicht verarmt. In: Wiener Zeitung http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wien/stadtleben/774392_Wenn-die-Mittelschicht-verarmt.html.

Ungleichheit macht krank – besonders MigrantInnen

Josef Wallner

Dass Ungleichheit und Armut ungesund sind, wissen wir eigentlich schon längst. Der sarkastische Kalauer „Lieber reich und gesund als arm und krank“ spricht ja davon. Und zudem gibt es dazu ausreichend empirische Evidenz. Dass MigrantInnen davon ganz besonders betroffen sind, überrascht auch nicht besonders, bisher gab es jedoch noch keine systematische Erforschung des Themenkomplexes Gesundheit und Migration. Nun liegt dazu eine **Literaturstudie der „Gesundheit Österreich GesmbH“¹** vor, die im Auftrag von Arbeiterkammer Wien und Gesundheitsministerium erstellt worden ist.

Das Gesundheitssystem ist ein zentraler Bereich jedes funktionierenden Sozialstaates

Jedes System ist aber nur so gut, wie sehr es in der Lage ist, seine AdressatInnen zu erreichen. Und dazu zählen immer stärker eben auch Menschen, die nicht schon seit Generationen im Land leben. In Österreich als Einwanderungsland betrifft das immerhin schon jede/n Fünfte/n, in Wien sogar 40 Prozent der Bevölkerung. Nachdem aus anderen Studien hervorgeht, dass sich die Situation von MigrantInnen in vielen Lebensbereichen ungünstiger darstellt als jene der Gesamtbevölkerung (vgl. z. B. die im Auftrag der Arbeiterkammer Wien erstellte Studie „**Beschäftigungssituation von Personen mit Migrationshintergrund in Wien**“² von Andreas Riesenfelder, Susanne Schelepa und Petra Wetzels, Wien 2011), lag es nahe, auch den Gesundheitsbereich näher zu untersuchen. Die wichtigsten Fakten zeigen:

MigrantInnen sind sozial schlechter gestellt und weniger gesund

Generell zeigt die ausgewertete Literatur nicht nur für Österreich, dass ein schwacher sozioökonomischer Status mit einer schlechteren Gesundheitslage einhergeht. Das hat viele Gründe: höhere Arbeitsbelastung, geringeres Einkommen, schlechtere Ernährung. Vor allem der erhöhte psychische Druck durch kaum vorhandene Autonomie am Arbeitsplatz macht verstärkt krank. MigrantInnen sind nun deutlich mehr als die Gesamtbevölkerung solchen negativen Arbeits- und Sozialbedingungen ausgesetzt. Fast die Hälfte der eingebürgerten Menschen mit Migrationshintergrund und 60 Prozent der ausländischen StaatsbürgerInnen (ohne EU/EFTA) arbeiten als Hilfskräfte mit niedrigem Einkommen (ohne Migrationshintergrund: „nur“ 17 Prozent). Das trifft vor allem Menschen mit den Herkunftsregionen Türkei und Exjugoslawien.

Die Auswirkungen werden z. B. an folgenden Aussagen deutlich

Zustimmung zu „Ich fühle mich gesundheitlich gut oder sehr gut“		
	Männer	Frauen
Mit MH (Ex-Jugoslawien, Türkei)	67%	62%
Ohne MH	80%	79%
Über „erhebliche Schmerzen im letzten Jahr“ klagten		
	Männer	Frauen
Mit MH	41%	44%
Ohne MH	34%	39%
Zahngesundheit – Kariesfreies Gebiss mit 12 Jahren:		
	Gesamt	
Mit MH	29%	
Ohne MH	53%	
Beurteilung der Lebensqualität auf einer Skala von 0 bis 100 (100 = perfekt)		
Allgemeine Lebensqualität	Männer	Frauen
Mit MH (Ex-Jugoslawien, Türkei)	69,3%	67,7%
Ohne MH	76,5%	74,9%
Psychische Bereich	Männer	Frauen
Mit MH (Ex-Jugoslawien, Türkei)	73,8%	67,6%
Ohne MH	79,2%	74,2%

Der Zugang zum Gesundheitssystem ist für MigrantInnen schwieriger

Auch wenn für sozialversicherte MigrantInnen der Zugang zum Gesundheitssystem über die E-Card eigentlich schnell und einfach geht, gibt es für sie besondere Hürden, um im Gesundheitssystem zurechtzukommen, dazu zählen:

- » Sprachliche Barrieren.
- » Kulturelle Barrieren und Tabus.
- » Unterschiedliche Auffassungen von Krankheit, etwa ein ganzheitlicher Ansatz im Gegensatz zur isolierten Behandlung von einzelnen Beschwerden, was im Gesundheitssystem der westlichen Industrieländer verbreitet ist.

Zwei für die Gesundheitsvorsorge wichtige Untersuchungen machen den Unterschied im Zugang zum System deutlich (Quelle: ATHIS-Gesundheitsbefragung Untersuchung, Statistik Austria 2006/2007):

Eine Mammografie-Untersuchung im Jahr vor der Befragung haben ... besucht:

- » 52 % der Frauen mit Migrationshintergrund (Türkei und Exjugosl., Alter: 40 plus)
- » 70 % der Frauen ohne Migrationshintergrund (Alter: 40 plus)

Eine Prostata-Untersuchung im Jahr vor der Befragung haben ... besucht:

- » 18 % der Männer mit Migrationshintergrund (Türkei und Exjugosl., Alter: 40 plus)
- » 51 % der Männer ohne Migrationshintergrund (Alter: 40 plus)

Diskriminierung ist ein Krankmacher, aber Tabuzone für die Forschung?

Während es in klassischen Einwanderungsländern wie etwa den USA oder Kanada schon umfangreiche Studien zum Zusammenhang zwischen Diskriminierungserfahrungen und dem gesundheitlichen Wohlbefinden gibt, gibt es in Österreich bisher nur eine Studie zu bosnischen Jugendlichen. Diese belegt, dass Diskriminierungserfahrungen dieser Jugendlichen mit gesundheitlichen Problemen einhergehen. Studien aus klassischen Einwanderungsländern weisen darauf hin, dass sich Diskriminierungserfahrungen stärker negativ auf die Gesundheit auswirken als etwa ein niedrigeres Einkommen. Aus Gesprächen mit Betroffenen geht hervor, dass es vor allem um die allgemeinen gesellschaftlichen Diskriminierungserfahrungen geht, die nachhaltig „kränken“ und auf Dauer durch negativen Stress psychisch und psychosomatisch auch tatsächlich krank machen.

Mehr Diversität im Gesundheitswesen gebraucht

Die Studie zeigt aber auch, dass es in Österreich durchaus schon eine Vielzahl an Unterstützungseinrichtungen und einige Ansätze für Diversität im Gesundheitswesen gibt. Exemplarisch zeigen dies drei von über 80 erhobenen Beispielen:

- » **migrant-friendly hospitals**³: Unter diesem Titel wurde ein EU-Pilotprojekt in zwölf EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. In Österreich war das Kaiser-Franz-Josef-Spital in Wien beteiligt. Ziel war, Diversitätsorientierung im Spital einzuführen. Damit soll die Spitalsdienstleistung auch unter der Bedingung einer zunehmend kulturell diversen Klientel gut bewältigbar werden.
- » **Projekt Nachbarinnen**⁴: Dieses niederschwellige Projekt für Menschen mit Migrationshintergrund soll helfen, interkulturelle Barrieren leichter zu überwinden. Außerdem sollen Selbsthilfekompetenz und Gesundheitsbewusstsein gestärkt werden.
- » **MiMi-GesundheitslotsInnen**⁵: In einem zertifizierten Lehrgang werden sozial engagierte MigrantInnen zu „GesundheitslotsInnen“ ausgebildet

(Themen: Gesundheitssystem, Gesundheitsbewusstsein, migrationspezifische Problemstellungen).

Was muss nun weiter geschehen?

Wenn von 100 in Österreich lebenden Menschen bereits 20 einen sogenannten „Migrationshintergrund“ haben, dann muss die Gesundheitsreform dieses Thema explizit aufgreifen.

Vorsorge heißt nicht nur Verhaltensprävention, sondern vor allem Prävention der Verhältnisse: Weil Gesundheit und Wohlbefinden vor allem mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Menschen und mit der Situation am Arbeitsplatz eng zusammenhängen, muss eine moderne Gesundheitspolitik besonders diejenigen miteinbeziehen, die mit weniger Einkommen, weniger Bildung und oft bedingt durch ein hartes Arbeitsumfeld besonders mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen haben. Und: Eine inklusive Wirtschafts-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik ist die Grundlage jeder erfolgreichen Gesundheitspolitik.

Mehr Diversität im Gesundheitswesen: Wenn die Gesellschaft vielfältig ist, müssen das auch ihre Institutionen werden. Auch das Gesundheitssystem. Da passiert auch schon einiges, es fehlt aber ein durchgängiges Prinzip in Personalisierung, Organisation und Kommunikationswesen. Für die PatientInnen braucht es Erleichterungen beim Zugang. Bisher gibt es dafür einzelne Modelle. Jetzt wäre es Zeit für den nächsten Schritt zu einem Gesamtkonzept. Die Erfahrungen von Pilotprojekten wie den „migrant-friendly hospitals“ könnten dabei als Anregung genutzt werden.

Gute Rahmenbedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen: Das Wichtigste in jedem System sind die Menschen, die es tragen. Die Beschäftigten im Gesundheitssystem tragen die Herausforderungen einer sich immer stärker diversifizierenden Gesellschaft bereits jetzt mit großem Engagement. Sie brauchen aber zusätzliche Unterstützung. Dazu zählen entsprechende Aus- und Wei-

terbildungsangebote, aber auch eine entsprechende Organisationsanpassung des Arbeitsalltags, die den neuen Herausforderungen Rechnung trägt. Und außerdem braucht es zusätzliche personelle Unterstützung, um den Mehraufwand aufzufangen. Hier sind die Spitalsverwaltungen gefordert und die öffentlichen Kassen, denn diese Verbesserungen kosten auch Geld.

Systematisierung und Ausbau von Projekten „Hilfe zur Selbsthilfe“: Praxisprojekte wie „MiMi-GesundheitslotsInnen“ oder „Nachbarinnen“, die der Stärkung von Gesundheitsbewusstsein von Menschen mit Migrationshintergrund und der Selbsthilfekompetenz bei der Überwindung von kulturellen Schranken dienen, müssen unterstützt und ausgebaut werden.

Schließen der Forschungslücken: Die Studie gibt einen ersten Überblick über die Aufgaben und Herausforderungen, die ein Gesundheitssystem auch gegenüber den Patientinnen und Patienten mit Migrationshintergrund leisten muss. Sie zeigt aber auch, dass noch viel Forschungsbedarf besteht, um genauer Bedürfnisse und Möglichkeiten für das Gesundheitssystem im Umgang mit Migrantinnen und Migranten festzustellen.

¹ Vgl. Migration und Gesellschaft. Wissenschaftlicher Ergebnisbericht. Im Auftrag der Arbeiterkammer Wien und des Gesundheitsministeriums. Jänner 2015. http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Bericht_Migration_und_Gesundheit.pdf

² Vgl. L&R Sozialforschung: Beschäftigungssituation von Personen mit Migrationshintergrund in Wien. Jänner 2012. http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Bericht_Migration_und_Gesundheit.pdf

³ Vgl. <http://www.mfh-eu.net/public/home.htm>

⁴ Vgl. <http://www.nachbarinnen.at/>

⁵ Vgl. http://www.volkshilfe-wien.at/mimi_gesundheitslotsInnen

Verteilungswirkung von Selbstbehalten

Helmut Ivansits & Werner Pletzenauer

Unter dem Eindruck steigender Ausgaben im Gesundheitswesen wurden in den 1980er- und 1990er-Jahren weltweit Kostenbeteiligungen (Selbstbehalte) bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen eingeführt. Dennoch ist der Anteil der Selbstbehalte an den Gesundheitsausgaben der OECD-Staaten relativ gering geblieben; die meisten Staaten geben weiterhin der beitragsfinanzierten Sozialversicherung oder steuerfinanzierten Gesundheitsversorgungssystemen den Vorzug vor hohen Selbstbehalten.

Auch die gesetzliche Krankenversicherung (KV) in Österreich kennt Selbstbehalte (bei Medikamenten, Heilbehelfen, Hilfsmitteln und in Form von Kostenbeiträgen bei der Anstaltspflege, im Bereich des GSVG, BSVG und B-KUVG auch bei der ärztlichen Hilfe); für sozial schwächere Versicherte sind Begrenzungen (Rezeptgebührenbefreiung, Rezeptgebührenobergrenze) vorgesehen.

Die österreichische Gesundheitsausgabenquote (Gesundheitsausgaben in Prozent des BIP ohne Langzeitpflege) liegt bei 9,3 Prozent (2013: 30 Mrd. Euro). Rund 25 Prozent entfallen auf private Gesundheitsausgaben. Ein Teil davon sind Selbstbehalte in der gesetzlichen KV (rund 800 Mio. Euro).

Der wissenschaftliche Diskurs über Selbstbehalte in öffentlichen Gesundheitssystemen

Eine von der Arbeiterkammer durchgeführte Literaturrecherche ergibt, dass die Diskussion über den Wert von Selbstbehalten im Gesundheitswesen etwa um 2004 den Höhepunkt erreicht hat. Der Diskurs führte zum Ergebnis, dass Selbstbehalte gesundheitspolitisch negative Folgen nach sich ziehen. Es liegen

empirisch abgesicherte Erkenntnisse vor, dass sich 1. Selbstbehalte auf Aspekte sozialer Gerechtigkeit nachteilig auswirken, 2. die ökonomischen Lenkungseffekte äußerst schwach sind und 3. die finanzielle Ergiebigkeit von gegenläufigen Mehrausgaben überlagert wird.

Dieser Befund spiegelt sich in einer Reihe von Studien und in der Einschätzung von Reformen mehrerer Staaten, darunter Schweden, Niederlande, wider. Seither sind Selbstbehalte auch in Österreich kein gesundheitspolitisches Thema mehr. Zuletzt fanden sie jedoch Eingang in das neue Parteiprogramm der ÖVP.

Zielkonflikt und Funktionen von Selbstbehalten

Grundsätzlich werden Selbstbehalte in der KV aus zwei Gründen eingesetzt: Sie sollen Verhaltensänderungen mit dem Ziel auslösen, nur jene Gesundheitsleistungen in Anspruch zu nehmen, die für Diagnostik und Therapie von Krankheiten unverzichtbar sind, um Gesundheitsausgaben nachhaltig zu dämpfen (Lenkungsfunktion); auf der anderen Seite sollen durch Selbstbehalte Mehreinnahmen erschlossen werden (Finanzierungsfunktion).

Grundannahmen der Befürworter von Selbstbehalten und Einwände

Nach Auffassung ihrer Befürworter dämpfen Selbstbehalte den Verbrauch von „unnötigen“ Behandlungen ein oder sollen bewirken, dass kostengünstigere Leistungen in Anspruch genommen werden. Selbstbehalte stellen demnach monetäre Anreize dar, Leistungen (ärztliche Hilfe, Medikamente etc.) vor ihrer Inanspruchnahme auf ihren gesundheitlichen Nutzen zu prüfen. Solche Maßnahmen seien notwendig, weil in beitrags- oder steuerfinanzierten öffentlichen Gesundheitssystemen durch den „kostenlosen“ Zugang zwangsläufig eine überzogene Nachfrage nach Gesundheitsleistungen entsteht. Solche rationalen Entscheidungen setzen jedoch immer voraus, dass der/die KonsumentIn vorher über die Art und Menge der Leistungen und über deren Preis (also „vollständig“) informiert ist, was in den meisten Fällen keine reale Grundlage hat.

Außerdem müssen Selbstbehalte hoch genug sein, um die erwünschten Verhaltensänderungen herbeiführen zu können. Je höher Selbstbehalte aber sind, desto größer ist auch die Gefahr, dass objektiv notwendige Behandlungen zu spät begonnen werden (Zugangsbarrieren).

Diesen Zielkonflikt aufzulösen ist die Quadratur des Kreises: Denn je höher Selbstbehalte sind, desto größer sind auch die negativen Lenkungseffekte, die mit nachteiligen gesundheitlichen Folgen und höheren Krankheitskosten verbunden sind. Die Inanspruchnahme von Leistungen sinkt zwar zunächst mit steigenden Selbstbehalten, es zeigt sich allerdings auch, dass der Finanzierungseffekt nur kurzfristig anhält und schon bald durch höhere Folgekosten nicht oder nicht sachgemäß behandelter Krankheiten wieder zunichtegemacht wird. Die schwedischen Erfahrungen in den 1990er-Jahren mit hohen festen Selbstbehalten für ärztliche Hilfe zeigten, dass vor allem einkommensschwächere Personen vom Arztbesuch abgehalten wurden, obwohl gerade sie das Gesundheitssystem am meisten brauchen. Klar wurde auch, dass Ausnahmen wiederum hohe Verwaltungskosten zur Folge haben. In den Niederlanden wurden Selbstbehalte aus diesen Gründen wieder abgeschafft.

Informationsungleichgewicht und angebotsinduzierte Nachfrage

Verschärft wird dieses Problem noch dadurch, dass PatientInnen in aller Regel nicht in der Lage sind, die richtige Entscheidung über Qualität und Menge der Leistungen zu treffen, zumal sie nicht über die Fachkenntnisse von ÄrztInnen verfügen („asymmetrische Information“). Es ist demnach in erster Linie der Arzt, der die Nachfrage des Patienten bestimmt („angebotsinduzierte Nachfrage“), und nicht der Patient selbst, der allenfalls darüber entscheiden kann, ob er (rechtzeitig) einen Arzt aufsuchen (Erstkontakt) oder abwarten und sich mit Hausmitteln behandeln soll. Auch in diesen Fällen dürfte er als „medizinischer Laie“ in seiner Urteilsfähigkeit, ob die Symptome eine Hilfeleistung durch einen Arzt rechtfertigen oder nicht, überfordert sein. Insbesondere dann, wenn jemand wegen einer schwerwiegenden Erkrankung in ein Spital eingewiesen

wird, sind kaum Handlungsalternativen vorhanden. Selbstbehalte haben daher überhaupt keinen steuernden Effekt auf lebensnotwendige Leistungen. Auch bei der im Jahr 2002 eingeführten, später wieder abgeschafften Ambulanzgebühr konnte die Zahl der Ambulanzbesuche deshalb nicht reduziert werden, weil der Großteil der PatientInnen keine Wahlmöglichkeiten zwischen Ambulanz und niedergelassenen ÄrztInnen hatte.

Die angebotsinduzierte Nachfrage ermöglicht immer auch, dass ein durch einen Selbstbehalt ausgelöster Nachfragerückgang durch Mehrleistungen der behandelnden ÄrztInnen kompensiert werden kann.

Negative Verteilungswirkungen von Selbstbehalten

Selbstbehalte belasten vor allem chronisch Kranke. Nur rund sieben Prozent der Versicherten nehmen 50 Prozent der Leistungen in Anspruch. Es handelt sich dabei vorwiegend um ältere Menschen mit hohem Behandlungsbedarf. Ältere, chronisch Kranke bzw. von Natur aus krankheitsanfälliger Menschen müssen in einem stärkeren Ausmaß Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen.

Selbstbehalte treffen sozial Schwache stärker, weil sie ein höheres Krankheitsrisiko aufweisen. Einkommensschwache müssen daher einen höheren Anteil vom verfügbaren Einkommen für Selbstbehalte aufwenden als Gesunde. Selbst durch eine Deckelung des Selbstbehaltes kann dieser Effekt nicht zur Gänze beseitigt werden. Selbstbehalte treffen überdies unterschiedliche Berufsgruppen nicht gleich. So sind Angehörige von Berufsgruppen mit besonderem Gesundheitsrisiko (z. B. Bauarbeiter) relativ stärker von Selbstbehalten betroffen als andere.

Insgesamt wird durch Selbstbehalte die soziale Gerechtigkeit des Gesundheitssystems unterminiert; es ist nicht fair, Finanzierungslasten der gesetzlichen KV auf Kranke zu verlagern. Das gilt besonders für ältere Menschen, die ihr ganzes Erwerbsleben Beiträge bezahlt haben und dann, wenn sie Leistungen benötigen, „doppelt“ zahlen müssen.

Selbstbehalte verletzen Grundprinzipien des österreichischen Gesundheitssystems

Selbstbehalte widersprechen dem Versicherungsprinzip der Sozialversicherung. Dieses beruht darauf, dass Menschen unabhängig von einem Ereignis und im Voraus für einen eventuellen Versicherungsfall bezahlen, um sich gegen die finanziellen Folgen abzusichern. Selbstbehalte werden erst beim Eintritt eines Gesundheitsproblems fällig. Der Finanzierungseffekt beschränkt sich daher auf Kranke, verschont aber die Gesunden.

Das zeigt auch, dass Selbstbehalte im krassen Widerspruch zum Solidarprinzip der KV stehen, das davon ausgeht, dass die Gesunden für die medizinische Behandlung der Kranken aufkommen. Die Finanzierung erfolgt dabei nach dem „Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“; dabei werden Beiträge vom jeweiligen Arbeitsverdienst eingehoben, die Leistungen jedoch nach dem Bedarf erbracht. Dieses Solidarprinzip wird durch die Pflicht zur Entrichtung eines Selbstbehalts im Erkrankungsfall verletzt („Krankensteuer“). Besonders für kleinere Einkommen ist belastend, dass erhebliche Teile des Haushaltseinkommens für die eigene Gesundheit oder für jene der Familienangehörigen verwendet werden müssen.

Zugleich wird auch das Bedarfsprinzip der KV (Erbringung bedarfsnotwendiger Leistungen) durch Selbstbehalte unterhöhlt, zumal bewusst in Kauf genommen wird, dass infolge der abschreckenden Wirkung von Selbstbehalten vielfach auch Gesundheitsleistungen unterhalb des tatsächlichen Bedarfs erbracht werden könnten.

Da Selbstbehalte ausschließlich Versicherte treffen, entfernt sich die Finanzierung der KV mit jedem neuen Selbstbehalt vom Prinzip der Beitragsparität. Selbstbehalte sind nicht wie SV-Beiträge vor Steuern zu zahlen. Kassen mit Selbstbehalten beim Arztbesuch (SVA, BVA) haben höhere Verwaltungskosten als die Gebietskrankenkassen.

Steuerflucht und Steuervermeidung und der Beitrag von Reichen zur Gesellschaft

Silke Ötsch

Parteien, die mit dem Kostenargument gegen Flüchtlinge polemisieren, befördern andererseits Steuerflucht von Reichen, etwa durch das Eintreten für das Bankgeheimnis. Reiche zu kritisieren ist weniger opportun, obwohl diese nach wie vor überproportional von Steuerflucht und -vermeidung profitieren. Das ist vor allem ein demokratisches Problem. Eine Koalition langfristig agierender Eliten beeinflusst die Gesetzgebung, sodass Gegenstrategien jenseits von Tagesaktualität verfolgt werden sollten.

Reiche profitieren überdurchschnittlich von Steuerflucht und -vermeidung

Die größten Verluste durch Steuerflucht und -vermeidung verursachen multinationale Unternehmen, gefolgt von reichen Privatpersonen. Summen in dreistelliger Milliardenhöhe bis zu einer Bio. Euro werden jährlich in der EU hinterzogen. Vom weltweiten Privatvermögen in Höhe von rund 160 Bio. US-Dollar sind zwischen 21 und 32 Bio. US-Dollar undeclared über Steueroasen angelegt. Berechnungen ergaben allein für Deutschland eine Unternehmen zugerechnete Steuerlücke von 90 Mrd. Euro, was 3,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Reiche halten überdurchschnittlich viele Beteiligungen an Unternehmen: In Österreich handelt es sich um die drei Prozent der Haushalte mit einem durchschnittlichen Nettovermögen von über 330.000 Euro. In den USA besitzt das oberste ein Prozent der US-amerikanischen Bevölkerung 52 Prozent des Unternehmens Eigentums. Damit profitieren Reiche indirekt von Steuerflucht und -vermeidung von Unternehmen. Steueroasen wirken zudem indirekt auf Steuersysteme. Sie setzen Impulse zur Absenkung der Steuersätze auf Unternehmensgewinne und hin zu einer Pauschalsteuer auf Kapitaleinkommen in Höhe von 25 Prozent.

Steuerprivilegien über Reichtum und die geografische Lage

Tricksereien und Steueroasen kann nutzen, wer Expertise und Dienstleistungen von Fachkräften, Banken, Anwaltskanzleien oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften kaufen kann. Bis nach der Jahrtausendwende konnte Schwarzgeld über simple Techniken, z. B. ein Konto mit Bankgeheimnis, versteckt werden. Mit der Ausweitung des Informationsaustausches müssen SteuervermeiderInnen derzeit mehr Expertise aufwenden. Banken oder Anwaltsbüros verlangen für diesen Aufwand Gebühren und/oder Mindestanlagesummen. Die Gebühren sollen ab 500.000 Euro ansetzen; der Aufwand lohnt sich je nach Steuerfluchtmodell bei Anlagen in Höhe von fünf bis zehn Mio. Euro. ExpertInnen gehen davon aus, dass die Steuerflucht unter BesitzerInnen hoher Vermögen weiter angestiegen ist.

Steueroasen und Unternehmen der Steuerfluchtbranche befinden sich vor allem im globalen Norden. Laut einer 139 Entwicklungsländer umfassenden Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit sind diese Staaten Gläubiger, wenn Auslandsschulden mit Währungsreserven und dem Abfluss nicht deklarerter Gelder gegengerechnet werden. Arme Länder haben wenig Mittel, funktionierende Steuerverwaltungen aufzubauen. Multinationale Unternehmen und reiche Eliten nutzen das zur Steuerminimierung aus. Fortschritte bei der Regulierung von Steuerflucht (US-FATCA, Informationsaustausch in der EU) kommen in erster Linie Staaten des Nordens zugute. Internationale Steuerangelegenheiten sind nicht bei der UNO angesiedelt, sondern bei der OECD, dem „Club der Reichen“.

Steuern, Demokratie und die Macht zu SpenderInnen

Steuerflucht und -vermeidung sind vor allem Probleme für die Demokratie. Öffentliche Leistungen wie Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Kultur oder Sozialleistungen scheinen vielen BürgerInnen natürlich verfügbar zu sein. Mit Steuereinnahmen verzichtet die Politik auf Gestaltungsspielräume. So kann die Politik langfristige Projekte umsetzen und Innovationen vorantreiben. Ohne staat-

liche Investitionsprogramme gäbe es weder das Internet noch das GPS oder Touchscreens. Gelder können makroökonomische Wirkungen entfalten, etwa als Konjunkturmaßnahmen oder die Ressourcenverteilung unter verschiedenen Bevölkerungsgruppen steuern. Das hat Auswirkungen auf die Allokation von Mitteln im Wirtschaftskreislauf, zwischen Realwirtschaft und Finanzvermögen. Steuern verringern in Österreich zudem Ungleichheiten der primären Verteilung von Ressourcen. Sie können eine Lenkungswirkung haben, z. B. als Umweltsteuern.

Wenn Steuern gesenkt werden, würden Reiche und Unternehmen auf freiwilliger Basis spenden – so die Theorie von KritikerInnen der Besteuerung. Die Daten zeigen jedoch das Gegenteil: Spenden liegen weit unter den gesparten Steuergeldern, selbst in Ländern mit hohem Spendenaufkommen wie den USA. Angenommen, in Österreich gehen – nach einem niedrig angesetzten EU-Schnitt – zwei Prozent des BIPs durch Steuervermeidung und -flucht verloren, dann entspricht dies einer Summe von rund fünf Mrd. Euro. Der Spendenbericht des österreichischen Fundraising-Verbandes verzeichnete 2014 aber nur Spenden in Höhe von 550 Mio. Euro, wovon ein Großteil von SpenderInnen mit niedrigen Einkommen stammt.

Selbst höhere Rückzahlungen in Form von Spenden sind ambivalent zu bewerten, weil SpenderInnen gesellschaftlich-politischen Einfluss ausüben. Ein abschreckendes Beispiel ist die Einflussnahme der US-Milliardäre Charles und David Koch. Diese beeinflussen die Politik über Thinktanks, Milliardenausgaben im Wahlkampf, unterstützten die Tea Party und Organisationen zur Leugnung des Klimawandels.

Manipulation der Gesetzgebung durch die Offshore-Koalition

Es liegt nicht nur an der Komplexität der Steuersysteme oder an Standortkonkurrenz, wenn Steuergesetze nicht eingehalten werden. Eine Koalition von Begünstigten beeinflusst langfristig die Gesetzgebung und wird unterschiedlich intensiv von weiteren gesellschaftlichen Kräften unterstützt.

Zu dieser Offshore-Koalition gehören:

- » Steuerflüchtige und -VermeiderInnen, motiviert durch finanzielle Vorteile und Geldwäschemöglichkeiten,
- » AnbieterInnen von Serviceleistungen (Banken, Anwaltskanzleien, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften) mit Interesse an Einkommen und (Arbeits-)Märkten,
- » PolitikerInnen, die potenzielle Unterstützung durch Finanz- und Wirtschaftseliten erwarten, Konflikten ausweichen, ideologisch handeln oder unzureichend informiert sind,
- » Lobbys und Thinktanks, die gegen Bezahlung und ideologiegetrieben agieren,
- » Bürokratie und Behörden, die in der Ausführung ihrer Tätigkeit behindert sind, mit Regulierten kooperieren und finanzielle Anreize (Stellenwechsel, Korruption) erwarten,
- » JournalistInnen und WissenschaftlerInnen, die Rechtfertigungen für fragliche Steuerpraktiken geben, animiert durch Überzeugung, finanzielle Anreize (Inserate, Honorare, Drittmittel) oder Karrierevorteile,
- » WählerInnen, die aus Opportunismus, Nichtwissen oder anders gelagerter Relevanz die Praktiken dulden.

Eine Änderung der Praktiken setzt einen langen Atem voraus, weil organisierte und finanziell gut ausgestattete Organisationen und Personengruppen starke Interessen an der Bewahrung von Offshore-Dienstleistungen haben. Neben der Bekämpfung von Steuervermeidung und -flucht sollte die primäre Verteilung von Einkommen und Vermögen stärker nivelliert werden, damit Ungleichheiten nicht erst entstehen. Es sollte auf eine Vereinfachung und Harmonisierung von Steuersystemen hingearbeitet werden, ebenso auf Mindeststandards. Die Politik sollte offensiv für öffentliche Mittel eintreten. Diese werden für die ökologisch-soziale Transformation sowohl auf nationaler Ebene als auch in der Nord-Süd-Perspektive benötigt.

Geschlechtergerechte Arbeitszeit: Kürzer arbeiten – besser leben

Claudia Sorger

Die im Rahmen der **Aktionswoche „Kürzer arbeiten – leichter leben!“** der **GPA-djp**¹ präsentierte Befragung von Erwerbstätigen zeigt einmal mehr, wie brisant das Thema Arbeitszeitverkürzung ist. Obwohl es in den letzten Jahren wieder verstärkt Initiativen zu einer Neugestaltung der Arbeitszeit im Interesse der ArbeitnehmerInnen gab, sind wir von einer neuen Arbeitszeit weit entfernt. Es liegt mittlerweile 40 Jahre zurück, dass die gesetzlich festgelegte wöchentliche Arbeitszeit von 45 Stunden auf 40 Stunden reduziert wurde und die in vielen Branchen kollektivvertraglich festgelegte Arbeitszeit von 38,5 Stunden ist bereits seit 25 Jahren unverändert. In der Arbeitszeitdiskussion der letzten Jahrzehnte dominierten Fragen der Flexibilisierung und Ausweitung der Arbeitszeit (vgl. Sorger 2014).

Dabei weisen die bestehenden Arbeitszeiten ein hohes Ausmaß an Flexibilität in Bezug auf Lage und Länge auf: So arbeiten 69 Prozent in selbst- oder fremdbestimmten variablen Arbeitszeitformen – von Gleitzeit bis zu Schichtarbeit und Arbeit auf Abruf. Rund jede/r fünfte Angestellte hat einen All-in-Vertrag oder eine Überstundenpauschale. Regelmäßige Überstundenleistungen sind gängige Praxis, laut Arbeitsklima Index leisten nur 30 Prozent der vollzeitbeschäftigten Angestellten nie Überstunden. Umgekehrt arbeitet ein Viertel sämtlicher Beschäftigten im Angestelltenverhältnis durchschnittlich mehr als 40 Wochenstunden, bei den Männern beträgt dieser Anteil sogar 39 Prozent und bei leitenden Angestellten 55 Prozent. Dass diese Arbeitszeiten nicht Wunsch sind, zeigt die **hohe Zustimmung zur Frage der Arbeitszeitverkürzung**²: Für eine generelle Reduktion der Normalarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden sprechen sich im Falle eines vollen Lohnausgleichs zwei Drittel der Angestellten aus, ohne Lohnausgleich sind es immer noch knapp ein Viertel (23 Prozent). Derzeit haben allerdings zahlreiche weibliche Teilzeitbeschäftigte ihre Arbeitszeit in unbezahlter Form reduziert (siehe dazu auch den Beitrag: **Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich**³).

Mehr Geschlechtergerechtigkeit durch kürzere Arbeitszeiten

Vor allem für Geschlechtergerechtigkeit sind durch eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohn- und Personalausgleich positive Effekte zu erwarten. Damit könnte einerseits dem Trend der Aufteilung bei Paaren mit Kindern in Vollzeit Männer und Teilzeit Frauen entgegengewirkt werden. Andererseits würde dies zu einer Aufwertung der Teilzeit führen. In Frankreich hatte beispielsweise die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden den Effekt, dass die Vollzeitarbeit von Frauen anstieg (vgl. Fagnani/Letablier 2007). Gerade in einer gesellschaftlichen Realität, in der mehrheitlich beide Elternteile bzw. Alleinerziehende erwerbstätig sind, weist eine Arbeitszeitverkürzung besondere Dringlichkeit auf.

Schon eine geringe Verkürzung der Normalarbeitszeit würde den Zeitdruck für erwerbstätige Eltern verringern, mehr Zeit für Versorgungsarbeit ermöglichen und zu mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Aufteilung dieser Arbeit führen. Die Zielsetzung der Angleichung der weiblichen Erwerbsarbeitszeit an die männliche Norm erscheint hingegen – nicht nur aus beschäftigungspolitischen Gründen – weder realistisch noch erstrebenswert. Die volle Leistungsfähigkeit ist in einer einigermaßen beanspruchenden Vollzeitarbeit inklusive regelmäßigen Überstunden ohne einen versorgenden Partner – oder meistens: eine Partnerin – über einen längeren Zeitraum nicht gegeben. Dies ist insbesondere in Lebensabschnitten der Fall, wo zeitintensive Versorgungsarbeit für Kinder oder Pflegebedürftige anfällt. Aber auch die negativen Auswirkungen langer Arbeitszeiten über einen längeren Zeitraum auf die Gesundheit sind vor allem hinsichtlich der Frage vom alternsgerechten Arbeiten zu berücksichtigen.

Aufhebung der Teilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit

Eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich würde den Spielraum für die Gestaltbarkeit der Arbeitszeit wesentlich erhöhen. Steinrücke

(2004: 159) definiert in diesem Sinne das Ziel einer „Vollbeschäftigung neuen Typs auf der Basis einer neuen, radikal verkürzten Normalarbeitszeit“. Die von Reproduktionsarbeit wie Haus- und Versorgungsarbeit entlasteten beruflichen Biografien von Männern definieren noch immer die Arbeitsplatzserwartungen und erfolgreiche Karrieremuster. Dabei geht es auch um eine Aufhebung der Zweiteilung und Hierarchisierung der Lohnarbeit einerseits und der unbezahlten Reproduktionsarbeit andererseits und einer Abkehr von der Annahme, dass die Organisation der Lohnarbeit nichts mit der Organisation der Reproduktionsarbeit zu tun habe und sich Letztere quasi von selbst regelt.

Arbeitszeit sollte daher nicht ausschließlich unter dem Aspekt der Beschäftigungseffekte diskutiert werden, es müssten auch noch stärker die Auswirkungen auf die Qualität des Lebens betont werden. Wie der Soziologe Hartmut Rosa (2014: 8) formuliert: „Wenn wir die Struktur und Qualität unseres Lebens untersuchen wollen, sollen wir uns seinen Zeitstrukturen zuwenden.“ In diesem Sinne sollte Arbeitszeit als wichtige Dimension gesellschaftlicher Entwicklung und als Chance für eine gerechtere Gestaltung der Geschlechterverhältnisse verstanden werden.

Konferenz „40 Jahre 40-Stunden-Woche – und jetzt?“

Gelegenheit, über das Thema zu diskutieren, bot die Konferenz „40 Jahre 40-Stunden-Woche in Österreich. Und jetzt? Impulse für eine geschlechtergerechte Arbeitszeitpolitik“, die am 21. Oktober 2015 im AK Bildungszentrum stattfand. Dort setzten sich österreichische und europäische ExpertInnen mit Visionen und Umsetzungsmöglichkeiten einer Arbeitszeitgestaltung auseinander, die Geschlechtergerechtigkeit und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Frauen und Männer in den Mittelpunkt rückte.

Vorgestellt wurden Initiativen, theoretische Einsichten und praktische Ansatzpunkte aus Österreich und anderen europäischen Ländern. Veranstaltet wurde die Konferenz von der Arbeiterkammer Wien (Abteilung Frauen und Familie sowie Abteilung Wirtschaftswissenschaft), der Frauenabteilung der Stadt

Wien, der Abteilung Arbeitsmarktpolitik für Frauen des AMS sowie dem Bundesministerium für Bildung und Frauen. Die inhaltliche Konzeptionierung und Organisation erfolgte durch L&R Sozialforschung.

¹ GPA-djp.at (2015): Kürzer arbeiten – leichter leben!“. http://www.gpa-djp.at/cms/A03/A03_1.2.b/berufsleben/arbeitszeitgestaltung/aktionswoche-arbeitszeit#

² Michenthaler, Georg (2015): „Kürzer arbeiten – leichter leben!“ Angestellte wollen Arbeit reduzieren. In: IFES: Sozial- und Meinungsforschung, Wien. <http://www.ifes.at/aktuelles/kuerzer-arbeiten-leichter-leben-angestellte-wollen-arbeit-reduzieren>

³ Wagner, Norman (2014): Arbeitszeitverkürzung – ohne Lohnausgleich. http://blog.arbeit-wirtschaft.at/arbeitszeitverkuerzung_ohne_lohnausgleich/

Progressiv besteuern – es gibt noch Luft nach oben

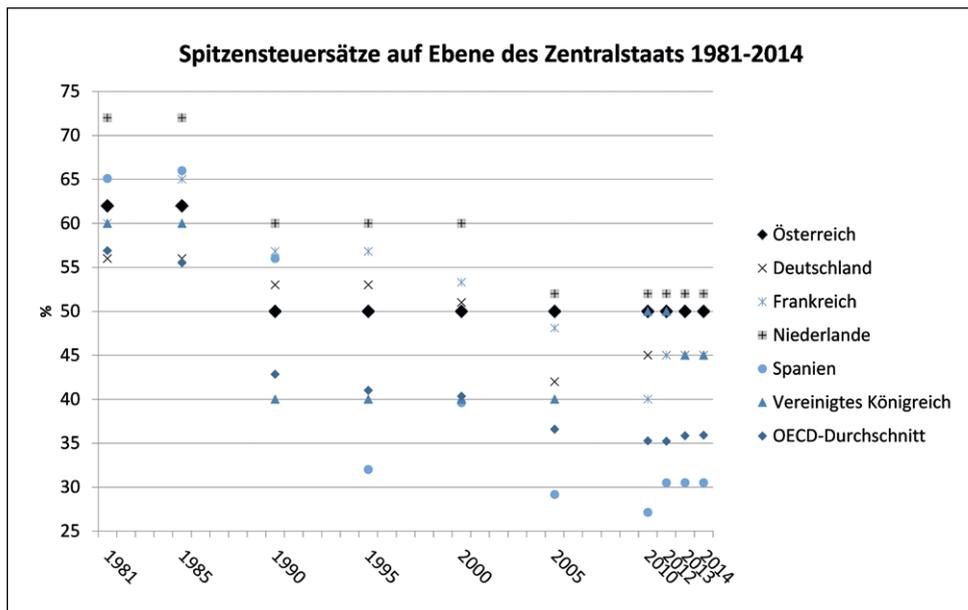
Sarah Godar & Achim Truger

Nach jahrzehntelangem Abwärtstrend steigen die Spitzensteuersätze in den OECD-Ländern wieder, und auch die Steuersätze auf Kapitaleinkommen haben sich seit der Krise stabilisiert. Von einer progressiven Trendumkehr in der Steuerpolitik sind wir jedoch weit entfernt. Dabei fehlt den ewigen Umverteilungsgegnern längst der wissenschaftliche Rückenwind. Wenn nun selbst die OECD steigende **Einkommensungleichheit als mögliches Wachstumshemmnis**¹ bemängelt und der IWF in vielen Ländern Spielräume für die Erhöhung der Spitzensteuersätze ausmacht, scheinen die Zeichen für einen Politikwandel nicht schlecht.

Was hat sich seit der Krise getan?

Tatsächlich haben einige Staaten angesichts der finanziellen Not nach der Finanzkrise mit alten steuerpolitischen Tabus gebrochen. So wurden in etwa der Hälfte der OECD-Länder die Spitzensteuersätze zumindest zeitweise erhöht. Der OECD-Durchschnitt stieg damit zum ersten Mal seit 1981 wieder an (s. Abbildung 1).

Abbildung 1



Quelle: OECD Tax Database 2015.

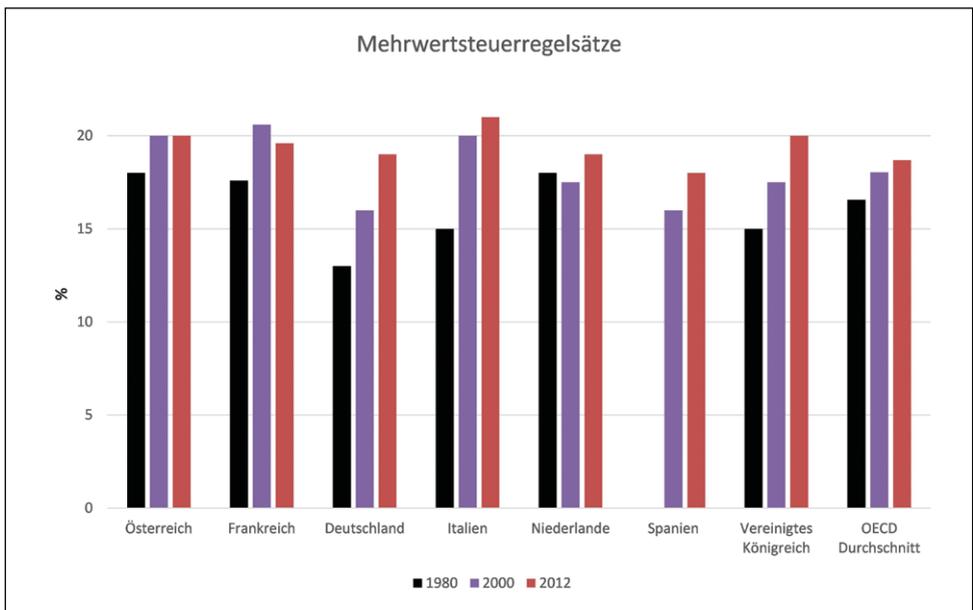
Auch persönliche Kapitaleinkommen wie Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne, die im Laufe der letzten Dekaden größtenteils aus der progressiven Besteuerung ausgeklammert und damit privilegiert wurden, werden nun teilweise wieder etwas stärker belastet.

Bei der Besteuerung von Kapitaleinkommen auf Unternehmensseite kann zunächst positiv vermerkt werden, dass sich der **internationale Steuersenkungswettlauf**² offenbar verlangsamt hat. Seit 2008 stagnierten zumindest die nominalen Steuersätze, nachdem sie im OECD-Durchschnitt seit 1981 kontinuierlich gesunken waren.

Diese Beobachtungen können jedoch nicht als progressive Wende hin zu einer stärkeren steuerlichen Umverteilung von oben nach unten gedeutet werden.

Denn in der Mehrheit der OECD-Länder waren nach der Krise vor allem umfangreiche Erhöhungen der indirekten Steuern, allen voran der Mehrwertsteuer, an der Tagesordnung (s. Abbildung 2). Diese belasten niedrige Einkommen relativ betrachtet besonders stark.

Abbildung 2



Quelle: OECD Consumption Tax Trends 2012.

Zweifelhafte ökonomische Argumente erschweren gesellschaftliches Umdenken

Negative ökonomische Effekte steuerlicher Umverteilung werden häufig argumentativ überhöht. Dabei basieren sie zumeist auf sehr engen ökonomischen Annahmen, und ihre tatsächliche Bedeutsamkeit ist empirisch umstritten. Neuere Schätzungen der optimalen Spitzensteuersätze durch den IWF räumen beispielsweise einigen OECD-Ländern noch deutlich Luft nach oben ein. Auch bei

der Besteuerung von Unternehmensgewinnen bestimmen in der Realität nicht allein die Kapitalkosten die Investitionsentscheidungen. Auch andere Faktoren wie die zukünftig zu erwartenden Umsätze (also die gesamtwirtschaftliche Nachfrage) und neue technologische Entwicklungen spielen eine Rolle.

„Lieber 25 Prozent von x als 45 Prozent von nix“? Auch diese alte „Weisheit“ zur Besteuerung von Kapitalerträgen dürfte sich demnächst erübrigen. Durch den 2017 in Kraft tretenden **internationalen Standard zum automatischen Informationsaustausch**³ verringern sich die Möglichkeiten der Steuerumgehung und verbessern sich damit die nationalen Spielräume für die Besteuerung persönlicher Kapitaleinkommen.

Die Krise holt die makroökonomische Betrachtung der Steuerpolitik zurück aufs Parkett

Angesichts der Dauerschleife aus wirtschaftlicher Stagnation und Sparpolitik, in der sich viele Länder derzeit befinden, wird der häufig unterstellte Trade-off zwischen Umverteilung und Wirtschaftswachstum nun auch von offizieller Seite infrage gestellt. Die Auswirkungen der Einkommensverteilung auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage finden wieder mehr wissenschaftliche Beachtung. Aus keynesianischer Perspektive kann Umverteilung die ökonomische Dynamik einer Volkswirtschaft steigern. In einer Situation, in der Geringverdienende gezwungen sind, ihre Ausgaben für Konsum und Ausbildung einzuschränken, während Wohlhabende große Teile ihres Einkommens gar nicht mehr ausgeben, kann eine Umverteilung zu den unteren Einkommensgruppen positive Effekte auf die private Nachfrage haben.

Alternativ könnte der Staat höhere Einnahmen aus der Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen für Investitionen in technische Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge nutzen. In diesem Fall wird der **Multiplikatoreffekt noch höher**⁴ eingeschätzt. Jüngere Studien kommen zu dem Ergebnis, dass gerade in Zeiten wirtschaftlicher Rezession der **Multiplikatoreffekt staatlicher Ausgaben denjenigen Ausgaben-hemmender Steuererhöhungen über-**

steigt⁵. Diesen Effekt könnte sich die Fiskalpolitik gerade in Zeiten der Schuldenbremse zunutze machen.

Es ist Zeit umzusteuern

Seit der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Konsolidierungsdruck auf die öffentlichen Haushalte den Abwärtstrend bei der Besteuerung hoher Lohn- und Kapitaleinkommen vorerst gestoppt. Eine wirkliche Trendwende hin zu mehr steuerlicher Umverteilung ist bisher aber nicht erkennbar. Dabei könnten Staaten die bestehenden Spielräume nutzen, um der steigenden Einkommensungleichheit in den OECD-Ländern etwas entgegenzusetzen. Eine Stärkung der unteren Einkommen oder der öffentlichen Ausgaben würde auch die wirtschaftliche Erholung beschleunigen.

Dieser Beitrag basiert auf dem **IMK Working Paper zu Spielräumen für progressive Steuerreformen**⁶ in der OECD im Allgemeinen und Deutschland im Speziellen.

¹ Schlager, Christa (2015): OECD: Steigende Ungleichheit – warum eine Trendumkehr notwendig ist. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/oecd-steigende-ungleichheit-warum-eine-trendumkehr-notwendig-ist/>

² Schratzenstaller, Margit (2011): Vom Steuerwettbewerb zur Steuerkoordinierung in der EU? In: WSI Mitteilungen 6/2011. http://www.boeckler.de/wsimit_2011_06_schatzenstaller.pdf

³ Hinterseer, Tobias/Schmidt, Michaela (2015): Bankgeheimnis: Sag' beim Abschied leise Servus. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/bankgeheimnis-sag-beim-abschied-leise-servus-2/>

⁴ Gechert, Sebastian (2014): Mehr Beschäftigung durch höhere öffentliche Ausgaben? <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/mehr-beschaeftigung-durch-hoehere-oeffentliche-ausgaben/>

⁵ Gechert, Sebastian/Rannenberg, Ansgar (2014): Are Fiscal Multipliers Regime-Dependent? A Meta Regression Analysis. IMK Working Paper 139, Hans-Böckler-Stiftung. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_wp_139_2014.pdf

⁶ Godar, Sarah et al. (2015): The scope for progressive tax reform in the OECD countries: A macroeconomic perspective with a case study for Germany. IMK Working Paper 150, Hans-Böckler-Stiftung. http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_wp_150_2015.pdf

AutorInnen

Bank Julian

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozialökonomie der Universität Duisburg-Essen und Herausgeber des Blogs verteilungsfrage.org.

Belabed Christian A.

Oesterreichische Nationalbank (OeNB), Abteilung für die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland (Foreign Research Division).

Csoka Bettina

Referentin für den Bereich Verteilungspolitik (Einkommen, Vermögen und Arbeitszeit) in der Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik der AK Oberösterreich.

Ertl Michael

Studiert im Masterstudium Volkswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Godar Sarah

Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Studiengang MA Tax Policy and Tax Administration an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Von Oktober bis Dezember 2013 war sie als Forschungsassistentin an der AK Wien.

Gruber Angelika

Ökonomin in der Abteilung Sozialpolitik der Arbeiterkammer Wien.

Hofmann Julia

Universitätsassistentin am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz.

Hollan Katarina

Volkswirtin, forscht unter anderem zum Gender Wealth Gap.

Holzner Mario

Stellvertretender Direktor des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiv) und Lektor für angewandte Ökonometrie an der Universität Wien.

Ivansits Helmut

Leiter der Abteilung Sozialversicherung der AK Wien.

Leitner Sebastian

Ökonom am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche; Lektor an der WU Wien; Redaktion der Zeitschrift „Kurswechsel“.

Kapeller Jakob

Philosoph und Ökonom am Institut für Philosophie und Wissenschaftstheorie sowie dem Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) der Universität Linz.

Klopf Patricia

Doktorandin am Department für Welthandel. Beschäftigt sich mit der Interaktion multinationaler Unternehmen, politischen Akteuren.

Mader Katharina

Habilitandin am Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie und am Forschungsinstitut Economics of Inequality (INEQ) der WU Wien.

Marterbauer Markus

Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien, Vizepräsident des Fiskalrates und Universitätslektor.

Melchior Josef

Politikwissenschaftler an der Universität Wien.

Ötsch Silke

Dr. Silke Ötsch ist Universitätsassistentin am Institut für Soziologie der Universität Innsbruck.

Pletzenauer Werner

Mitarbeiter der Abteilung Sozialversicherung der AK Wien.

Rehm Miriam

Referentin für Makroökonomie und Verteilung in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien; Lektorin an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Schlager Christa

Referentin für öffentliche Haushalte und Verteilung in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien.

Schneebaum Alyssa

Hertha Firnberg Post-Doctoral Research Fellow am Institut für Makroökonomie und am INEQ: Economics of Inequality der WU Wien.

Schnetzer Matthias

Referent für Verteilungsfragen sowie Sozial- und Wirtschaftsstatistik in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien.

Schürz Martin

Ökonom in Wien und Psychotherapeut an der Boje (Ambulatorium für Kinder in Krisensituationen).

Schütz Bernhard

Ökonom am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Linz.

Sorger Claudia

Studium der Soziologie und Pädagogik, Promotion in Politikwissenschaft, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei L&R Sozialforschung in Wien, Arbeitsschwerpunkte: Qualität von Arbeit, Geschlechtsspezifische Strukturierung des Arbeitsmarktes, Arbeitszeit, Gleichstellungspolitik im europäischen Vergleich, Evaluierung arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Maßnahmen.

Truger Achim

Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomie und Wirtschaftspolitik, an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und Senior Research Fellow im Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf.

Van Treeck Till

Professor für Sozialökonomie an der Universität Duisburg-Essen; Mitglied der Koordinierungsgruppe des Forschungsnetzwerks Makroökonomie und Makropolitik (FMM). Zuvor Leiter des Referats Allgemeine Wirtschaftspolitik am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf.

Wallner Josef

Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration in der AK Wien.

Weiss Hilde

Hilde Weiss ist Universitätsprofessorin für Soziologie an der Universität Wien mit den Arbeitsschwerpunkten soziale Ungleichheit und Gerechtigkeit, Migration und Integration sowie Antisemitismus.

Redaktionell verantwortlich:

Kuba Sylvia

Im Kernteam der A&W-Blog-Redaktion, Referentin der Bereichsleitung Wirtschaft mit Schwerpunkt Digitalisierung von Arbeitswelt und Wirtschaft.

Leidl-Krapfenbauer Ilse

Referentin für Arbeitsmarktpolitik in der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration der AK Wien.

Pirklbauer Sybille

Referentin für soziale und wirtschaftliche Aspekte von Gendergerechtigkeit und Familienförderung in der Abteilung Frauen – Familie der AK Wien.

Thoman Josef

Referent in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien mit Schwerpunkt Energiepolitik. Im Kernteam der A&W-Blog-Redaktion und Redakteur der „wirtschaftspolitik-Standpunkte“.

Über **blog.arbeit-wirtschaft.at**

blog.arbeit-wirtschaft.at leuchtet Hintergründe aus, stößt Debatten an und hält mit Fakten dem Mainstream kritisch gegen. Dabei beziehen wir klar Position: aufseiten der arbeitenden Menschen. Dazu bringen engagierte Leute aus Wissenschaft, interessierter Öffentlichkeit und ArbeitnehmerInnenvertretung kurze Analysen und klare Argumente auf den Blog.

Wir richten uns an Menschen, die an Perspektiven für eine Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft im Interesse der arbeitenden Menschen interessiert sind. Dazu setzen wir Diskussionsimpulse und liefern aktuelle Analysen an der Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft, Vertretung der arbeitenden Menschen und interessierter Öffentlichkeit.

Wer bei uns bloggt

Von namhaften internationalen WissenschaftlerInnen, Personen aus der Arbeiterkammer, ÖGB, Gewerkschaften oder Studierenden – der Kreis unserer AutorInnen ist groß. Wir bemühen uns um Vielfältigkeit der Disziplinen und Ansätze und die Meinung unserer AutorInnen muss sich nicht zwangsläufig mit den Positionen der Organisationen decken. Vielmehr soll durch interessengeleitete Expertise der AutorInnen ein Beitrag für die Bearbeitung aktueller sozial- und wirtschaftspolitischer Probleme geleistet werden.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe braucht es aber nicht nur Expertise, sondern auch eine gemeinsame Orientierung, die nur in kritischer Reflexion von praktischer Erfahrung und theoretischem Wissen erarbeitet werden kann. Wir glauben, dass ein gemeinsam von AK und ÖGB organisierter Blog in einer zunehmend digitalen Welt ein Baustein hierfür sein kann.

Der Name ist Programm

Inhaltlich ist der Name Programm: Die Beiträge kreisen um die Themenfelder Arbeit und Wirtschaft in einem umfassenderen Sinn, sodass auch Aspekte wie Qualität der Arbeit, ökologische Nachhaltigkeit oder Konsum berücksichtigt werden. Weitere Schwerpunkte bilden Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und des sozialen Zusammenhalts, der auch horizontale Aspekte wie Gerechtigkeit, Bildungschancen, Ausschlussmechanismen aufgrund der Herkunft oder zwischen den Generationen umfasst. Angesichts der Tatsache, dass all diese Bereiche in zunehmendem Maße von Entwicklungen auf europäischer und globaler Ebene beeinflusst werden, beschränken sich die Beiträge nicht auf den nationalen Rahmen.

DAS BUCH STEHT UNTER www.blog.arbeit-wirtschaft.at/ebook GRATIS ZUM DOWNLOAD ZUR VERFÜGUNG.

IMPRESSUM:

Die Inhalte in diesem Buch sind von den AutorInnen und vom Verlag sorgfältig erwogen und geprüft, dennoch kann eine Garantie nicht übernommen werden. Eine Haftung der AutorInnen bzw. des Verlages und seiner Beauftragten für Personen-, Sach- und Vermögensschäden ist ausgeschlossen.

Herausgeber: Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, Wien, Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.-Nr.: 01/662 32 96-0, Fax-Nr.: 01/662 32 96-39793, E-Mail: office@oegbverlag.at, Web: www.oegbverlag.at

Redaktionell verantwortlich: Sylvia Kuba, Ilse Leidl-Krapfenbauer, Sybille Pirklbauer, Josef Thoman

Publikationskoordination: Melissa Huber, ÖGB-Verlag

Layout/Umschlaggestaltung: Natalia Nowakowska, ÖGB-Verlag

Satz/Layout: Dietmar Kreuzberger, ÖGB-Verlag

Lektorat: Karin Flunger, ÖGB-Verlag

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH, Wien – Verlags- und Herstellungsort: Wien

© 2016 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH Wien

ISBN 978-3-99046-209-6

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

Die A&W auf allen Kanälen



A&W Zeitschrift
arbeit-wirtschaft.at



A&W Blog
blog.arbeit-wirtschaft.at



Twitter
twitter.com/AundW



Facebook
facebook.com/arbeit.wirtschaft

Arbeitswelt · Wirtschaft · Politik
Hintergründe · Debatten · Fakten

blog.arbeit-wirtschaft.at

Kopfschüttelnd werden wir Zeugen, wie das reichste Promille den Rest der Menschheit immer weiter abhängt. Der Abstand zwischen dem reichsten Promille der Menschen und der Mitte der Bevölkerung erinnert an die Gesellschaft zu Anfang des 20. Jahrhunderts. Auch in Österreich, wie neue Daten zeigen. Wie kommt es zu dieser dramatischen Entwicklung? Was heißt das für die Mittelschicht und was für jene am unteren Ende der Armutsskala? Wer sind eigentlich die „Reichen“ und wie kommen sie zu ihrem Vermögen? Und vor allem: Wie werden diese Ungerechtigkeiten im täglichen Diskurs so gerechtfertigt, dass sie uns allen recht normal erscheinen? Die Autorinnen und Autoren dieses Buches liefern brandaktuelle Antworten auf die Mutter aller gesellschaftspolitischen Fragen: die Verteilungsfrage.

Das Besondere daran: Das vorliegende Werk setzt sich aus Blog-Artikeln zusammen. Alle Beiträge sind ursprünglich auf blog.arbeit-wirtschaft.at erschienen. Dort ergänzen Expertinnen und Experten das politische Tagesgeschehen täglich mit Hintergründen und empirisch belegten Kommentaren, die einen erweiterten Blick auf aktuelle Debatten erlauben.



9 783990 462096

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at